PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 014. – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW, Tel. 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36,– DM, In- und Ausland. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, Kto.- Nr. 57 34 18 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.- Nr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 2.9.1975, fertiggestellt.

4. September 1975 Jg. 3 Nr. 35 50 Pfennig

Das Programm der Bundesregierung:

‚Kapitalisten, bereichert euch!'

Das Programm der Bundesregierung liegt auf dem Tisch. Es sieht vor: Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von zwei auf drei Prozent ab Januar 1976. Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozent und der Branntwein- sowie der Tabaksteuer um 20 bzw. 18 Prozent ab Januar 1977. Weiter: Kürzung von Lohnbestandteilen im öffentlichen Dienst. Geschmälert werden sollen die Rechte der Bauern und Studenten. An der Arbeitslosenversicherung der Lohnabhängigen vergreift sich die Bundesregierung und verfügt Ausgabenkürzungen, wo sie vorher Ausgaben verfügt hatte: bei den Umschulungen. Und schließlich soll den 1,2 Millionen ärmsten Familien in Westdeutschland das Wohngeld durch Nichtanpassung an die Mietsteigerungen verringert werden.

"An zwei, drei Stellen ist etwas Wildwuchs abgeschnitten worden", so stellte Bundeskanzler Schmidt dieses Programm im Fernsehen vor. Tatsächlich geht es nicht um "Wildwuchs". Das Programm der Bundesregierung ist eine einzige Aufforderung an die Kapitalisten: "Bereichert euch!" Und zur Bereicherung feilgeboten wird die Arbeitskraft der Arbeiter, deren Preis mit Regierungshilfe gesenkt werden soll. Diese Absicht wird an einer mehr nebenbei gegebenen Information greifbar.

Die Bundesregierung schätzt die durch die Erhöhung der Arbeitslosenversicherung hereinkommende Geldsumme für 1976 auf 3,8 Milliarden DM. Damit hat die Bundesregierung herausgelassen, wie sich ihrer Auffassung nach 1976 die Bruttolohn- und -gehaltssumme aller Arbeiter und Angestellten entwickeln soll, nämlich auf 100 Prozent dieser 3,8 Milliarden, auf 380 Milliarden DM. Darin sind enthalten die sogenannten "Arbeitgeberanteile" an den Sozialversicherungen, die durchschnittlich etwa 20 Prozent des Nettolohns ausmachen.

Im ersten Halbjahr 1975 lag die Bruttolohn- und -gehaltssumme, wenn man dafür ebenfalls die Beitragszahlungen an die Arbeitslosenversicherung zugrundelegt, bei 183 Milliarden DM. Das waren nominal, also ohne Berücksichtigung der Preissteigerungen, nur 2,8 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 1974. Tatsächlich sind aber die Preise um 6 Prozent gestiegen, und so lag denn die Bruttolohn- und -gehaltssumme der Arbeiter und Angestellten schon im ersten Halbjahr 1975 um gut drei Prozent unter der des ersten Halbjahres 1974. Das soll sich nach den Vorstellungen der Bundesregierung auch im nächsten Jahr fortsetzen. Denn, verdoppelt man die Lohn- und Gehaltssumme aus dem ersten Halbjahr 1975, so kommt man auf eine Schätzung der Bruttolohn- und -gehaltssumme für die Arbeiter und Angestellten für das ganze Jahr 1975, und die liegt auf 367 Milliarden. Von 367 Milliarden im Jahr 1975 auf von der Bundesregierung geplante 380 Milliarden im Jahr 1976, das ist eine Steigerung der Bruttolohn- und -gehaltssumme für Arbeiter und Angestellte um 13 Milliarden DM oder 3,6 Prozent, wobei der sogenannte Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungen dabei einbezogen ist. Und 1 Prozent davon gehen gleich wieder weg für die erhöhten Beiträge zur Arbeitslosenversicherungen. Gut ein halbes Prozent dürfte geschluckt werden durch die Steuerprogression. Es bleiben also ganze zwei Prozent nominale Erhöhung, welche die Bundesregierung dem Riesenheer der Lohnabhängigen zubilligt.

Gleichzeitig geht die Regierung davon aus, daß die Arbeiter und Angestellten ein real um fünf Prozent höheres Bruttosozialprodukt schaffen werden, nominal um 9,5 Prozent mehr. Sie rechnet also mit einer Preissteigerung von mindestens 4,5 Prozent. Das heißt: Die Lohn- und Gehaltssumme der Arbeiter und Angestellten soll 1975 **real** um noch einmal 2,5 Prozent niedriger liegen als im Krisenjahr 1975 mit mehr als einer Million Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt. Dafür sollen die Arbeiter und Angestellten aber um fünf Prozent mehr an Produkten und Dienstleistungen schaffen. Das ist die nicht öffentlich ausgebreitete Rechnung der Bundesregierung. (Alle Daten aus: Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen und aus dem Wochendienst des Statistischen Bundesamtes)

Und diese Rechnung geht noch weiter: 1977 werden alle Güter, die in den Konsum der Lohnabhängigen eingehen, mit einer zusätzlichen Steuer von zwei Prozent belegt. Für die Kapitalisten macht sich diese Mehrwertsteuererhöhung kaum bemerkbar, für die Massen der Lohnabhängigen bedeutet sie weitere Verminderung ihrer Lebensmöglichkeiten.

Und damit die werktätigen Massen lernen, den Kreis ihrer Genüsse einzuschränken, wird ihnen gleichzeitig die Steuer auf Tabak und Branntwein erhöht. Auch das schlägt für die Reichen nicht zu Buche. Ohnehin haben sie die Möglichkeit, sich steuersparend auf Firmenkosten zu besaufen.

Das Programm der Bundesregierung zielt darauf, den Anteil der Arbeiter und Angestellten an den Gütern, die sie selber schaffen, zu verringern und den Anteil der Kapitalisten daran zu erhöhen. Zu diesem Zweck wird der Staat tätig. "Die Unternehmenserträge müssen verbessert werden", so schallt es einstimmig aus dem Lager der Kapitalisten. Man ist dort versessen darauf, den Anteil der unbezahlten Mehrarbeit am Arbeitstag des Arbeiters zu erhöhen, denn die Mehrarbeit der Arbeiter ist die Quelle der Bereicherung für die Kapitalisten. Unter dem Druck der Krise und des anschwellenden Arbeitslosenheeres geschieht das zwar ohnehin. Aber es geschieht der Kapitalistenklasse nicht schnell und nicht tiefgreifend genug. Der Staat wird eingesetzt bei dem großangelegten Versuch, die Lebenshaltung der arbeitenden Massen in Westdeutschland unter das erreichte Niveau zu drücken. Der Macher Schmidt besorgt es der Kapitalistenklasse.

Deren Übermut ist grenzenlos. Die Kapitalisten sind keineswegs zufrieden mit der Dienstfertigkeit der Regierung, die den Massen das Fell über die Ohren zieht und sie gleichzeitig mahnt, im Lohnkampf Bescheidenheit zu üben. Sie fordern mehr. Sie fordern weitere Kürzungen in den vom Staat zwangsverwalteten Versicherungen der Lohnabhängigen und Steuererleichterungen für sich selber. Den Staat, mit dem sie die arbeitenden Massen niederhalten, sollen diese möglichst ganz aus ihrem Lohn bezahlen. Die Regierung hält sich dafür auch offen: Wirtschaftsminister Friderichs erklärte vor der Presse: "Er sei vom Bundeskanzler legitimiert, zu erklären, daß seine Pläne zur Verbesserung der Investitionsbereitschaft der Unternehmen 'im Gespräch' blieben." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. August) – (wm)

Ein Stück Land für ein Stück Frieden?

Kissinger "vermittelt" zwischen Ägypten und Israel

Am Montag ist in Kairo und in Jerusalem das neue "Sinai-Abkommen" vereinbart worden. Im Ergebnis sieht es vor: der israelische Zionistenstaat muß ein Stück der von ihm besetzten Gebiete an Ägypten zurückgeben. Es handelt sich um die beiden Pässe Mitla und Gidi sowie um die Erdölfelder von Abu Rodeis. Aus ihnen haben die Zionisten bisher über 60 Prozent ihres Erdölbedarfs gedeckt, ihre militarisierte Volkswirtschaft genährt und ebenso sieben Jahre lang Ägypten diesen Reichtum zur Nutzung vorenthalten.

Die israelischen Truppen müssen mehr als drei Dutzend Kilometer zurück. Dadurch können sie die Siedlungen und Städte Ägyptens in der Kanalzone nicht mehr direkt beschießen. Die ägyptische Regierung wiederum erklärt: *"Der Konflikt (zwischen Ägypten und Israel) soll nicht mit militärischer Gewalt, sondern mit friedlichen Mitteln gelöst werden"*. (Mannheimer Morgen, 2.9.) Außerdem sollen *"nichtmilitärische Güter von und nach Israel"* freie Fahrt durch den Suezkanal erhalten. Die ägyptische Regierung verzichtet so darauf, in den nächsten drei Jahren mit dem Mittel des gerechten nationalen Befreiungskrieges sich den überwältigenden Rest des besetzten Territoriums zurückzuholen. Der US-Imperialismus richtet sich zwischen den ägyptischen und israelischen Linien mit 200 Mann und Beobachtungsstützpunkten ein. Nachdem er sich bislang nur auf Israel gestützt hat, setzt er sich jetzt direkt auf arabischem Gebiet fest.

Noch im März dieses Jahres, während der zehnten Kissinger-Reise (vgl. KVZ Nr. 10 und 12), hatte der Zionistenstaat verlangt, Präsident Sadat solle einen Vertrag über die Beendigung des Krieges unterzeichnen, also die Besiegelung und Anerkennung des Raubs vornehmen. Dann forderte er einen achtjährigen Nichtangriffspakt. Er wollte, daß die Opfer seiner Aggression sich vor ihm verbeugen. Der jetzige Vertrag ist dagegen ein "Zwischenabkommen" und soll nicht von den Regierungen, sondern von den Generalstabchefs (nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.9.) unterzeichnet werden. Den ursprünglichen Forderungen konnte die ägyptische Regierung nicht nachgeben. Die arabischen Massen und das palästinensische Volk hätten das nicht hingenommen.

Die bürgerliche Presse feiert dieses Abkommen als *"Friedenswerk"*, das *"nur von den Extremisten beider Seiten"*, dem Likudblock auf der einen Seite und den "Palästinensern" auf der anderen Seite heftig kritisiert werde. Tatsächlich handelt es sich jedoch um ganz verschiedene Kritik. Der Likudblock in Israel ist die Speerspitze des aggressiven Zionismus, er will nicht nur das jetzt besetzte Land ganz behalten, sondern sich den Weg zu neuen Raubzügen offenhalten.

Das palästinensische Volk und seine politische Vertretung, die PLO, kämpfen für gerechte Ziele: für die Vernichtung des Kolonialstaates Israel, für das Recht auf nationale Selbstbestimmung und auf Rückkehr in das Heimatland. Sie sind solidarisch mit dem Kampf der arabischen Völker für die Zurückeroberung der besetzten Gebiete.

Worum geht es also, wenn dies Abkommen kritisiert wird?

Es geht darum, daß im Kampf gegen den gemeinsamen Feind der arabischen Völker und insbesondere im Kampf des palästinensischen Volkes Konsequenz notwendig ist. Darum, daß Einheit notwendig ist und eine gemeinsame Front, die nicht durch zweiseitige Abkommen, wie jetzt zwischen Ägypten und Israel, geschwächt wird, wodurch der US-Im-

Fortsetzung auf S. 2

Weg mit dem Paragrafen 218!

Aufruf des Zentralen Komitees des KBW

Komitees aus über 150 Städten rufen für den 21. September zu einer Demonstration gegen den § 218 auf. Diese Demonstration findet in Bonn statt. Die Komitees erheben die Forderungen:

Weg mit dem § 218!
Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!
Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid gegen den § 218!

Der Kampf für die Durchsetzung dieser Forderungen ist die richtige Antwort auf den Versuch von Bundesverfassungsgericht und Bundestag, den Willen des Volkes mit Füßen zu treten und den verhaßten § 218 mit aller Gewalt aufrechtzuerhalten. Bereits heute haben die Komitees über 300 000 Unterschriften für diese Forderungen gesammelt. Das Machtwort des bürgerlichen Staates aus dem Mund von einigen Verfassungsrichtern wird nicht geschluckt. Nicht umsonst ist gerade in den letzten Jahren verstärkt die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert worden. Dieser Paragraf ist eine unerträgliche Schikane gegen die breiten Volksmassen. Seine Aufrechterhaltung ist eine unerträgliche Herausforderung an die Massen. Deshalb sind in kurzer Zeit Hunderttausende von Unterschriften zustandegekommen. Deshalb ist es notwendig, daß am 21. September Zehntausende in Bonn ihren Willen und ihre Entschlossenheit zum Ausdruck bringen: Dieser Paragraf muß weg!

Bei Bundesregierung und Bundestag ist es nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts still geworden um den § 218. Dort denkt man: Lassen wir erst einmal Gras über die Sache wachsen. Die Empörung soll sich legen. Einstweilen spinnen wir hinter den Kulissen unsere Intrigen. Irgendwann im Herbst wird es dann möglich sein, die Sache über die Bühne zu bringen. Der Paragraf wird stehen bleiben. Die Massen werden sich mit der einen oder anderen Schönheitskorrektur zufriedengeben müssen. Wir werden sie hereinlegen. So gedenken Bundesregierung und Bundestag die Volksbewegung gegen den § 218 ins Leere laufen zu lassen.

Das darf man nicht zulassen. Es wird auch nicht gehen. Die Empörung der Massen über den § 218 kommt nicht von ungefähr. Mit diesem Paragrafen werden die Klassen zusätzlich gedrückt, die in der bürgerlichen Gesellschaft sowieso ausgebeutet und niedergehalten werden. Wer durch die Verhältnisse zu einer Abtreibung gezwungen ist, soll obendrein auch noch schikaniert, verfolgt und bestraft werden. Dieser Paragraf verletzt die Interessen der Massen, er verletzt ihren Stolz und ihre Würde. Deshalb muß er weg, und deshalb nützen irgendwelche Korrekturen überhaupt nichts. Diese Korrekturen, Indikationslösung und wie sonst kompliziert sie heißen mögen, laufen immer nur auf eines hinaus: die Freiheit des Staates, zu schikanieren, zu begutachten, zu verfolgen und zu bestrafen; den Zwang für die Massen, all dies zu erdulden. An den Verhältnissen, die zur Abtreibung zwingen, an der Armut und dem Elend, ändert sich nichts. Nein, sie sollen auch zur Würdelosigkeit und Verfolgung verdammen. Jährlich sollen weiterhin Zehntausende Frauen in die Hände von Kurpfuschern und Halsabschneidern getrieben werden. Und wer davonkommt, soll mit dem Staatsanwalt rechnen müssen. Die Reichen trifft das nicht: Sie haben Geld und Ärzte, und die Staatsanwälte haben noch nie ihre Auftraggeber verfolgt. Ohnehin ist eine Abtreibung für die Reichen und ihre Frauen nur eine Laune. Für die Massen ist das anders, und deshalb wehren sie sich gegen den § 218.

Wir Kommunisten unterstützen die Forderungen der Komitees gegen den § 218. Sie sind gerecht und richtig. Wo die herrschende Klasse gegen die Interessen und die Würde des Volkes vorgeht, ist es notwendig, daß das Volk seine Interessen und seine Würde entschieden verficht.

Die Arbeiterbewegung führt seit nun einem Jahrhundert den Kampf gegen den § 218. Die herrschende Klasse ist ein hartnäckiger Unterdrücker. Genauso hartnäckig kämpfen die Massen gegen die Unterdrückung. So lange, bis sie in der Lage sind, die herrschende Klasse zu stürzen und die herrschenden Verhältnisse umzuwälzen. Auf dieses Ziel, die proletarische Revolution und den Sozialismus, weisen alle Kämpfe des Volkes für seine gerechten und richtigen Forderungen. Auch im Kampf gegen den § 218 treten wir Kommunisten bewußt für dieses Ziel ein.

Der Kommunistische Bund Westdeutschland ruft auf:
Beteiligt euch an der Demonstration am 21. September!
Unterstützt die Forderungen der Komitees!

Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!
Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

Zentrales Komitee
des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Seite 3
Interview mit Rechtsanwalt Heldmann über den RAF-Prozeß

Seite 4
Klöckner Vertrauensleute: 140 DM mindestens

Seite 5
"Zumutbare" Arbeit für Maurer

Seite 9
Zwei Klassenstandpunkte zum § 218

Seite 14
Entwicklungsländer fordern Änderung der Weltwirtschaftsordnung

Seite 16
30 Jahre Demokratische Republik Vietnam

Fortsetzung von Seite 1

Ein Stück Land für ein Stück Frieden?

perialismus wie auch die andere Supermacht, die Sowjetunion, Raum für weitere Spaltungsmanöver erhalten. Darum, daß gegen alle Einmischungen der Supermächte gekämpft werden muß.

Die ägyptische Regierung setzt im Kampf gegen Israel nicht auf die Entfaltung und Organisierung der Kraft der arabischen Massen. Sie hat auf ihre diplomatische Kunst gebaut und in diesem Abkommen ein Stück der staatlichen Souveränität Ägyptens preisgegeben. Der US-Imperialismus läßt sich auf ägyptischem Territorium nieder und tritt als direkte Garantiemacht des Abkommens auf, was die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ägyptens rechtfertigen soll. Die ägyptische Regierung hat sich auf einen Zeitraum von drei Jahren ihres Rechtes begeben, alle Mittel einzusetzen, die sie für richtig hält, um die besetzten Gebiete zurückzuerobern.

Einfallstor für den US-Imperialismus

Der US-Imperialismus ist erfreut, sein Häuptling Ford erklärt: *"Ich denke, daß dieser große Erfolg einer der historischsten, bestimmt in diesem Jahrzehnt, vielleicht auch in diesem Jahrhundert (ist)."* (Mannheimer Morgen, 2.9.) Die US-Imperialisten sind erfreut, weil sie gegenüber ihrem Rivalen um das Erdöl im Nahen Osten, der Supermacht Sowjetunion, ein Stück vorangekommen sind. Auf der Sinai-Halbinsel stationieren sie 200 Mann zur Überwachung des Abkommens. Um "Zivilisten" handelt es sich nicht: *"In Kissingers Begleitung wird jedoch kein Hehl daraus gemacht, daß es sich dabei um Angehörige des US-Geheimdienstes CIA und der für elektronische Spionage zuständigen nationalen Sicherheitsbehörde (National Security Agency) handeln werde."* (Süddeutsche Zeitung, 27.8.)

Gegen diese Maßnahme protestiert deshalb auch in den USA die fortschrittliche öffentliche Meinung. Sie weiß, was es bedeutet, wenn der US-Imperialismus "Zivilisten" oder "Berater" entsendet. So hat er in Vietnam die Marionettencliquen gegen das vietnamesische Volk über Wasser gehalten und dies war die Vorstufe der direkten Aggression.

Ihrem Brückenkopf Israel hat die Supermacht USA in einem geheimen Zusatzabkommen weitere Unterstützung zugesagt, so daß die *"Vereinbarungen darüber praktisch denen eines Sicherheitspaktes"* (Stuttgarter Zeitung, 2.9.) entsprechen. Es gibt Blut- und Kopfgeld für die Zionisten. *"Rabinowitz (der israelische Finanzminister) sagte im einzelnen, die USA seien um 1,8 Mrd. Dollar Militärhilfe und um 700 Mio. Dollar als Entschädigung für den Verzicht auf die Ölfelder von Abu Rodeis Wirtschaftshilfe ersucht worden. Seine Regierung wolle außerdem 350 Mio. Dollar als Entschädigung für den Verzicht auf die Ölfelder von Abu Rodeis. Ferner ersuchte sie die USA um 50 Mio. Dollar jährlich während der nächsten vier Jahre, die für den Bau unterirdischer Öllager aufgewendet werden sollen. Schließlich soll Washington einen Beitrag von 150 Mio. Dollar zu den Kosten leisten, die (...) für den Bau neuer Verteidigungslinien der Israeli auf Sinai erforderlich werden."* (Süddeutsche Zeitung, 2.9.)

Kissinger wird von der bürgerlichen Presse und den Häuptern der Regierungen der imperialistischen Mächte gefeiert. Die Devise: ein Stück Land für ein Stück Frieden sei erfolgreich in die Tat umgesetzt worden. *"Ägypten bekommt ein Stück Land – und Israel ein Stück Frieden."* (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.9.)

Ein ungerechter Friede hat keine Dauer

Wahr ist: Ägypten bekommt "ein Stück" Land. Ein Stück von **seinem** Land. Und nur **ein Stück**. Der größte Teil der Beute des Zionismus verbleibt in dessen Händen. Israel bekommt "ein Stück" Frieden. Ein Stück!? Frieden, das gibt es nicht zwischen Landstücken. Frieden, den gibt es zwischen Völkern. Friedliche Beziehungen sind dafür die Grundlage und "ein Stück" Frieden gibt es nicht. Es handelt sich um einen Waffenstillstand zwischen der ägyptischen Regierung, die offenbar zu der Auffassung gekommen ist, daß sie sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht im Stand sieht, die Interessen der Nation am Besitz ihres eigenen Territoriums mit Waffengewalt durchzusetzen, und dem israelischen Aggressor, der sich außerstande sieht, seine ehrgeizigen Ziele und seine räuberischen Pläne ungeschmälert durchzuhalten.

Es geht also nicht um "ein Stück" Frieden, sondern um einen ungerechten Frieden. Und es ist jetzt schon sicher, daß dieser "Frieden" nicht haltbar sein kann. Wiekönnten die Palästinenser sich damit abfinden, daß sie millionenweise aus ihrer Heimat vertrieben wurden? Wie könnten die Araber, die unter dem israelischen Zionistenregime leben müssen, es für gleichgültig erachten, daß sie unterdrückt werden? Wie könnte es die ägyptische Nation für eine Kleinigkeit halten, wenn der größte Teil der Sinai-Halbinsel von den Zionisten besetzt bleibt? Wie vermöchte sich Syrien mit dem Verlust der Golan-Höhen an Israel abfinden? Wie könnte der Libanon sich damit anfreunden, daß die Zionisten ständig Dörfer und Siedlungen in diesem Gebiet bombardieren? Ein schönes "Stück" Frieden. – **(hjh)**

Falsche Einheitsfront – Ein Erfolg für die Revisionisten

Bericht über die Demonstration am 27.8. in Lissabon

In Portugal hält die Auseinandersetzung an zwischen der revisionistischen PCP und den sogenannten "Gemäßigten", die der Sozialistischen Partei nahestehen, um die Führung in der Regierung. Die Anhänger der Sozialisten konnten einen Erfolg für sich verbuchen: Ministerpräsident Vasco Goncalves mußte zurücktreten, allerdings nur, um als Generalstabschef wieder eingesetzt zu werden. – Auch den Revisionisten ist beim Manövrieren um die Führung in der Regierung ein Erfolg gelungen. Am 25.8.1975 gelang es ihnen, mit verschiedenen anderen Organisationen eine "Einheitsfront der Linken" zu gründen. Angeschlossen haben sich die FSP, LCI, LUAR, MES, MDP/CDE, PRP/BR und 1. de Maio. Nicht angeschlossen hat sich die Demokratische Volksunion (UDP). Diese Einheitsfront rief für den 27.8. zu einer Demonstration auf, genau eine Woche nach der Demonstration, zu der die Fabrik- und Nachbarschaftskomitees am 20.8. aufgerufen hatten und der sich dann die Revisionisten anschließen mußten. Jetzt hatten sich die Gewichte verschoben. Aus Lissabon erreichte uns darüber der folgende Bericht.

Die Demonstration begann im Zentrum von Lissabon und führte nach Belem, zum Sitz des Ministerpräsidenten. Der Zug war mehrere Kilometer lang – auf dem Kundgebungsplatz versammelten sich schließlich über 100 000 Menschen, wahrscheinlich etwas mehr als am 20.8.. Von der Demonstration der Fabrik- und Nachbarschaftskomitees unterschied sich die Demonstration der "Einheitsfront" auch sonst. Von der ohne sichtbaren Aufwand erreichten, gleichsam natürlichen Geschlossenheit der vorangegangenen Demonstration war nichts zu bemerken. Daß Parolen sich über den ganzen Zug erstreckten und von vorne nach hinten fortlaufend gerufen wurden, das hat es am 27.8. nicht gegeben. Es war eine Demonstration verschiedener Organisationen, die in Blöcke zerfiel.

An der Spitze marschierte die PCP mit Anhang, daran erkennbar, daß hier von den in der Einheitsfront vereinbarten Parolen die folgenden ausgespart wurden: "Vorwärts mit der Volksmacht!" und "Arbeiter, Soldaten, Bauern für Volksversammlungen!" – Im ganzen Zugen wurden Parolen gerufen wie: "Vereinigte Volksfront", "Nieder mit der Sozialdemokratie", "Schluß mit der faschistischen Gewalt", "Nieder mit dem CIA". In den nicht von der PCP gestellten Blocks spielte die Parole "Vorwärts mit der Volksmacht" die Hauptrolle.

Auf dem Kundgebungsplatz konnte sich diese Parole nicht durchsetzen. Als Blocks von Setenave-Arbeitern und Arbeiter anderer Betriebe sie anfangs mehrfach anstimmten, wurden sie von den PCP-Blöcken sofort mit "Vereinigte Volksfront"-Parolen überstimmt und schließlich mit "Vasco! Vasco!"-Rufen für den Ministerpräsidenten.

Vasco Goncalves erhielt, als er ans Mikrophon trat, den stärksten Beifall des ganzen Abends. Nach seiner Rede bekam er wesentlich weniger Beifall, auch Pfiffe und Ablehnung waren zu hören. Goncalves legte den Schwerpunkt darauf, daß die Führung der Revolution (damit meinte er die 5. provisorische Regierung) nicht an die Kleinbourgeoisie (womit er den General Fabiao meinte) abgegeben werden dürfe. Rufe antworteten ihm: "Vasco ja, Fabiao nein!" Vom Ausbau der Organe der Volksmacht sprach er ebensowenig wie von den Möglichkeiten, die unzufriedenen Bauern des Nordens für die Revolution zu gewinnen. Das COPCON-Dokument, in dem diese Aufgaben benannt werden, bezeichnete er zwar als "realistisch und ehrenwert", stellte es auch neben das von ihm entworfene Regierungsprogramm, aber das kostete ihn wenig. Das Gründungskommunique der Einheitsfront legt fest, daß bis auf weiteres das von Goncalves vorgeschlagene Programm Grundlage der Regierungstätigkeit bleiben sollte, während das COPCON-Dokument in das Programm einer neuen Regierung eingehen sollte.

Goncalves brachte das Kunststück fertig, den Massen, die in der Demonstration am 20.8. ihre Entschlossenheit ausgedrückt hatten, die Revolution fortzusetzen, die Frage der Fortsetzung der Revolution als Problem der Fortexistenz seiner Regierung an der Spitze des bürgerlichen Staatsapparates zu unterschieben.

Am 27.8. konnten die Revisionisten frohlocken. Sie hatten einiges von dem Terrain, das sie mit der Demonstration am 20.8. verloren hatten, wieder zurückgewinnen können. Zwei Wochen vorher konnten sie es sich nicht leisten, zur Unterstützung von Goncalves eine Demonstration zu organisieren (eine Saalveranstaltung mit mehreren Tausend Gewerkschaftlern fand statt), so haben sie jetzt um den Preis einer konsequenzlosen Zustimmung zum COPCON-Dokument sich als Führer der Linken hinstellen können.

Die PCP vertritt gegenwärtig die Positionen: Keine Nationalisierung des ausländischen Kapitals zur Zeit! ("Wir haben schon genug Feinde") und: Keine sofortige Bewaffnung des Volkes ("Die Waffen sind bei der MFA in guten Händen")! Damit hemmt sie das Vorwärtskommen der Massen in der Revolution. Es muß sich rächen, wenn einer solchen Politik die Führung überlassen und das selbständige Eintreten für die nächsten Aufgaben der Revolution aufgegeben wird. Offenbar hat diese Einheitsfront nicht die Kräfte der Revolution gestärkt, sondern geschwächt. Das ist die Lehre, die aus der Demonstration vom 27.8. gezogen werden muß.

Die Forderungen Albaniens an die BRD sind gerecht

Die Regierung der sozialistischen Volksrepublik Albanien hat von der Bundesregierung "zwei Milliarden Dollar nebst Zinsen zum Dollarwert von 1938" als Reparationszahlung gefordert (Süddeutsche Zeitung, 28. August). Sie hat das verlangt als Entschädigung für die unermeßlichen Schäden, die der deutsche Faschismus in seinem imperialistischen Aggressionskrieg dem albanischen Volk in den Jahren 1943/44 zugefügt hat: Massaker in Dörfern, Mordfeldzüge, Brandschatzung, Raub, Zerstörung von Produktionsmitteln.

Genützt hat es dem deutschen Faschismus nichts. Durch den Befreiungskampf des albanischen Volkes wurde der deutsche Faschismus geschlagen, seine Truppen aus dem Land vertrieben.

Das albanische Volk unter der Führung der Partei der Arbeit hat so einen wichtigen Beitrag im weltweiten Kampf der Völker gegen den Faschismus geleistet. Dieser Befreiungskampf hat den Grundstock dafür gelegt, daß heute in der Volksrepublik Albanien als einzigem Land in Europa die Arbeiterklasse an der Macht ist und am Sozialismus festhält. So ist diese Forderung der Bundesregierung gegenüber nur zu gerecht und verdient unsere Unterstützung.

"Überraschend sei sie" und *"Bonn sei verwundert"*, befindet die "Frankfurter Allgemeine Zeitung". Für seine Verbrechen hat der Imperialismus ein kurzes Gedächtnis. Außerdem ist diese Forderung bereits früher von der Regierung des albanischen Volkes erhoben worden, z.B. auf der 28. UNO-Vollversammlung durch den Außenminister der Volksrepublik Albanien, Nesti Nase. Die imperialistische BRD-Regierung hat sie kaltlächelnd mißachtet und wollte sie unter den Tisch kehren.

Die Arroganz der imperialistischen Macht spricht, wenn erklärt wird: Für *"die Antwort wird sich die Bundesregierung, wie* (von ihrem Presseamt) *zu erfahren ist, Zeit lassen"* (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. August). Beifällig äußert die "Frankfurter Allgemeine Zeitung": An der Antwort bestehe kein Zweifel. Selbstverständlich werde nicht bezahlt.

Und die "Frankfurter Rundschau" versucht die Berechtigung der Forderung so anzugreifen: *"Formal gesehen handelte es sich um keine Besetzung* (Albaniens durch die faschistischen Truppen), *sondern um eine vertragliche Regelung mit der damaligen albanischen Regierung."* (Frankfurter Rundschau, 28. August) Hübsch gesagt, und gleich sieht man, wo diese Schreiberlinge stehen: Die "albanische Regierung" von 1943 war eine Regierung vom Schlage eines Quisling in Norwegen, ein eingesetztes Marionettenregime, gut vergleichbar mit Thieu und Lon Nol.

Daß diese Forderung grad zum 30. Jahrestag der Beendigung des Aggressions- und Raubkrieges des deutschen Faschismus erhoben und bekräftigt wird, ist für die Imperialisten und ihre Presse peinlich. Kaum war die Forderung in ihren Spalten aufgetaucht, war sie wieder daraus verschwunden. Sie wollen kein Aufsehen. Erinnert doch die Volksrepublik Albanien mit dieser Forderung die westdeutschen Imperialisten daran, daß sie nicht erwarten dürfen, die Völker könnten vergessen, was ihnen der Faschismus angetan hat. Wenigstens solange nicht, als in Westdeutschland die gleiche Klasse herrscht, deren Werkzeug die Faschisten waren, die gleiche imperialistische Bourgeoisie.

Erhebt ein sozialistisches Land wie die Volksrepublik Albanien solch eine gerechte Forderung, will die Bourgeoisie rein gar nichts mit ihrer Vergangenheit zu tun haben und sich davonstehlen. Geht es aber um die Wahrung ihres **imperialistischen** und aggressiven Anspruchs auf die DDR und andere Gebiete des ehemaligen "Deutschen Reiches", bezeichnen sie sich immer als "Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937".

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" läßt zustimmend "zuständige Kreise innerhalb der Bundesregierung" zu Wort kommen, daß sich die Volksrepublik Albanien die Ablehnung der Reparationszahlungen selber zuzuschreiben habe. Sei sie doch im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Staaten nicht den Angeboten des westdeutschen Imperialismus nach Handelsbeziehungen und "Zusammenarbeit" gefolgt. Der Bundesregierung wie auch der Redaktion der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" schweben mit Albanien dieselben Geschäfte vor, wie sie jüngst mit Polen getätigt wurden: Ausnutzung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die durch die Restauration des Kapitalismus in einem ehemals sozialistischen Land auftreten, wo die neue Bourgeoisie sich durch Kredite in Abhängigkeit begeben, ihren Markt dem Warenstrom des Kapitalismus öffnen und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten hinnehmen muß, bis dahin, daß sie die Arbeitskräfte an die Imperialisten verkauft. Für solche Geschäfte ist die Volksrepublik Albanien nicht zu gewinnen. – **(hjh)**

Portugiesische Soldaten gegen Entsendung nach Angola

Fast fünfhundert Militärpolizisten in Lissabon haben beschlossen, die Entsendung weiterer portugiesischer Soldaten nach Angola zu verhindern. Das meldet die in Porto erscheinende Zeitung "Jornal de Noticias". Vorrangiges Ziel sei, die Revolution in Angola und Portugal zu verwirklichen , erklärten die Soldaten. Es sei nicht Sache der "Soldaten, Söhne des portugiesischen Volkes, in Angola zu kämpfen, zu sterben und zu töten, sei es im Dienst des amerikanischen oder des russischen Imperialismus", heißt es in der einstimmig verabschiedeten Resolution. (Frankfurter Allgemeine, 28.8.75)

Prämie für Volksbetrug

145 Millionen DM bewilligen sich die bürgerlichen Parteien alle vier Jahre als Wahlkampfkostenerstattung. Jeder Wähler bringt ihnen 3,50 DM ein. Für ganz ausgeschlossen halten sie es, daran zu sparen. Der FDP-Schatzmeister Karry erklärte dieser Tage, daß gerade in der Krise die Parteien eher noch mehr Geld brauchten. "Die Stellung der Parteien (sollte) besonders in der jetzigen Situation nicht finanziell unterminiert werden." Begründet wird das mit den wachsenden Schwierigkeiten, den Geist der Duldsamkeit in den Volksmassen zu verbreiten. Karry: "Den im Bundestag vertretenen Parteien sei es gelungen, trotz der Rezession ein Abgleiten in den Radikalismus zu verhindern. Die Möglichkeiten aller Parteien zur Bewußtseinsbildung der Öffentlichkeit sollten nicht durch finanzielle Maßnahmen behindert werden." Die Bundestagsparteien verstehen die Wahlkampfkostenerstattung als eine Art Prämie, die ihnen zusteht, weil sich dafür ins Zeug legen, daß die werktätigen Massen stillhalten, während ihnen das Fell über die Ohren gezogen wird. (nach FR 28.8.75)

Kapitalistenverband: Kapitalexport nur bei Extraprofiten

Der Verband der Feinmechanischen und Optischen Industrie hat für seine Mitgliedsfirmen eine Broschüre vorgelegt, worin er sie über die Grundsätze und Möglichkeiten bei der "Errichtung von Fertigungsstätten in Niedriglohnländern" informiert. Der Verband beklagt darin das Risiko, das "politische Revolutionen, Nationalisierungs- und Streikgefahren" darstellten und weist seine Mitglieder auf die "Kardinalforderung" hin, die sie beim Kapitalexport ins Ausland durchsetzen müßten: "In fünf Jahren sollte das im Ausland investierte Geld wieder zurückgeflossen sein. Denn über längere Zeiträume kann in jenen Regionen niemand mehr fest kalkulieren." Verlangt wird also eine Profitrate von mindestens 20 Prozent und die Möglichkeit, diesen Profit, der den billigen ausländischen Arbeitskräften abgepreßt wird, ungehindert nach Westdeutschland zu transferieren. Ohne das sollen sich die Verbandsmitglieder zur Ausplünderung fremder Länder nicht bereiterklären. (nach Handelsblatt, 27.8.75)

Gewissen der Abgeordneten weiter steuerfrei

Wiederum gescheitert ist ein vom Bundestag berufener Beirat vor dem bis heute unlösbaren Problem, Abgeordnete des Bundestages zu besteuern wie jeden anderen Gehaltsempfänger. Die "Frankfurter Rundschau" berichtete am 28. August, daß der Beirat, dem immerhin der Bundesbankpräsident Klasen, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages von Amerongen, der frühere DGB-Vorsitzende Rosenberg und mehrere Ex-Parlamentarier angehören, zu dem Ergebnis gekommen sei, "die Materie erweise sich als viel schwieriger als man früher angenommen habe".

Die Schwierigkeit dürfte darin bestehen, daß es zwar ein Leichtes ist, von den Parlamentariern einen Beschluß zu erwirken, der die Ausplünderung der Massen verschärft. Daß es aber ein Ding der Unmöglichkeit ist, sie zu einem Beschluß zu bewegen, der ihre Diäten beschneidet. Von einer solchen Beschlußfassung türmen sich ihnen die verschiedenartigsten rechtlichen Bedenken. Und die haben ihr Gewicht, sind doch die Abgeordneten nur ihrem Gewissen verantwortlich. Und das Gewissen, das ist den Abgeordneten des deutschen Bundestages teuer.

Interview mit Rechtsanwalt Heldmann über den RAF-Prozeß

„Das kann sich nur eine Anklagebehörde leisten, die ihr Urteil bereits in der Tasche hat"

KVZ: Sie haben letzte Woche einen Antrag auf Einstellung des Verfahrens gestellt. Offensichtlich gibt es in diesem Prozeß einige Besonderheiten, die ihn von anderen Strafverfahren unterscheiden.

Heldmann: Dieser Antrag auf Einstellung des Verfahrens hat sich gestützt in erster Linie auf die These der Verteidigung, daß ein faires und waffengleiches Verfahren nicht mehr möglich sei, nachdem schon lange vor Prozeßbeginn, bis in die Hauptverhandlung hinein, Mitglieder der Bundesregierung, der Landesregierungen, des Bundestags, des Bundesrats, aller politischen Parteien, Mitglieder der Exekutive, selbst der Generalbundesanwalt vorverurteilt haben.

KVZ: Trifft das auch für Gericht und Bundesanwaltschaft zu?

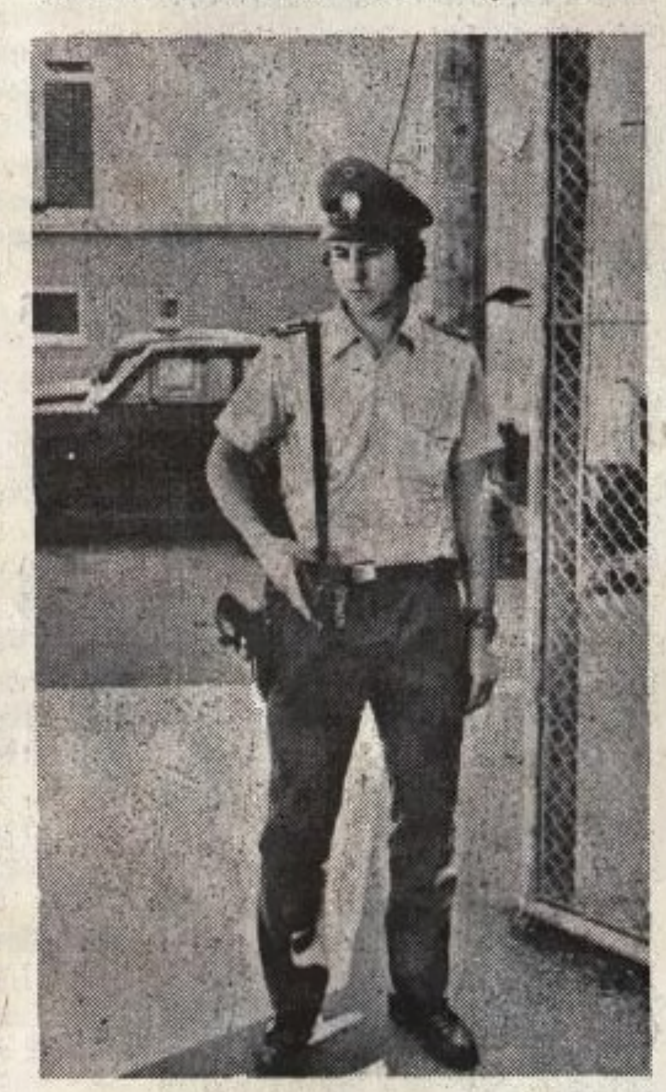
Heldmann: Für die Bundesanwaltschaft jedenfalls. Das heißt, die Unschuldsvermutung für die Angeklagten, die ist weg, das gilt auch hinsichtlich des Strafsenats, der über diese Angeklagten zu Gericht sitzt.

Dazu kommt hier insbesondere noch die systematische Zerstörung der Verteidigung. Innerhalb von dreißig Tagen vor Beginn der Hauptverhandlung, hat die Generalbundesanwaltschaft mit ihren Anträgen alle drei Baader-Verteidiger aus dem Verfahren herausgeschossen, Croissant, Ströbele, Groenewold. Gegen Haag, den letzten Verteidiger, ist dann ganz flugs noch ein Haftbefehl ergangen. Die Angeklagten haben kein faires Verfahren, das ist meine juristische Würdigung hinsichtlich der Zeit vor der Hauptverhandlung. Aber ich muß auch zunehmend erkennen, daß diese Hauptverhandlung selbst offenliegt, daß weite Partien unseres Verfassungsrechts und unseres Strafverfahrensrechts außer Kraft gesetzt worden sind. Es dürfte ja nicht der allgemeinen Aufmerksamkeit entgangen sein, daß die Verteidigung noch nicht mit einem einzigen Antrag, den sie gestellt hat, zum Erfolg gekommen ist. Daß sämtliche Befangenheitsanträge, die in anderen Verfahren wohl erfolgreich gewesen wären, hier abgewiesen worden sind, so daß ich selbst für mich jetzt den Standpunkt vertrete, einen Befangenheitsantrag auf keinen Fall mehr zu stellen, weil er völlig sinnlos geworden ist.

Was ist etwa von einem fairen und waffengleichen Verfahren zu halten, in dem Ankläger mit Schußwaffen herumlaufen – die Angehörigen der Bundesanwaltschaft –, während die Verteidiger sich bei jedem Betreten sowohl des Gerichtsgebäudes als auch der Vollzugsanstalt von oben bis unten körperlich untersuchen lassen und ihre Kleidung und ihre Aktensachen durchsuchen lassen müssen.

KVZ: Dagegen wurde ja bereits ein Antrag der Verteidigung gestellt

Heldmann: Ja, ich selbst habe den Antrag gestellt, daß die Untersuchungen und Durchsuchungen der Verteidiger von sofort an einzustellen seien. Die Bundesanwaltschaft, die auch



Auch beim RAF-Prozeß in Kaiserslautern Sonderbewachung. Hundezwinger am eigens umgebauten Gerichtsgebäude.

sonst inhaltlich zu den Verteidigeranträgen bisher so gut wie nie sich geäußert hat, sondern immer nur mit abwertenden Floskeln wie Absicht der Prozeßverschleppung und ähnlichem den Verteidigungsanträgen entgegengetreten ist, hat sich auch hier nichts besseres einfallen lassen als zu bemerken: ja diese Ungleichheit, die sei schon begründet, denn Bundesanwälte pflegten Straftaten zu verfolgen, jedoch nicht welche zu begehen. Und das Gericht hat, wie immer, wenn die Bundesanwaltschaft sich gegen Verteidigeranträge wendet, selbstverständlich dem Zurückweisungsantrag der Bundesanwaltschaft recht gegeben und gemeint, die Durchsuchung und Untersuchung des Verteidigers jeweils, wenn sie das Gerichtsgebäude betreten, sei durch das Hausrecht gedeckt. Natürlich gibt es kein Hausrecht, das derartige Maßnahmen rechtfertigt, das ist ein schäbiger Rechtsbruch.

KVZ: Wurden auch die Verteidiger-Akten durchblättert?

Heldmann: Ja sicher, es wurde auch in den Akten herumgeblättert.

KVZ: Wie interpretieren Sie, daß die Bundesanwaltschaft bei den ganzen Verteidigeranträgen nur flapsige Bemerkungen macht?

Heldmann: Es ist ausgesprochene Methode der Bundesanwaltschaft, sich zu den Anträgen der Verteidigung, die sorgfältig und juristisch ausgefeilt begründet sind, in keinem einzigen Fall inhaltlich zu äußern, sondern die Bundesanwaltschaft macht es sich sehr einfach, indem sie solche Anträge und zwar schon gewohnheitsmäßig abqualifiziert mit Bemerkungen wie Prozeßverschleppung, fehlender Sachzusammenhang.

KVZ: Kann sich das ein normaler Staatsanwalt leisten?

Heldmann: Das kann sich natürlich kein normaler Staatsanwalt leisten, sondern das kann sich eben nur eine Anklagebehörde leisten, die ganz genau weiß, daß sie ihr Urteil bereits in der Tasche hat.

KVZ: Heißt das, daß das Gericht und die Bundesanwaltschaft eine einheitliche Marschroute haben?

Heldmann: Ich kann nicht sagen, daß das Gericht und die Bundesanwaltschaft im gleichen Schritt oder in einer Reihe marschieren würden, aber jedenfalls das eine kann ich sagen, daß die Bundesanwaltschaft ein Verhalten an den Tag legt, das zu dokumentieren scheint, jedenfalls dem regelmäßigen Beobachter zu dokumentieren scheint, daß sie sich bei diesem Gericht mit ihrer Anklage gut aufgehoben fühlt.

KVZ: Zur Verhandlungsfähigkeit der Angeklagten haben die Verteidiger gesagt, die Angeklagten sind nicht verhandlungsfähig. Das Gericht sagt, sie sind verhandlungsfähig, und die Situation ist im Moment wohl so, daß es inzwischen ein Zwischengutachten gibt derart, daß drei Stunden am Tag verhandelt werden soll.

Heldmann: Wir haben niemals beantragt, die totale Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten festzustellen. Die Anträge der Verteidigung gingen immer nur dahin, die Verhandlungsfähigkeit der Angeklagten in Zweifel zu ziehen und folglich diesem Zweifel entsprechend zu handeln, nämlich umgehend die Verhandlungsfähigkeit überprüfen zu lassen. Wir haben beantragt, die Verhandlung auf den halben Tag zu beschränken, da offensichtlich sei, daß der ganztägige Verhandlungsrhythmus die Angeklagten absolut überfordert. Selbstverständlich, wie üblich, ist allen diesen Anträgen, die wir in 26 Verhandlungstagen 14 mal etwa entweder als Antrag gestellt oder als Rüge ins Verfahren eingebracht haben, die Bundesanwaltschaft jedesmal entgegengetreten. Selbstverständlich hat in jedem Falle das Gericht der Bundesanwaltschaft recht gegeben und auch vom Richtertisch aus wurde diagnostiziert, diese Angeklagten sind verhandlungsfähig.

Schließlich haben wir vor einer Woche die Konsequenz gezogen und gesagt, die Angeklagten sind dem Verhandlungsrhythmus, d. h. drei Tage in der Woche absolute Verhandlungszeit, absolut nicht gewachsen. Entweder das Gericht besinnt sich endlich seiner Pflicht, die Verhandlungsfähigkeit unbedingt feststellen zu lassen, die Verhandlungsfähigkeit ist Verfahrensvoraussetzung und wo eine Verfahrensvoraussetzung fehlt, darf nicht prozessiert werden. Fehlende Verhandlungsfähigkeit ist doch identisch mit fehlender Verteidigungsfähigkeit.

Wir haben dem Gericht gesagt, entweder wird die Verhandlungszeit auf die auch für den Laien erkennbare Verhandlungsfähigkeit der Angeklagten reduziert, oder aber wir verhandeln nicht weiter zu Zeiten, in denen die Angeklagten erkennbar verhandlungsunfähig sind. Daraufhin hat das Gericht einen Blick auf die Anklagebank geworfen und folgendes als Recht erkannt: Die Angeklagten sind weiterhin unbeschränkt verhandlungsfähig. Daraufhin haben wir unsere Akten gepackt und die Angeklagten haben ihre Akten gepackt und wir haben das Gericht alleine weiter verhandeln lassen. Am nächsten Morgen hatten wir daraufhin als vorläufiges Gutachten zumindest das Ergebnis, die Angeklagten sind maximal drei Stunden pro Tag verhandlungsfähig, wobei auch diese drei Stunden Begrenzung zu Gunsten der Angeklagten nicht kleinlich gehandhabt werden sollten. Das heißt also, was die Verteidigung seit Beginn dieses Prozesses stets vorgetragen hat und stets als Verfahrenshindernis rügte, ist nunmehr endlich, 3 Monate nach Beginn der Hauptverhandlung, festgestellt, maximal halbe Verhandlungsfähigkeit.

KVZ: Wie weit haben sich die Haftbedingungen während der Hauptverhandlung verändert?

Heldmann: Die Haftbedingungen haben sich während der Dauer der Hauptverhandlung nicht geändert. Zwar konnte man hören, daß Baader und Raspe jetzt Ping Pong miteinander spielen dürfen, das ist aber eine Augenwischerei, die sind ja körperlich gar nicht in der Lage, Tischtennis zu spielen. Die sind ja froh, wenn sie die drei Stunden auf dem Stuhl sitzen können während der Verhandlung ohne runterzufallen.

Die Haftbedingungen haben sich nicht verbessert, die Angeklagten leben weiter unter isolierenden und deprivierenden Haftbedingungen. Das ist für mich keine Frage, daß die dreijährige Isolationshaft den heutigen Krankheitszustand der Angeklagten ursächlich bedingt. Nicht also wie Richter Prinzing das mal neulich den Sachverständigen zu suggerieren versucht hat, der Hungerstreik sei wohl ausschlaggebend für diesen stark reduzierten Zustand der Angeklagten. Das weiß man spätestens aus Untersuchungen nach dem 2. Weltkrieg, daß die körperlichen Folgen der Hungerzeit relativ schnell und auch ziemlich restlos beseitigt werden können, aber wir wissen aus der Isolationsforschung, daß sogenannte Deprivationsschäden, d. h. also die Folgen einer sozialen und sensorischen Deprivation, von einem bestimmten Grad an irreparabel sind.

KVZ: Welche Rollen spielen hierbei die Isolationszellen im Bruchsaler Gefängnis, von denen die Bundesanwaltschaft behauptet, das sei eine Spinnerei?

Heldmann: Am Tag darauf, nachdem die Bundesanwaltschaft das als Spinnerei bezeichnet hat, am Tag darauf hat sie in der öffentlichen Verhandlung eingeräumt, daß dieser Isoliertrakt tatsächlich errichtet worden ist und hat einräumen müssen, daß er für Gefangene eingerichtet worden ist, die mit hohen Freiheitsstrafen belegt worden sind und deren Isolierung notwendig werde wegen der Gefahr politischer Agitation.

KVZ: Glauben Sie, daß der Stammheimer Prozeß für die weitere Entwicklung der Justiz von Bedeutung ist, daß er Rechtsgeschichte macht?

Heldmann: Ich fürchte ja. Ich habe auch zur Begründung meines eigenen Einstellungsantrages gesagt, daß im Stammheimer Prozeß statt Verfassung und Prozeßordnung der Ausnahmezustand gilt und daß ich fürchte, daß, wenn ein Prozeß wie dieser in dieser Weise zum Ende gelangen sollte, daß er dann für den deutschen Strafprozeß allgemein eine Wendemarke kennzeichnet.

Staatsschulden: Die Banken diktieren die Bedingungen

Letzten Donnerstag mußte die Bundesbank an allen deutschen Börsen für 400 Millionen DM öffentliche Anleihen aufkaufen, und es heißt, dem Kapitalmarkt drohe der Zusammenbruch. Um zu verstehen, weshalb hier an einem einzigen Tag soviel Geld bewegt wird wie 20 000 Arbeiter in einem ganzen Jahr bekommen, muß man sich die Geschäftspraktiken der Kapitalisten etwas genauer ansehen.

In der letzten KVZ haben wir berichtet, daß die Spitzen des Finanzkapitals der Regierung Schmidt/Genscher unmißverständlich den Weg gewiesen haben. Mit den Beschlüssen des Zentralen Kapitalmarktausschusses vom 20. August und des Zentralbankrates vom 14. August wurde der Regierung der Geldhahn gesperrt und sie zu einem Raubzug gegen die Volksmassen in Marsch gesetzt. Inzwischen hat die Bundesregierung gespurt, aber dies war erst der Beginn. Die Bankiers sind noch keineswegs zufrieden.

Die Bankiers wollen bessere Bedingungen

Sie wollen jetzt einen höheren Zins und wollen ihr langfristig verliehenes Geld in kurzfristig verliehenes verwandeln. Der Staat beansprucht zur Zeit den größten Teil alles verliehenen Geldes. Aber die Banken wollen beweglich bleiben, wenn die industriellen Kapitalisten wieder nach Krediten rufen und die Zinsen rasch steigen. Im Juli haben die Banken 3 Milliarden DM weniger an die industriellen Kapitalisten ausgeliehen als ein Jahr zuvor. Andererseits haben sie 5,1 Milliarden DM an Geldern – vor allem Spargeld – neu bekommen. Trotzdem verkaufen sie jetzt massenweise ihre langfristigen Staatsanleihen. Da diese an der Börse gehandelt werden wie gewöhnliche Waren, drücken sie damit den Preis, d.h. ihren Kurs.

Eine festverzinsliche Anleihe über 100 DM, die jährlich 7 DM Zins abwirft, würde jetzt z.B. an der Börse 98 DM anstatt 99 DM zuvor kosten. Umgekehrt muß also der Anleihe-Käufer 1 DM weniger aufwenden, um Anrecht auf 7 DM Zins und eine Rückzahlung von 100 DM zu erhalten; die Rendite wäre also gestiegen.

Die Verkäufe der Banken zwingen auch die kleinen Anleger, Geschäftsleute, Ärzte, Beamte und höhere Angestellte, die ihr Vermögen in Staatsanleihen angelegt haben, zum Verkauf. Denn wenn die Kurse sinken, so sinkt der Wert ihres Vermögens, und da verkaufen sie lieber vorher.

Andererseits kann die Bundesbank nicht zulassen, daß der Preis der Anleihen verdorben wird. Denn mit der Rendite steigen die Kosten für die Ausgabe neuer Anleihen und außerdem wird sich die Regierung schön hüten, ihren Anhang an Kleinbourgeoisie durch Wertverlust ihrer Geldanlagen zu vergraulen. Also kauft die Bundesbank die Anleihen, die die Banken abstoßen, zum alten Preis auf. Das ist großartig für die Bankkapitalisten, denn zwar bleiben Kurs und Rendite hoch, aber sie können weiter verkaufen, ohne daß der Wert ihrer Anleihen, die sie noch besitzen, sinkt.

Sie suchen schnellere Bereicherung

Natürlich trennen sich die Banken von ihren Anleihen nicht, um auf dem Geld, was sie dabei erlösen, sitzenzubleiben. Das Geldverleihen ist ja ihr Geschäft. Vielmehr handeln sie in dem sicheren Wissen, daß Bund, Länder und Gemeinden sich in diesem Jahr noch rund 30 Milliarden DM von den Banken beschaffen müssen. Dieses leihen ihnen die Banken gern, denn sie haben ja genug und verdienen daran. Bloß wollen sie die Bedingungen diktieren. Also bietet der Staat jetzt kurzfristige Schuldscheine an wie sauer Bier – mit einem Zins nach dem Wunsch der Bankiers. Schuldscheine werden nicht an der Börse gehandelt, die Banken haben kein Kursrisiko – können also gefahrlos den Kurs der Anleihen weiter drücken – und bekommen ihr Geld nach kurzer Zeit zurück.

Bereits im Juli, als diese Manöver noch relativ ruhig verliefen, haben die Banken öffentliche Anleihen für 0,7 Milliarden DM verkauft und ausschließlich Bankschuldverschreibungen für 2 Milliarden DM gekauft. Der Versuch der Bundesregierung, eine Zinssenkung durchzusetzen, blieb erfolglos. Das Bundeswirtschaftsministerium stellt fest: *"Besonders am Kapitalmarkt wurden die Grenzen für weitere Zinssenkungen deutlich. Die Umlaufrendite für festverzinsliche Wertpapiere lag im Juli bei 8,5 Prozent."* Dies zeigt, wie die Sache läuft. Die Banken verkaufen ihre Anleihen zu den alten Preisen an die Bundesbank, um dafür zu günstigem Preis kurzfristige Gelder an den Staat gegen Schuldscheine zu verkaufen. Oder: Der Staat muß den Banken seine Anleihen abkaufen – und dann die Banken zu höheren Kosten um das Geld anbetteln, das er ihnen zum Teil gerade erst durch Ankauf seiner Anleihen zukommen ließ. Dabei ist sicher, daß die Bundesbank ihre Stützungskäufe bei den Anleihen nicht mehr lange durchhalten wird, sich also auch dort der höhere Zins durchsetzt. Das Bankkapital pfeift, und die Regierung tanzt.

Der Staat ist eine Pfründe für die Reichen

Bei den ganzen Manövern wird natürlich auch die langfristige Kalkulierbarkeit der Staatsschuld wackelig. Denn ein großer Teil muß nicht erst – wie bei Anleihen – nach acht oder mehr Jahren zurückbezahlt werden, sondern bereits in ein, zwei oder drei Jahren. So ist der Finanzplan, den die Bundesregierung letzten Freitag für 1976 bis 1979 veröffentlicht hat, ein getreues Spiegelbild dieser Situation. Die Ausgaben sollen gedrückt werden, die Einnahmen erhöht. Weil die Banken weniger Kredite an den Staat geben wollen.

Ende Juni war der Bund mit 85 Milliarden DM verschuldet, gegenüber 69 Miliarden DM Ende 1974. Bereits für das Jahr 1974 mußten Bund, Länder und Gemeinden allein für Zinsen rund 11 Milliarden DM aufwenden. Von diesem Geld, das ausreichen würde, um 600 000 Arbeitern ihren Lohn zu zahlen, macht sich eine kleine Schicht ein genüßliches Leben, ohne auch nur einen Finger zu krümmen, bloß aufgrund ihres Besitzes.

Bezahlt werden die Staatsschulden, Zinsen und Bankgebühren aus den Einnahmen des Staates. Ihre Folge sind also mit etwas zeitlicher Verzögerung erhöhte Steuern. Da sich jene schmarotzende besitzende Klasse, die die Zinsen eingestrichen hat, nun natürlich nicht den Zins wieder wegsteuert, werden die Steuern der Werktätigen erhöht, so wie es die sozialliberale Regierung jetzt beschlossen hat.

Die ganze gesellschaftliche Tätigkeit bewegt sich nach dem Geschäftsinteresse einer Handvoll Finanzkapitalisten. Bisher war ihnen wachsende Staatsschuld günstig, jetzt bekommt die Regierung nur noch Überbrückungsgeld. In zwei, drei Jahren muß sie es zurückzahlen. Die ersten Maßnahmen hat sie bereits beschlossen. Doch die Vorgänge auf dem Kapitalmarkt lassen die wissenschaftlich gesicherte Aussage zu, daß dies nur der Auftakt war. – (fb)

Zahlenangaben nach: BMWI (Bundesminister für Wirtschaft) Tagesnachrichten, Nr. 7111 vom 29. August, und: Statistisches Jahrbuch 1974

Bei der Konzertierten Aktion:

Lohnfestlegung durch die Regierung, Kapitalisten und Gewerkschaftsführung

Am 26. August tagte die Konzertierte Aktion. Dort sitzen die Vertreter der Kapitalistenverbände, der Bundesregierung und der Gewerkschaftsvorstände. Alljährlich sollen vor den Tarifauseinandersetzungen "Meinungen und Informationen ausgetauscht werden". Wie in letzter Zeit ständig zu hören war, klagten auch hier die Kapitalisten über ihre "Ertragslage". Herr Schleyer, der anwesend war als Präsident des BDA, Vorstandsvorsitzender und Mitglied der verschiedensten Aufsichtsräte, forderte, die Lohnpolitik müsse zur Verbesserung der Ertragslage beitragen. Dieser bessere Herr zieht allein aus seinem Sessel im Daimler-Vorstand jährlich über 650 000 Mark. Das sind 50 000 Mark im Monat, mehr als das Zwanzigfache eines Arbeiterlohns. Er kennt von Arbeit nur soviel, daß Profit dabei herausspringen muß, damit es ihm und seiner Sippe noch besser geht. Friderichs, Bundeswirtschaftsminister, steht ihm fest zur Seite und sichert zu, daß, wenn nötig, die Kapitalisten Steuererleichterungen bekommen würden.

Früher haben sie das Ganze damit begründet, daß die Arbeitslosigkeit so verschwinde. Aber solche Versprechen machen sie nicht mehr. Sohl vom BDI sagte, mit einem "Sockel" von 500 000 Arbeitslosen müsse gerechnet werden. Das also fordern die Kapitalisten von den Arbeitern: Mehr Arbeit für weniger Lohn bei bleibender Arbeitslosigkeit.

‚Sie wissen, daß die Arbeiter in den Tarifauseinandersetzungen das nicht so ohne weiteres mitmachen. Deshalb "drückte Sohl seine Bereitschaft aus, mit der Bundesregierung und den Gewerkschaften zu einem Konsensus zu kommen". Er will die Tarifauseinandersetzung möglichst nicht haben und stattdessen die neuen Löhne in einer solchen "Gesprächsrunde" festgelegt haben. Als die Arbeiter sich vor nicht allzu langer Zeit in selbständigen Streiks holten, was sie in den Tarifverhandlungen nicht bekamen, da haben die gleichen Herren geschrieen: "Die Tarifautonomie ist in Gefahr!" Der damalige BDI-Präsident Berg wollte sogar mit "der Pistole in der Hand diesem Spuk ein Ende machen". So ändern sich die Zeiten: Einmal pochen auf die Tarifverträge, sogar mit der Waffe in der Hand, und heute möglichst nichts mehr wissen wollen von der Tarifautonomie, dafür Festlegung der Löhne durch Regierungsdekret.

Auf diese unverschämten Forderungen der Kapitalisten scheinen die Gewerkschaftsvertreter nicht allzuviel geantwortet zu haben: Alles was Loderer einfiel war: *"Die Zurückhaltung der Gewerkschaften in diesem Jahr dürfe nicht unter den Teppich gekehrt werden."* Auf dem letzten IG-Metall-Gewerkschaftstag hat Loderer noch einmal begründet, warum er in der Konzertierten Aktion sitzt: *"Eine Beteiligung an der Bonner Gesprächsrunde gibt uns zusätzliche Gelegenheit, uns mit den Arbeitgeber-Ideologen auseinanderzusetzen"* und *"Eine Nichtbeteiligung müßte in der Öffentlichkeit als Unsicherheit verstanden werden"*. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Als Unsicherheit werden es die Kapitalisten verstehen, wenn die Gewerkschaften sich länger in der Konzertierten Aktion ihre Unverschämtheiten anhören. Die Kapitalisten werden unsicher werden, wenn damit Schluß gemacht wird. Wenn sie unsicher werden, nützt das den Arbeitern; deshalb ist es richtig, was der Gewerkschaftstag der IG Druck beschlossen hat: Raus aus der Konzertierten Aktion! – (db)

Klöckner – Hütte Bremen

12 Prozent - mindestens 140 DM gefordert

Bremen. Am 2. September haben die Vertrauensleute der Klöckner-Hütte Bremen ihre Forderungen für die Stahltarifrunde beschlossen.

In der Diskussion wurde ausgegangen von der letzten Vollversammlung vor einem Monat. Damals waren 10 bis 12 Prozent im Gespräch gewesen. Jetzt erklärten die meisten Redner übereinstimmend, daß nach den neuesten Beschlüssen der Bundesregierung über Erhöhung der Arbeitslosenversicherung und der Mehrwertsteuer die Forderung mindestens bei 12 Pozent liegen müsse. Uneinigkeit bestand darüber, ob man nun prozentual oder einen festen Betrag in Mark und Pfennig für alle gleich fordern solle. In einem Redebeitrag hat ein Genosse herausgearbeitet, daß es ohne Kampf und Einheit nichts geben wird und daß dieser notwendige Kampf nur möglich und auch erfolgreich sein kann unter einem einheitlichen Ziel, das heißt unter einer Forderung in Mark und Pfennig.

Um aber die mögliche Einheit nicht aufs Spiel zu setzen, hat er vorgeschlagen: 12 Prozent, mindestens aber 140 DM für jeden zu beschließen. Damit sei auch klargestellt, daß die Forderung nicht beliebig heruntergehandelt werden dürfe, so daß wir schließlich bei vier bis fünf Prozent, also Lohnabbau, landen. Nach zweistündiger Debatte wurde dann bei wenigen Enthaltungen beschlossen, 12 Prozent mehr Lohn und Gehalt zu fordern.

Einstimmig wurde beschlossen, daß kein Kollege mit weniger als 140 DM aus dieser Tarifrunde herauskommen darf. Weiter fordern die Vertrauensleute der Klöckner-Hütte 140 DM für jedes Lehrjahr, womit die von über hundert Jugendlichen auf ihrer Versammlung fast einstimmig beschlossene Forderung aufgegriffen und unterstützt haben.

Nach den Erfahrungen mit der Lohneinbuße bei Kurzarbeit fordern die Vertrauensleute, daß im Manteltarifvertrag festgelegt wird, daß die Kapitalisten die Differenz zwischen Kurzarbeitergeld und 90 Prozent des Nettoeinkommens bezahlen.

Die 600 DM, die im vergangenen Jahr als einmaliger Bonus in zwei Raten gezahlt wurden, sollen in den Vertrag über Urlaubsgeld einfließen, wobei die Tarifkommission noch festlegen muß, in welcher Form dieses Urlaubsgeld berechnet werden soll, als fester Betrag, prozentual auf den Monatslohn oder in Form eines bestimmten Betrages pro Tag.

Schließlich haben die Vertrauensleute einstimmig gefordert, daß die Laufzeit für den Lohn- und Gehaltstarifvertrag nicht mehr als 12 Monate betragen darf.

Die Bedeutung dieser Forderungen besteht darin, daß sie fast einstimmig beschlossen worden sind und daß durch die Mindestforderung von 140 DM für alle ein einheitliches Ziel gesetzt worden ist. Unter dieser Forderung können und müssen wir den Stahl-Kapitalisten geschlossen gegenübertreten. Ohne Arbeitskampfmaßnahmen wird es nur noch weiter bergab gehen. Die Bedingungen dafür, daß die Stahlarbeiter durch den geschlossenen Einsatz ihrer Kraft holen, was sie brauchen, haben sich durch die Aufstellung eines einheitlichen Zieles verbessert. – (T., Betriebszelle Klöckner)

John – Deere Mannheim

John – Deere Mannheim

In 5 Jahren sind die Gewinne um 300 Prozent gestiegen

Die Belegschaft wurde nur um 25 Prozent vergrößert / Doppelt soviel Arbeitsleistung wird aus den Kollegen herausgepreßt

Seit vier Jahren ununterbrochen haben die Kapitalisten von John Deere, dem größten Landmaschinenkonzern der kapitalistischen Welt, ihre Ausdehnung steigern können.

An den Zahlen von Umsatz und Gewinn läßt sich zeigen, in welchem Maße die Ausbeutung im gesamten Konzern gestiegen ist:

Umsatz:
(Verkaufs-Erlös)

1971	1,18 Mrd. Dollar
1974	2,50 Mrd. Dollar
1975 (1. Halbjahr)	1,37 Mrd. Dollar

Gewinn:

1970	45 Mio. Dollar
1971	63 Mio. Dollar
1974	164 Mio. Dollar
1975 (1. Halbjahr)	88 Mio. Dollar

Innerhalb von vier Jahren also eine Umsatzsteigerung von 150 Prozent, und innerhalb von fünf Jahren eine Netto-Gewinnsteigerung um 300 Prozent!

In dem Maße, wie die Kleinbauern von großen Landwirtschaftsbetrieben vernichtet wurden, haben die Landmaschinenkapitalisten ihren Markt ausdehnen können. Die John Deere Kapitalisten haben mit ihrer Spezialisierung auf Großtraktoren (bis zu 168 PS) und riesigen Erntemaschinen für Mais, Weizen und Sojabohnen sich dieser Entwicklung angepaßt und treiben sie weiter voran. In den USA hat das zu 25 Prozent Umsatzsteigerung für John Deere allein in diesem Jahr geführt. In denjenigen Ländern der Dritten Welt, wo die US-Imperialisten daran gegangen sind, über den Aufbau von Monokulturen die landwirtschaftliche Produktion zu bestimmen, zum Beispiel in Brasilien, liegen die Verkaufssteigerungen von John Deere laut dem letzten Halbjahres-Geschäftsbericht bei 55 Prozent.

Mit ihren Großtraktoren und Erntemaschinen liefern die John Deere-Kapitalisten die technischen Mittel für die neokolonialistische Politik der US-Imperialisten und machen damit ihre märchenhaften Profite. In ihren Fabriken erzwingen die John Deere Kapitalisten die gewaltigen Produktionssteigerungen durch verschärfte Antreiberei und Arbeitshetze für die Arbeiter und Angestellten. Mehr als doppelt soviel wie vor vier Jahren wird heute bei John Deere produziert. Ausgepreßt wurde diese Produktionssteigerung aus einer Konzernbelegschaft, die nur um 25 Prozent gestiegen ist, von 40 000 auf 50 000.

Fast doppelt soviel Arbeitsleistung wird heute aus den Arbeitern und Angestellten von John Deere herausgepreßt. Diese doppelte Arbeitsleistung wurde nicht herausgepreßt durch die Anwendung neuer Maschinerie – da waren die John Deere Kapitalisten in den letzten Jahren äußerst zurückhaltend. Sie haben so gut wie nichts investiert.

Erzielt wurde die Produktions- und Gewinnsteigerung dadurch, daß – wie der John Deere-Direktor Peterson das formuliert hat – *"unsere Mitarbeiter wirksamer arbeiten als vergleichbare Mitarbeiter anderer Unternehmen"*. (John Deere Journal 1974)

Was heißt hier "wirksamer arbeiten"?

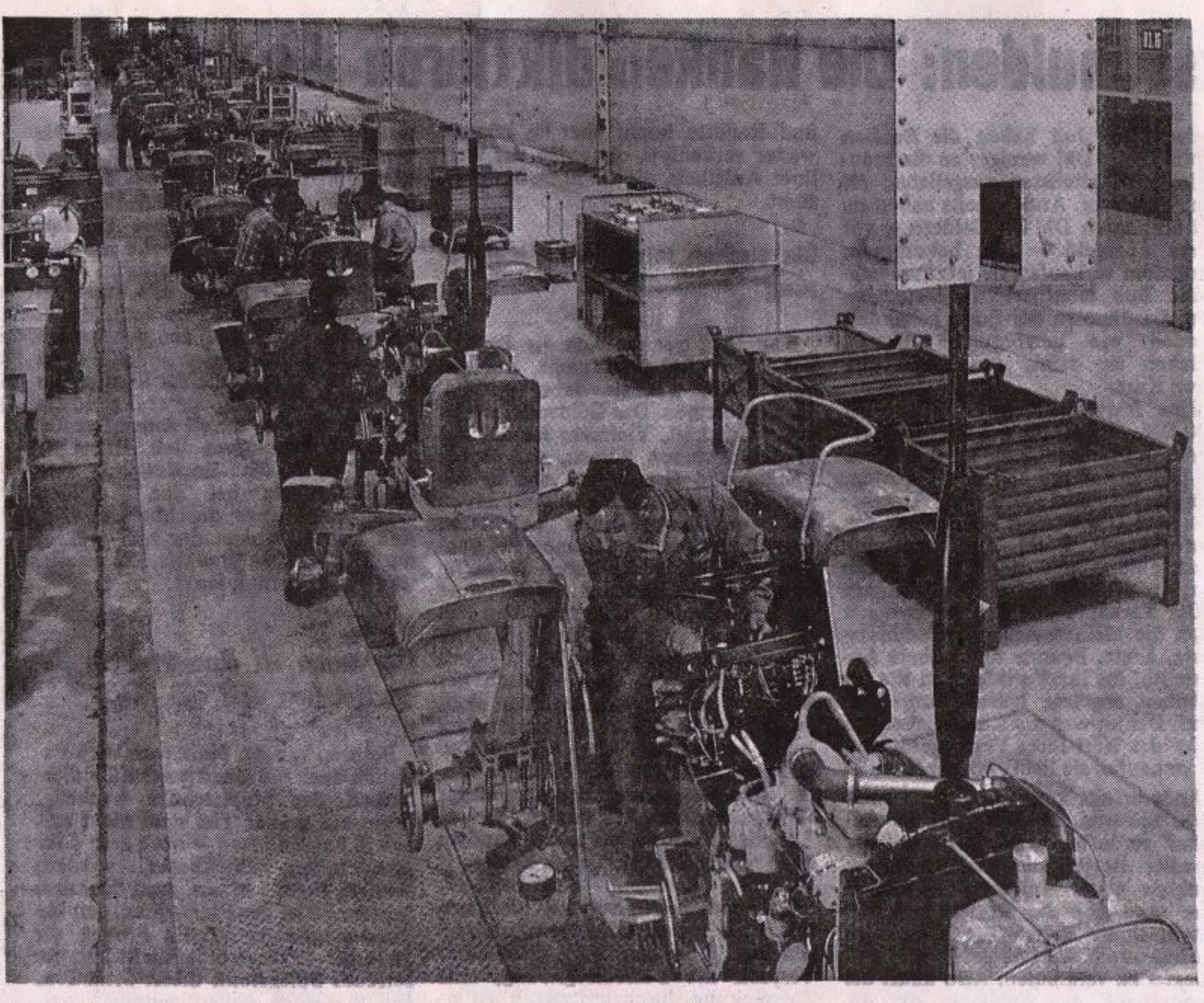
Die Arbeiter und Angestellten des Mannheimer Werkes, das mit 4 000 Beschäftigten der größte außeramerikanische Produktionsbetrieb des Konzerns ist, können ein Lied davon singen. Innerhalb der letzten vier Jahre ist die tägliche Produktion von 65 auf 150 Schlepper gestiegen, die Belegschaftszahl aber nur von 3 000 auf 4 000. Was das für die Kollegen heißt?

Bei den Staplerfahrern zum Beispiel mußte ein Mann vor zwei Jahren täglich für etwa 110 Schlepper von einem Ende des Werksgeländes zum anderen Reifen zum Montageband bringen. Heute muß er für 150 Schlepper Reifen bringen. In der gleichen Zeit. Jetzt haben die John Deere Kapitalisten endlich drei neue Gabelstapler gekauft. Aber was sind schon drei Stapler bei insgesamt 50, also 6 Prozent, wenn in der gleichen Zeit die Produktion um 35 Prozent steigt?

Im Gruppenakkord wird das Arbeitstempo mit anderen Mitteln laufend heraufgeschraubt: Die John Deere Kapitalisten haben mit der IG-Metall ein eigenes "John Deere Akkordsystem" vereinbart, das so undurchsichtig und kompliziert ist, daß in sämtlichen Gruppenakkordbereichen bis heute kein Kollege weiß, wie hoch die Vorgabezeit für die einzelnen Stücke ist. Sie schaffen soviel, wie der Meister ihnen aufbrummt – und das wird immer mehr. Das Montageband ist nur ein Beispiel dafür. Die Gesamtzahl der Arbeiter an den Montagebändern stieg während der letzten vier Jahre von etwa 200 auf 250, während die Schlepperzahl mehr als doppelt so hoch stieg.

Im Einzelakkord versuchen es die John Deere Kapitalisten mit anderen Tricks: Vor einem Monat zum Beispiel haben sie in der Gießerei im Gußputz die Urlaubs-Abwesenheit des für die Abteilung zuständigen kämpferischen Betriebsrats genutzt, um die Vorgabezeit für Getriebeblocks von 2,50 Minuten auf 1,30 Minuten zu senken – unter dem Vorwand, daß in den neuen Getriebeblocks zwei Löcher weniger seien und neue Zeitnahmen notwendig wären. Doch die Kollegen im Gußputz nehmen das nicht mehr einfach hin. Sie fordern die Rücknahme der Vorgabezeit-Verkürzung.

In der Frage einer innerbetrieblichen Lohnforderung sehen sich die John Deere Kapitalisten einer wachsenden Einheit unter den Arbeitern gegenüber. Schon auf der letzten Vertrauensleuteversammlung im Juni wurde erklärt: "Wir werden die Geschäftsleitung an die im Frühjahr gegebene Versprechung für eine innerbetriebliche Lohnerhöhung erinnern." – (John Deere Zelle)



Montageband im John-Deere-Werk Mannheim. Innerhalb von 4 Jahren wurde hier die tägliche Schlepperzahl von 65 auf 150 erhöht; die Zahl der Arbeiter stieg nur von 200 auf 250. Der Vertrauensleutekörper fordert jetzt eine innerbetriebliche Lohnerhöhung.

Stahlwerke Peine / Salzgitter

Vertrauenskörper tagte

Peine. Im Vertrauenskörper der Stahlwerke P. + S. Werk Peine sind die Auseinandersetzungen um die Lohnverhandlungen im Gange. Schon auf einer der letzten Vertrauensleutekörpersitzungen meinte der Betriebsratsvorsitzende und der erste Bevollmächtigte der IG Metall sinngemäß: Allzuviel läge diesmal nicht drin und zu viel könne man nicht fordern, denn dem Betrieb ginge es ja bekanntlich schlecht.

An den Worten der Gewerkschaftsführung kann man sehen, daß auf sie nicht zu rechnen ist. Denn im letzten Jahr, als P. + S. einen Gewinn von 280 Millionen DM aus den Kollegen herausholte, meinte der erste Bevollmächtigte der IG Metall, daß man mit der Forderung nicht so hoch gehen sollte, da man nicht nur nach "wirtschaftlichen Gesichtspunkten" gehen könnte. Ein Betriebsrat hielt ihm das unter die Nase, als er dieses Jahr sagte, allzuviel läge wegen der wirtschaftlichen Lage dieses Jahr nicht drin und zu viel könne man nicht fordern, denn dem Betrieb ginge es ja bekanntlich schlecht.

Auf der letzten Vertrauensleutekörpersitzung am 2. September wurde den Kollegen berichtet, daß die Produktion im Juli um 150 000 Tonnen unter dem Produktionswert letzten Jahres läge und zum Teil Stahl unter Preis verkauft wird. Ein DKP-Kollege vertrat die Ansicht, dem Unternehmen ginge es jedoch nicht so schlecht, wenn z. B. im Blasstahlwerk 17 oder 18 Chargen aus einer Schicht häufig gefahren werden. Er forderte 12 Prozent. Eine Forderung wurde jedoch nicht aufgestellt. Noch in diesem Monat wird die Tarifkommission für beide Werke von P. + S. tagen. Eine Forderung von 12 Prozent ist nicht geeignet, denn sie spaltet die Kollegen, die oberen Lohnstufen bekommen verhältnismäßig mehr. Wichtig ist eine einheitliche Forderung für alle gleich, dann wissen alle Kollegen, wofür sie kämpfen. Auf der letzten Jugendversammlung forderten Lehrlinge hundert bis hundertzwanzig Mark. – (w., Peine)

„Hier ist doch kein Sanatorium!"

Für einen Hungerlohn von 5,20 DM bei Hengstenberg schuften wie ein Tier

Dortmund. Ich arbeite zur Zeit als Saisonarbeiter bei der Firma Hengstenberg in Dortmund-Schüren. Die Firma gehört zur Obst- und Gemüseverwertungsindustrie, und wir Saisonarbeiter arbeiten in erster Linie in der Verpackung und Verladung von Sauerkraut, Gurken, Senf, Essig usw., meistens am Fließband.

Die überwiegende Mehrheit der Belegschaft besteht aus Frauen, und der Anteil der Ausländer liegt bei insgesamt über 80 Prozent. Die Saisonarbeiterinnen bekommen einen Stundenlohn von 5,59 DM, die anderen Arbeiterinnen nur 5,20 DM die Stunde. Für diesen Hungerlohn muß man wie ein Tier schuften, und die meisten haben dazu noch einen verlängerten Arbeitstag. Ich brauche für die Hin- und Rückfahrt zur Arbeit z.B. zweieinhalb Stunden, so daß mein Arbeitstag nicht acht, sondern zehneinhalb Stunden beträgt, und andere Kollegen sind noch schlimmer dran.

Die Arbeiten, die wir Frauen dort verrichten, sind zum großen Teil gefährlich für den weiblichen Körper. Das ständige Schleppen und Stemmen von schweren Lasten kann z.B. dazu führen, daß man keine Kinder mehr bekommen kann. Aber das stört die Hengstenberg-Kapitalisten natürlich nicht, denn sie haben sich was dabei gedacht, wenn sie fast nur Frauen und Ausländerinnen einstellen.

Frauen sind billigere Arbeitstiere, und als Ausländer kennen die wenigsten ihre Rechte und können so dem "Betriebswohl" nicht schaden,

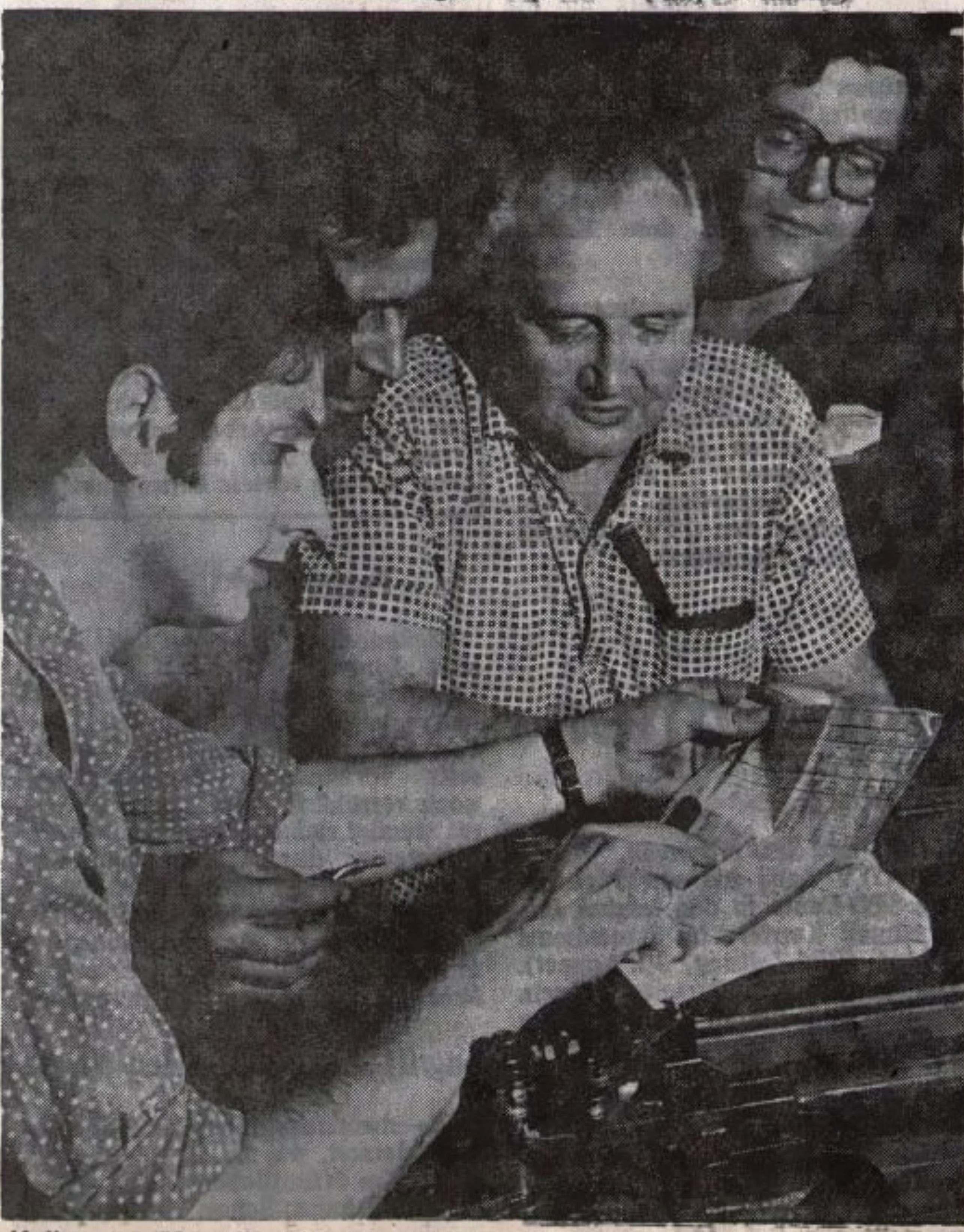
Bei der Einstellung wurde uns gesagt, daß wir nicht im Akkord stehen.

Bei dem Stundenlohn wäre das auch ein Witz, denkt man sich. Aber falsch gedacht, der Unterschied besteht nur darin, daß wir nicht nach Akkord (also Stücklohn) bezahlt werden. Würden wir danach bezahlt, hätte jeder von uns im Monat mindestens das Doppelte vom jetzigen Monatslohn in der Lohntüte.

Das Band läuft schnell; man kann zwar sogar mal ein Teilstück des Bandes ausschalten, aber dann ist man selbst der Blöde, denn wenn man es wieder einschaltet, muß man das Dreifache schaffen, denn die anderen Teilstücke laufen weiter, und dann gibt es meistens Chaos und einen Anschiß.

Auch wer nicht am Band arbeitet, muß sich abhetzen, und das wird scharf von den Vorarbeitern kontrolliert, die die Betriebsleitung mit sehr hohen Gehältern gekauft hat. Das kann dann so aussehen: Ich mußte Senf in Zehn-Kilo-Eimer abfüllen, die Eimer verschließen, Etiketten draufkleben und die Eimer auf Paletten stapeln. Die ersten Arbeitsgänge kann man sehr gut im Sitzen verrichten, und da mir vom langen Stehen sowieso die Beine schmerzten, holte ich mir einen Stuhl. Plötzlich kam die Vorarbeiterin und fing heftig an zu schreien: Was mir einfiele, hier sei kein Sanatorium, ich würde sowieso zu langsam arbeiten, schlafen solle ich zu Hause.

Ich sagte ihr, daß sie mich nicht so unverschämt anbrüllen solle, daß man die Arbeit im Sitzen viel leichter machen könne und daß mir außerdem die Beine schmerzten. Sie regte sich über die Dreistigkeit auf, ihr zu widersprechen, und holte gleich den Betriebsleiter. Der erzählte noch einmal dasselbe und meinte noch, wenn ich mich jetzt nicht zusammenreißen würde, bekäme ich eine andere Arbeit. Am nächsten Tag kam ich ans Fließband. Das ist kein Einzelfall; andere Kollegen bekamen gleich ihre Papiere. – (m., Dortmund)



Kollegen prüfen die Akkordzettel. An der Akkordschraube versuchen die Kapitalisten verstärkt zu drehen.

Kurzarbeit Ciba – Geigy

Grenzach (Baden). Nachdem der Betriebsrat bei Ciba-Geigy den Antrag auf Kurzarbeit ab Mitte August abgelehnt hatte mit der Begründung, daß die Plünderung der Arbeitslosenkasse durch die Kapitalisten nicht hingenommen werden kann, entschied jetzt die Einigungsstelle gegen die Stimmen der Belegschaftsvertreter: Für 900 der 1 500 Beschäftigten Kurzarbeit ab 8. September über drei Monate. In dieser Zeit soll jeweils drei Wochen gearbeitet und zwei Wochen die Produktion stillgelegt werden.

Demonstration gegen Stillegung

Dinkelsbühl. Am 7. August demonstrierten 300 Arbeiter gegen die Schließung der Nabenfabrik Alfing Keßler, einem Zweigwerk der Keßler KG in Wasseralfing. Im Zweigwerk werden 161 auf die Straße gesetzt, im Hauptwerk weitere 250 (von 780 Beschäftigten). Für das Zweigwerk hatten die Fabrikbesitzer 1,5 Millionen DM aus Steuergeldern bekommen. An der Demonstration hatten Kollegen aus der benachbarten Maschinenfabrik Werner & Pfleiderer teilgenommen.

Auer-Mühle stillgelegt

"Gesundung" des Branchenführers – 480 Arbeiter bisher entlassen

Köln. Seit dem 27. August mahlen die Auer-Mühlen nicht mehr. Schon wurden die Produktionsanlagen desinfiziert, wie es sich für die ordnungsgemäße Schließung eines Lebensmittelherstellers gehört.

Für die Kapitalistenpostille "Frankfurter Allgemeine Zeitung" bedeutet das schlicht "Kapazitätsentlastung . . zur Gesundung der gesamten Müllerei in der Bundesrepublik". Denn mit dieser Produktionseinstellung fallen – auf die vorjährige Gesamtvermehlung von 5 Millionen Tonnen bezogen – rund 240 000 Tonnen aus. Für die 480 entlassenen Arbeiter und Angestellten der Auer-Mühlen – für die der Werbeslogan des Hauses "Aurora mit dem Sonnenstern" makaber klingt – bedeutet diese "Kapazitätsentlastung" aber, daß sie auf der Straße liegen und wohl längerfristig arbeitslos sein werden. Denn in Köln gibt es schon etwa 17 000 Arbeitslose.

Der jetzige Besitzer der Auer-Mühlen, der Hamburger Konzernkapitalist Kurt Kampffmeyer, hatte das Unternehmen am 1. Juni von der Kölner Gründerfamilie Auer übernommen. Bereits Anfang April hatte der Verkauf stattgefunden: Für 'nen Appel und 'en Ei bei Nacht und Nebel, wie die Kollegen sagen. Für 'nen Appel und 'en Ei, weil Kampffmeyer an Heinrich Auer nur 10 Millionen zu zahlen brauchte, obwohl der Feuerversicherungswert sich auf 98 444 340 DM (!) beläuft und der Markenname "Aurora" auf etwa 21 Millionen angesetzt wird. Bei Nacht und Nebel, weil weder Betriebsrat noch Aufsichtsrat vor dem Verkauf informiert wurden, obwohl der Auer dazu laut Betriebsverfassungsgesetz § 111 verpflichtet ist.

Die Kollegen haben sich immer wieder gefragt, wieso die gutflorierende Auer-Mühle von Heinrich Auer nicht weiter betrieben wurde. Aurora-Mehl ist das, was man einen "Renner" nennt; im ersten Halbjahr 1974 wurden noch Reingewinne von über 3 Millionen gemacht, und die Kollegen in der Produktion hatten bis zuletzt Überstunden gekloppt und Schichten bis in den Sonntag hinein gefahren.

Im Mühlenkontor das Sagen

Ohne Zweifel ist Auer vom Branchenführer Kampffmeyer (jetzt 27 Prozent Marktanteil) unter Druck gesetzt worden. Unter den Mühlenbesitzern gab es eh' schon Absprachen, und Kampffmeyer hat in deren Vereinigung – dem Mühlenkontor – das Sagen.

Kampffmeyer hatte nun nachweislich vor dem Kauf seine anderen 11 Mühlen nur zu etwa 60 Prozent ausgelastet, und der Konkurrenzkampf war und ist ruinös.

Der Konzern-

Der Konzernkapitalist Kampffmeyer verfolgt die Strategie der Vernichtung bzw. Stillegung der Konkurrenz (wenn es sein muß, auch durch Aufkauf) zwecks Verknappung der Mehlherstellung, um schließlich verteuern zu können. Für die, die im Lohn bzw. Gehalt des Kampffmeyer stehen, bedeutet das: Jene, die weiter ihre Arbeitskraft an ihn verkaufen dürfen, werden durch Arbeitshetze und Schichtarbeit verschärft ausgebeutet; jene, die der Stillegung zum Opfer fallen, werden auf die Straße geworfen.

Was haben die Kollegen gegen die Stillegung und die Entlassungen unternommen? Auf der Betriebsversammlung am 11. April erfuhren die Kollegen erstmalig von dem bereits getätigten Verkauf. Sie wollten auf der Betriebsversammlung von dem anwesenden Auer wissen, was mit ihrem Arbeitsplatz sei. Der schüttelte diese bohrenden Fragen ab: Was mit freiwerdenden Arbeitsplätzen passiere, das müsse man den Kampffmeyer fragen.

Gewißheit bekam die Belegschaft am 18. Mai. Der Betriebsrat erfuhr auf einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses von dem neuen Betriebsrat, daß die Auer-Mühle im Frühherbst ihre Produktion einstellen soll. Später präzisierte man gegenüber dem 3. Programm des Westdeutschen Rundfunks: Mindestens 480 Kollegen sollen ihren Arbeitsplatz verlieren.

Vor diesem Hintergrund fand am 26. Mai eine zweite Betriebsversammlung statt. Dort entwickelten die Kollegen die Grundlage für die Einheit aller Belegschaftsmitglieder: Keine Stillegung der Auer-Mühle! Keine Entlassungen! Der Betriebsrat und die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) wurden beauftragt, unter keinen Umständen jetzt einem Sozialplan zuzustimmen, da die Erhaltung der Arbeitsplätze das Kampfziel sein müsse. Als geeignete erste Kampfform zur Durchsetzung der Forderungen der Kollegen wurde unter allgemeinem Beifall eine Protestdemonstration mit abschließender Kundgebung auf dem Kölner Neumarkt festgelegt. Dazu wurde vorgeschlagen, Kollegen aus Erwitte auf der Kundgebung über ihren bisher erfolgreichen Kampf gegen Massenentlassungen berichten zu lassen. Der Vertreter der Hamburger Gewerkschaftszentrale der NGG, Temme, griff diese Forderungen sofort auf und versprach den Kollegen, daß sich seine Gewerkschaft an die Spitze der Kampffront der Belegschaft stellen werde.

Denn NGG-Funktionär Temme wie auch Betriebsrat Lenzenbach waren nur bereit, "alle Möglichkeiten des Gesetzes auszuschöpfen". Keineswegs waren sie bereit, die auf der zweiten Betriebsversammlung gemachten Versprechen, sich an die Spitze der Protestbewegung der Auer-Belegschaft zu stellen, einzulösen. Stattdessen haben sie der Bewegung die Spitze abgebrochen und die Interessen der Kollegen verraten und verkauft. Aus der zu organisierenden Protestdemonstration und Kundgebung, die den Zweck haben sollte, sich an die Öffentlichkeit zu wenden und die Solidarität der Kölner Werktätigen herzustellen, wurde eine Protestversammlung im Gewerkschaftshaus.

Die Wochenschrift des DGB, "Welt der Arbeit", schrieb darüber: "Der Unternehmer Kampffmeyer tut so, als hätten die geltenden Tarife, die Betriebsvereinbarungen, der Kündigungsschutz für die Auer-Leute keine Gültigkeit mehr. Auch aus diesem Grunde war die Versammlung notwendig. Sie klärte vieles." (Welt der Arbeit, Nr. 25/75) Für die Kollegen klärte sich überhaupt nichts.

Für die NGG-Spitze und Lenzenbach leitete das eine weitere Phase der Klassenzusammenarbeit mit Kampffmeyer ein. Ohne jede Diskussion, ohne jeden Beschluß der Betriebsversammlung handelten NGG und Betriebsrat – inzwischen von Lenzenbach mehrheitlich breitgekloppt – mit der Kampffmeyer-Mühlenvereinigung KG einen Sozialplan aus. Nicht nur, daß die Zustimmung zu diesem Sozialplan der Forderung der Belegschaft: Keine Stillegung der Auer-Mühle! Keine Entlassungen! direkt widersprach. Der Betriebsrat unterzeichnete einen Sozialplan, der nur Kampffmeyer dient, die Kollegen mit ein paar tausend Mark abspeist und aller betrieblichen Rechte (z.B. Betriebszusatzrente) verlustig werden läßt. Insbesondere enthält der Sozialplan eine Knebelklausel nach dem Motto "Friß oder stirb, Kollege!": "Die Abfindung aus diesem Sozialplan erhält nur derjenige Arbeitnehmer, der keine Kündigungsklage

nehmer, der keine Kündigungsklage

erhebt bzw. eine bereits erhobene Kündigungsklage vor Fälligkeit der Abfindung zurückgezogen hat." – (W., Köln)

10 Prozent unter dem Akkordtarifvertrag

Ein arbeitsloser Maurer berichtet über ein Stellenangebot

Hamburg. Schon oft war in der KVZ zu lesen, zu welchem Zweck das wachsende Arbeitslosenheer eingesetzt werden soll: jederzeit verfügbar und für jede Arbeit einsetzbar, sollen sie als Lohndrücker und Streikbrecher dienen.

Daß die Kapitalisten sich nicht scheuen, dabei auch die Tarifverträge zu brechen, mußte ich am eigenen Leib erfahren. Ich bin Maurer und seit etwa einem halben Jahr arbeitslos. Da ich immer im Akkord gearbeitet habe und ständig einen Verdienst von 100 Prozent über Tariflohn hatte, bekomme ich den Höchstsatz der Arbeitslosenunterstützung.

Ich bekam nun vom Arbeitsamt eine Vermittlungskarte. Ich sollte mich bei der Firma Hermann Machel (Hamburg 13, Feldbrunnenstraße 40) auf der Baustelle Friedhof Ohlsdorf vorstellen.

Auf dieser Baustelle befanden sich in der Polierbude gerade der Polier und der Bauführer. Ich gab dem Polier die Vermittlungskarte, er las sie kurz durch und reichte sie dann weiter an den Bauführer, der sie auch durchlas. Er legte die Karte dann beiseite und unterhielt sich mit dem Polier über alles mögliche, nur nicht über meine Vermittlung. Nach ein paar Minuten, als mir die Sache zu bunt wurde, unterbrach ich die beiden.

Auf meine Frage, was denn nun mit meiner Einstellung sei, meinte der Bauführer – immer noch an den Polier gewandt: "Ach, das sind diese ABM-Vermittlungen, die sollen uns bloß damit zufrieden lassen." Ich erkundigte mich, was das denn sei, "ABM-Vermittlung". Der Bauführer: "Das heißt Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen!" Darauf ich: "Das sind wohl diese Maßnahmen, bei denen die Unternehmer vom Arbeitsamt die Versicherungsgelder der Arbeiter kassieren, um damit bis zu 80 Prozent der Löhne zu zahlen? " Der Bauführer glotzte und meinte dann ironisch: "Natürlich, wir bekommen sogar bis 100 Prozent der Löhne, aber du bedenkst dabei nicht, daß ihr es seid, die Arbeit haben wollen, und nicht wir, wir müssen euch einstellen und wollen euch doch gar nicht."

Ich war über diese Aussage ziemlich baff und wußte so schnell nichts darauf zu sagen. Ich fragte nach den Arbeitsbedingungen. Der Polier: "Vierzig-Stunden-Woche, täglich von 6.30 bis 16 Uhr, freitags von 6.30 bis 13 Uhr, darin sind enthalten zweimal eine halbe Stunde Pause, im übrigen gelten die tariflichen Bestimmungen. Auf dieser Baustelle wird außerdem nur Akkord gearbeitet, und zwar 10 Prozent unter dem Hamburger Akkordtarifvertrag."

Nach dem Hamburger Akkordtarifvertrag bekommt der Maurer für einen Kubikmeter Mauerwerk eine Zeit von 5,4 Stunden zugestanden. Schafft er den einen Kubikmeter in 2,7 Stunden und gelingt das bei allen anderen Arbeiten, die anfallen, auch, so hat er einen Verdienst von 100 Prozent auf seinen Normallohn herausgeholt. Dies ist natürlich nur möglich in einer Kolonne, die sehr gut zusammenarbeitet.

Hatte man nun einen Verdienst von 100 Prozent über dem Normallohn, so wie ich, so würde dieses "Angebot", das mir der Polier unterbreitete, einen realen Lohnabbau von 10 Prozent bedeuten – bei gleicher Arbeitsleistung. Ich hab natürlich erklärt, daß ich damit nicht einverstanden bin und daß es nicht angeht, einseitig dieTarifverträge zu brechen, die ja schließlich von den Gewerkschaften und Unternehmerverbänden ausgehandelt worden sind. Zu guter Letzt drohte ich mit dem Arbeitsgericht. Da fuhr mich der Bauführer an, ich sollte nicht so auf den Putz hauen. Schließlich sei ich ja derjenige, der Arbeit haben wollte. Außerdem müßte die Firma auch 10 Prozent unter dem Hamburger Akkordtarif kalkulieren, und es wäre ja nicht mehr als recht und billig, das an die Arbeiter weiterzugeben. Für solche Leute wie mich hätte die Firma ihren Rechtsbeistand, der schon wüßte, wie man sich in solch einem Fall vor dem Arbeitsgericht zu verhalten hätte. Er füllte die Versicherungskarte aus, drückte sie mir in die Hand und gab mir zu verstehen, daß die Angelegenheit für ihn nun erledigt sei.

Mag schon sein, daß Herr Machel vor dem Arbeitsgericht "sein Recht" bekommen würde. Um so mehr Grund, daß unsere Gewerkschaft solchen Leuten schärfer auf die Finger sieht und ihnen ihr lumpiges Handwerk legt. – (hg)

Streik

Gegen Kündigung – für 50 Pfennig mehr

Frankfurt. Am Mittwoch, dem 27.8. legten die Kollegen im Werkzeugbau der Firma Rot in Frankfurt-Rödelheim, die etwa 1 200 Beschäftigte hat, für zwei Stunden die Arbeit nieder. Unmittelbarer Anlaß war die Kündigung eines Kollegen während der Probezeit, der seit etwa vierzehn Tagen bei Rot gearbeitet hat. Die Geschäftsleitung hatte erfahren, daß er zuvor bei Hartmann und Braun wegen Teilnahme an einer Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhung entlassen worden war. Die Triebkraft des Streiks ist die Arbeitshetze bei Rot gewesen. Rot stellt Autozubehör her, und hat zur Zeit durch den Serienbeginn der neuen Autotypen eine ganze Masse Aufträge und fährt Überstunden. Im Werkzeugbau sind es in der Regel 55 Stunden in der Woche. Zwei Stunden vor Feierabend begann der Streik für folgende Forderungen: 1. Rücknahme der Entlassung, 2. 50 Pfennig mehr für alle, 3. Keine Maßregelungen gegen die Streikenden. Am nächsten Morgen schickte die Geschäftsleitung einen Vertreter in die Werkstatt. Er gab die Zustimmung zu der Lohnforderung bekannt. Die Kündigung wurde nicht aufgehoben, aber die Kündigungszeit wurde auf drei Wochen verlängert. Die Geschäftsleitung will den Wortführern des Streiks die Lohnerhöhung nicht bezahlen.

Die Dienstverpflichtung verweigert

Kollegen in Frankfurt unterschreiben neues Dienstpflichtgesetz nicht

Frankfurt. Als die Arbeiter und Angestellten am Sigmund-Freud-Institut auf das neue Verpflichtungsgesetz, das seit dem 1. Januar 1975 in Kraft ist, verpflichtet werden sollten, verweigerten sie die Unterschrift.

Mit ihrer Unterschrift sollen jetzt die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst sich einer besonderen Schweigepflicht unterwerfen über alle Angelegenheiten, die sich hinter den staatlichen Kulissen abspielen. Für die Beamten galt diese Regelung schon vorher durch das Beamtengesetz. Zu "besonders Verpflichteten" sollen nun alle die staatlichen Lohnabhängigen werden, *"die, ohne Amtsträger (d.h. Beamte) zu sein, bei einer Behörde oder einer sonstigen Stelle, die Aufgaben öffentlicher Verwaltung wahrnimmt, beschäftigt oder für sie tätig sind ... Für eine besondere Verpflichtung kommen (auch) solche Personen in Betracht, die bei einer Behörde oder sonstigen Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt, zwar beschäftigt oder für sie tätig sind, jedoch selbst keine öffentlichen Aufgaben wahrnehmen. Hierzu gehören Schreibkräfte, Bürokräfte, Boten, Reinemachefrauen und ähnliche Personengruppen."* (Durchführungsbestimmung)

Als am Sigmund-Freud-Institut eine Personalversammlung einberufen wurde, um eine Verpflichtung auf der Grundlage des neuen Verpflichtungsgesetzes vorzunehmen, fühlte sich die ganze Belegschaft überrumpelt. Denn noch niemand hatte bis dahin von diesem Gesetz gehört. Der stellvertretende Institutsdirektor, der die Verpflichtung vornehmen sollte, wurde gefragt, warum Straftatbestände des Strafgesetzbuches, die ja für jedermann gelten, für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst doppelt gelten sollen. Er fühlte sich überfragt. Als ein Kollege wissen wollte: "Was passiert, wenn man nicht unterschreibt?" war die Antwort: "Verweigerung der Unterschrift kann zur Entlassung führen!" – Jetzt wurden auch die Kollegen, die die Angelegenheit als Lappalie betrachtet hatten, stutzig. Es wurde beschlossen, die Personalversammlung zu vertagen, um Rechtsauskünfte einzuholen.

Inzwischen liegt auch eine offizielle Begründung für die Verpflichtung aus dem Kultusministerium vor:

"Die 'Verpflichtung' ... hat zwei Gründe: a. Es gibt Paragrafen, die Strafvorschriften enthalten für jedermann, die aber gleichzeitig eine schärfere Bestrafung festlegen für das Delikt, wenn es im Amt begangen wurde. b. Außerdem betrifft sie Paragrafen, die Strafen androhen für Tatbestände, die nicht generell strafbar sind." Dies gilt besonders für die *"Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes", "Verletzung von Privatgeheimnissen", "Verwertung fremder Geheimnisse", "Verletzung des Dienstgeheimnisses".* (Aus einer "Aktennotiz an alle Mitarbeiter des Sigmund-Freud-Instituts" über ein Telefongespräch mit dem Kultusministerium)

Auf der letzten Personalversammlung am 27. August wurde beschlossen, nicht eher zu unterschreiben, bis zusammen mit Kollegen aus anderen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes das Vorgehen gegenüber dem Verpflichtungsgesetz abgestimmt worden ist. Außerdem soll ein Rechtsgutachten der ÖTV eingeholt werden. – (H., Frankfurt)

Bis hin zum Warnstreik

Beschluß in der GEW Frankfurt: Gegen Angriffe der Regierung

Die Mitgliederversammlung des Arbeitskreises junger Lehrer und Erzieher Frankfurt am 27. August hat jüngsten Pressemeldungen entnommen, daß in Geheimverhandlungen von Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften Sparprogramme in Milliardenhöhe ausgehandelt werden sollen, die vor allem zu Lasten der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst gehen werden. Die Mitgliederversammlung protestiert dagegen, daß auch die Mitglieder der GEW über Inhalt und Ziel der Verhandlungen nicht durch die GEW-Führung, sondern durch die Presse, zudem unzureichend, informiert worden sind.

Insbesondere kritisiert die Mitgliederversammlung das Vorhaben der Regierung, erneut die Lehrerschaft dadurch zu benachteiligen, daß nach erfolgter Gehaltsrückstufung eines Großteils der Lehrer und nach geplanter Arbeitszeitverlängerung für Lehrer aller Schularten nun weitere soziale Errungenschaften (Ortszuschläge, Beihilfen) abzubauen. Die damit zusammenhängenden Angriffe der Regierung gegen die Arbeitnehmer im gesamten öffentlichen Dienst stellen eine unerhörte Provokation aller Kollegen im Interesse der Arbeitgeber dar, denen man hohe "Investitionsspritzen" gibt, um ihre Profite über die Wirtschaftskrise hinwegretten zu können.

Die Mitgliederversammlung fordert deshalb den Vorstand des Arbeitskreises junger Lehrer und Erzieher Frankfurt auf, dafür zu sorgen, daß der Bezirksvorstand der GEW Frankfurt sofort in Verhandlungen mit den übrigen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, insbesondere der ÖTV, eintritt, um wirksame Protestmaßnahmen bis hin zum Warnstreik gegen die geplanten Angriffe von Regierung und Arbeitgebern vorzubereiten. Entsprechende Initiativen sind über den GEW-Landesvorstand auf Landesebene einzuleiten.

Personalrat Uni Gießen: Aufhebung der Stellensperre!

Gießen. Der Personalrat der Universität fordert in einem Beschluß: "Aufhebung der unbefristeten Stellensperre für die Universität!" Der Personalrat stellt fest, daß "ein bereits vorhandener Personalmangel noch verschärft wird". Der Personalrat wendet sich dagegen, daß "die Bediensteten durch Mehrarbeit und Überstunden die liegengebliebene Arbeit ausgleichen sollen", und erklärt: *"Zur Wirkung dieser Stellensperre in der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage stellt der Bezirksvorsitzende der ÖTV Hessen, Heinz Wolf, zutreffend fest: 'Da die Stellenbesetzungssperre letztlich nichts anderes bewirkt, als Arbeitsplätze zu beseitigen, die nach unserer Überzeugung nach wie vor notwendig wären, können und werden die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes auch aus Gründen der Solidarität gegenüber arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen und Kurzarbeitern in der privaten Wirtschaft keine Überstunden und keine Mehrarbeit leisten.'"*

„Mehraufgaben"der hohen Beamten

Senatsdirektoren wurden von 5 200 auf 5 500 DM befördert

Hamburg. Zu den Sparmaßnahmen des Hamburger Senats gehört, daß im öffentlichen Dienst niemand befördert werden darf. Dies gilt aber offensichtlich nur für die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten, jedoch nicht für die höheren Beamten.

Der Hamburger Senat hat beschlossen, die Stellen von drei Bediensteten anzuheben, die der FDP angehören. So wurde Richard Laude vom Regierungsdirektor (5 200 DM brutto) zum Senatsdirektor (5 500 DM) befördert. Als Begründung führt Finanzsenator Seeler an, daß Herr Laude mit der Beförderung gleichzeitig Mehraufgaben übernehmen muß.

Nun ist allgemein bekannt, daß der Hamburger Senat über den ganzen öffentlichen Dienst den Einstellungsstopp verhängt hat und dabei ist, Stellen zu streichen, wo er nur kann. Das bedeutet, daß die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst alle "Mehraufgaben" übernehmen müssen, daß von ihnen mehr Arbeit verlangt wird.

Bis jetzt ist jedoch noch keiner der Herren Senatoren auf den Gedanken gekommen, die Arbeiter und Angestellten deswegen zu befördern oder ihnen mehr Lohn zu geben. Im Gegenteil: Der Hamburger Senat will in einträchtiger Zusammenarbeit mit der Bundesregierung trotz verschärfter Auspressung den Arbeitern und Angestellten eine Lohnpause aufzwingen. Begründung: Wo kein Geld da ist, kann es auch keine Lohnerhöhungen geben.

Genug Geld hat der Staat jedoch für seine Regierungsdirektoren und Co. Für solche Leute, die schon über 5 000 DM zugeschustert bekommen, ist er gerne bereit, noch was draufzuzahlen, damit die Aufsicht im öffentlichen Dienst gut geschmiert läuft.

Laude, Joachimsen und Ralfs sind keine Einzelfälle. Das erkennt man daran, wie sich die FDP gegen Vorwürfe der ÖTV wehrt. FDP-Chefin Suchardt: *"Wenn die Verleumdungen der FDP durch die Gewerkschaft ÖTV nicht aufhören, werden wir den öffentlichen Nachweis der Verfilzung von ÖTV und SPD erbringen."*

Die ÖTV habe nie etwas gesagt, wenn SPD-Leute in den letzten Jahren schnell Karriere im Staatsdienst machten (Bild-Zeitung, 30. August).

Die bürgerlichen Parteien rangeln sich um den besten Platz an den staatlichen Futtertrögen. In einem sind sie sich aber einig: Wer god smert, de god fährt. Die höheren Beamten müssen besser geschmiert werden, der Druck von oben muß verstärkt werden. Freiwillig werden die kleineren Beamten, die Arbeiter und Angestellten weitere Mehrarbeit und die geplante Lohnpause nicht hinnehmen wollen. – (w., Hamburg)

Keine Überstunden mehr!

Darmstadt. Der Kreisvorstand der GEW Darmstadt wandte sich gegen die Stellenbesetzungssperren der Landesregierung. Er begrüßte den Aufruf des ÖTV-Bezirksvorstandes Hessen an alle Kollegen, keine Überstunden und Mehrarbeit zu leisten.

Angriff auf 40-Stunden-Woche

Die rheinland-pfälzische Regierung prüft derzeit, wie sie die 42-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst wieder einführen kann. Schon vor der parlamentarischen Sommerpause sei darüber diskutiert worden. Bei der Aufstellung des Haushaltes 1976/7 7 wird erneut geprüft, ob "die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst bejaht werden" kann. Schwierigkeiten sieht die Landesregierung darin, daß die tariflichen Bestimmungen über die Arbeitszeit erstmals zum 30. September 1980 gekündigt werden können (nach: Staats-Zeitung, herausgegeben von der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei, vom 1. September).

Maßnahmen von Landesregierungen gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Saarland
1 000 Stellen von 30 000 will die saarländische Regierung bis 1980 streichen. Freiwerdende Stellen sollen für sechs Monate nicht besetzt werden. Die SPD-Fraktion hält diese Beschlüsse für "eine brauchbare Grundlage für eine weitere Beratung im Landtag". Die FDP forderte die Wiederheraufsetzung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst von 40 auf 42 Stunden. (Nach: "Saarbrücker Zeitung", 28. August)

Baden-Württemberg
Freiwerdende Stellen bleiben für ein halbes Jahr unbesetzt, bis 1976 sollen 2 000 Stellen eingespart werden.

Bayern
Von 36 500 angeforderten Planstellen werden in den Jahren 1975/7 6 20 000 Stellen gesperrt.

Westberlin
Aufgrund des "Null-Stellenplans" wird der Stellenplan grundsätzlich nicht ausgeweitet.

Hessen
Das Kabinett hat eine Stellenbesetzungssperre beschlossen. Nur jede vierte freiwerdende Stelle soll wieder besetzt werden.

Niedersachsen
Einstellungsstopp für die an der Lehrerausbildung beteiligten Hochschulen.

Nordrhein-Westfalen
Im letzten Jahr wurden 3 642 beantragte Stellen gestrichen. 1 822 Stellenanhebungen wurden nicht freigegeben.

Hamburg
Die im Haushaltsplan 1975 ausgewiesenen zusätzlichen Stellen werden eingespart. Für 1976/77 sind keine weiteren zusätzlichen Stellen vorgesehen.

Rheinland-Pfalz
Die Besetzung neuer, noch nicht in Anspruch genommener Stellen wurde schon am 1. August 1974 beschlossen. 4 000 Stellen wurden bis jetzt gesperrt.

Schleswig-Holstein
Bis 1979 sollen insgesamt fünf Prozent Stellen eingespart werden.

Betriebskomitee gegen den § 218 am Deutschen Krebsforschungszentrum Heidelberg

„Gegen den Paragrafen 218 haben wir schon vor 40 Jahren gekämpft"

Heidelberg. Sehr rasch konnten wir feststellen, daß viele Kollegen beim Deutschen Krebsforschungszentrum gegen den § 218 sind. Nur sehen sie als Einzelne keine Möglichkeit, dagegen erfolgreich anzugehen. Unsere Belegschaft beim DKFZ ist zum größten Teil nicht in der Gewerkschaft organisiert. Wie wir den Widerstand gegen den § 218 zusammenfassen können – über diese Frage führten wir mit Gewerkschaftskollegen und nicht gewerkschaftlich Organisierten im Betrieb viele Diskussionen und beschlossen dann auf einer ÖTV-Gewerkschaftsgruppensitzung im Juli, bei der auch nicht Organisierte anwesend waren, ein Bereichskomitee für unseren Betrieb zu gründen, das im Rahmen des Heidelberger Komitees gegen den § 218 und auf derselben Grundlage wie die zahlreichen anderen Komitees in ganz Westdeutschland die Arbeit aufnahm.

Von anfangs sieben Mitgliedern wuchs dieses Komitee dann schnell auf dreizehn an. Wir beschlossen, regelmäßig wöchentlich eine Sitzung zur Organisierung der notwendigen Aufgaben durchzuführen.

Ein Plan, wie wir die Aufgaben angehen, wurde schnell in die Tat umgesetzt: Wir teilten den ganzen Betrieb in Bereiche auf, für die jeweils ein oder zwei Kollegen verantwortlich sind.

Trotz Urlaubszeit gelang es so, in kurzer Zeit mehr als 300 Unterschriften zu sammeln. Bei diesen Diskussion boten wir die bekannten Broschüren gegen den § 218 an. Das Interesse der Kollegen war groß, wo doch in der bürgerlichen Presse nichts über mit dem § 218 zusammenhängende Fragen zu lesen ist. So verkauften wir bei einer Belegschaftsstärke von zur Urlaubszeit 300 bis 400 Kollegen 100 dieser Broschüren.

Einige dieser Kollegen nahmen die Unterschriftenlisten auch nach Haus mit und sammelten unter Bekannten und Nachbarn. Jetzt, als sich die Kollegen im Betrieb verteilten, um Gespräche mit anderen Kollegen zu führen und Unterschriften zu sammeln, konnten wir verschiedene Erfahrungen machen:

Ein älterer Arbeiter meinte: "Her mit der Liste, gegen den § 218 haben wir schon vor 40 Jahren gekämpft!"

In einer anderen Abteilung nahm eine Arbeiterin die Unterschriftenliste mit der Bemerkung: "Dieser Paragraf trifft ja nur die Armen, die Reichen betrifft er nicht", und unterschrieb.

Einige, vorwiegend Wissenschaftler und höhere Angestellte, die zahlenmäßig einen geringeren Teil der Belegschaft ausmachen, fanden den Kampf gegen den § 218 verfassungswidrig. Sie hatten z.B. Angst, daß die Geschäftsleitung von ihrer Unterschrift erfahren könne und daß dadurch ihre Karriere gefährdet sei.

Ein Abteilungsleiter machte einem Komiteemitglied Schwierigkeiten, indem er darauf hinwies, daß man sich in dieser Abteilung nicht während der Kernarbeitszeit (9 bis 15 Uhr) gewerkschaftlich und politisch betätigen dürfe. Er verbot ihr, während der Kernarbeitszeit Unterschriften zu sammeln, allerdings dürfe sie während der Arbeit mit den Kollegen diskutieren.

Als wir ihn daraufhin fragten, ob ihn diese Arbeitszeitregelung von der Diskussion über den § 218 abhalten würde, sagte er, daß er uns gegenüber nicht rechenschaftspflichtig sei. Wir wiederholten unsere Frage nach seiner Meinung; daraufhin kam die Antwort: Erstens habe ich moralische Bedenken, und außerdem arbeite ich schon seit zwanzig Jahren für meine Rente; wissen Sie denn nicht, daß unser Volk am Aussterben ist?

Die Kollegen dieser Abteilung ließen sich durch die Arbeitszeitregelung nicht einschüchtern; über die Hälfte der dort Beschäftigten unterschrieb.

Ein anderer Kollege meinte, daß die Aktion gegen den § 218 verfassungswidrig sei und daß wir doch alle ein Gelöbnis auf die Verfassung abgelegt hätten. Trotz seines Einwandes unterschrieb er unsere Forderungen.

Es kam nicht selten vor, daß der eine oder andere Kollege meinte: "Ein Volksentscheid, das ist ja in der Verfassung nicht vorgesehen, wie wollen wir da erfolgreich sein?" Nun, in der Verfassung ist vieles nicht vorgesehen, so z.B. daß zwar das Bundesverfassungsgericht sein Urteil "im Namen des Volkes" fällt, aber das Volk selbst ganz anderer Meinung ist. Deshalb kommt es darauf an, die Bewegung gegen den § 218 politisch so stark zu machen, daß der bürgerliche Staat nicht an dieser Bewegung vorbeisehen kann. Massenhafte Beteiligung an der Unterschriftensammlung und an der Bonner Demonstration, Beschlüsse in den Gewerkschaftsgremien sind dazu erste wichtige Schritte.

In den regelmäßig stattfindenden Komiteesitzungen trugen die Kollegen derartige Fragen vor.

Die wichtigen, mit dem Kampf gegen den § 218 zusammenhängenden Fragen sind ständiger Bestandteil des "Kommentar", der Betriebszeitung des KBW am DKFZ. Zunehmend sehen die Kollegen jetzt ein, daß die bloße Unterschrift noch nicht den Kampf ausmacht, sondern daß es auf ihre Teilnahme an der nationalen Demonstration am 21. September in Bonn ankommt. Unser nächstes Ziel ist es also, noch mehr Kollegen von der Richtigkeit dieses Schrittes zu überzeugen. Dazu plant das Bereichskomitee, eine Veranstaltung über den § 218 für die Belegschaft am Deutschen Krebsforschungszentrum durchzuführen. – (Zelle DKFZ Heidelberg)

Uni-Dienstleistungsbereich Paragraf 218-Komitee gegründet

Bremen. Zehn Kollegen der Verwaltung der Bremer Universität haben jetzt ein Unterkomitee der Initiative gegen den § 218 in ihrer Behörde gegründet. Als erster Schritt neben der Vermehrung der gesammelten Unterschriften und der Organisierung vieler Kollegen zur Demonstration in Bonn am 21. September wurde die Durchführung einer Wanderausstellung zur Geschichte des § 218 und des Kampfes der Arbeiterbewegung gegen das Abtreibungsverbot beschlossen. Verschiedene Kollegen der Universitätsbibliothek wollen sich durch Auswahl geeigneter Zeitungen und Bücher für eine lebendige Unterstützung des aktuellen Kampfes einsetzen. – (Zelle Uni-Dienstleistung)

Von der Fürsorge in's Gefängnis

Aufgewachsen in der Fürsorgeerziehung/In der Krise 67 arbeitslos/Durchgeschlagen wie es ging

Statt eines Vorworts: *Liebe Genossen von der KVZ-Redaktion!*
Dieser Artikel soll in der KVZ erscheinen. Ich habe ihn zusammen mit einem Strafgefangenen gemacht, der in Werl einsitzt. Er ist zur Zeit entflohen, deswegen konnten wir den Artikel zusammen machen. Gut ist, daß er wieder zurückkehrt. Deswegen könnt Ihr auch ruhig den Brief abdrucken. Mit kommunistischen Grüßen, g., KAJB Paderborn

1954, als mein Vater gestorben war, bekam meine Mutter nur noch eine geringe Rente. Sie war darauf angewiesen, stundenweise als Putzfrau zu arbeiten. Trotzdem mußte sie meistens am Ende eines Monats im Geschäft anschreiben lassen. Wir wohnten in Wesel. Ich war in der Volksschule ziemlich schlecht. Deswegen gab es oft Streit mit meiner Mutter, ich konnte ihre Erwartungen nicht erfüllen.

Mit elf Jahren bin ich das erstemal von zu Hause weggelaufen, in der Folgezeit vier- bis fünfmal. Deswegen mußte ich mehrmals mit zum Jugendamt gehen. Ich sollte draußen vor der Tür warten, dann sprach meine Mutter alleine mit dem Jugendamtsleiter. Mir drohte das Jugendamt, ich sollte nicht mehr weglaufen, sonst würde ich noch im Heim landen. Meine Mutter drängten sie auf eine Einwilligung für eine freiwillige Erziehungshilfe. Sie gab schließlich ihr Einverständnis.

Eines Morgens kamen zwei Männer vom Jugendamt und sagten: "Pack deine Sachen, wir müssen dich jetzt ins Heim bringen." Meiner Mutter tat die Entscheidung aber schon wieder leid. Die Männer vom Jugendamt sagten meiner Mutter, sie solle ihre Entscheidung bloß nicht wieder rückgängig machen, sie könne ja doch keine Kinder erziehen.

Zunächst kam ich in das katholische Fürsorgeheim St. Eduard-Stift in Helenenberg bei Trier. Dieses Heim wird von Brüdern des Don-Bosco-Ordens geleitet.

Es gab hier nur eine Schulklasse und einen Lehrer, der alle Fächer erteilte. In der Klasse wurden Schüler vom vierten bis zum achten Schuljahr unterrichtet. Die Klasse hatte 35 Schüler.

Kenntnisse, die zu einem guten Schulabschluß geführt hätten, wurden nicht vermittelt. Anstatt einer Ausbildung mußten die Jugendlichen vom 14. Lebenjahr an in Küche, Schweine- und Kuhstall sowie in Feld- und Gartenkolonnen arbeiten. Wenn sie Pech hatten bis zur Volljährigkeit. Wenn sie entlassen wurden, standen sie ohne Schulabschluß und ohne erlernten Beruf arbeitslos auf der Straße.

Wir waren in einer Gruppe von 35 Jungen in einem engen Schlafsaal zusammengepfercht. Jede Gruppe hatte noch einen Gruppenraum.

Einem Jungen zerschlug der Pater das Trommelfell

Der Tagesablauf in dem Heim war üblicherweise von 6.30 bis 19 Uhr. Um 19 Uhr mußten wir in den Fluren dieses ehemaligen Klosters beten. Jeden Abend nach dem Gebet mußten einige Jungen zurückbleiben, die für Faxen, Unaufmerksamkeiten oder ähnliches im Laufe des Tages oder während des Gebetes den Unmut eines extra für Schläge zuständigen Paters auf sich gezogen hatten. Dieser Pater war geradezu geeignet, diese Strafen auszuführen. Er war sehr groß und wuchtig und besaß Hände, die Kohlenschaufeln glichen. Er erteilte Schläge, die so hart waren, daß er die Jungen am rechten Arm festhalten mußte. Einem Jungen zerschlug er das Trommelfell, einem weiteren das Nasenbein. Oft genug bluteten die Lippen.

Einen Jungen, der aus dem Waisenheim kam und nie Eltern hatte, nahm der Pater oft mit auf sein Zimmer, schenkte ihm Zigaretten und gab ihm Bier, was sonst im Heim streng verboten war. Ich nehme an, daß er den Jungen zu homosexuellen Handlungen angeregt hat.

Wenn Jungen aus dem Heim weggelaufen waren, bekamen sie keine freiwillige Erziehungshilfe mehr, sondern Fürsorgeerziehung. Sie wurden gezwungen, für sechs Wochen überdimensionale Kleidung anzuziehen, die aus extrem hartem Stoff angefertigt war, und bekamen Schuhe, die ihnen um etliche Nummern zu groß waren, damit man sie besonders erkannte.

Das sonst übliche Taschengeld von 1 DM wurde ebenfalls gestrichen und der sonntägliche Kuchen fiel weg.

Doch das Schlimmste war die Tracht Prügel, die nach dem Beten erteilt wurde, wenn man im Laufe des Tages zurückgebracht worden war.

Mittags beim Essen im Gruppenraum durften wir nicht sprechen, während unser Gruppenerzieher gewöhnlich in voller Lautstärke genüßlich Opernmusik hörte. Wenn jemand tuschelte, schmiß er mit dem schweren Schlüsselbund. Als ich einmal "Widerworte" gab, schlug er so fest auf mich ein, daß ich auf den Boden fiel. Dann prügelte er so lange mit dem Schrubber, bis dieser zerbrach. Viele ehemalige Heiminsassen haben von solcher Behandlung später bleibende psychische oder physische Schäden.

Bei mir schwillt noch heute bei längerem Stehen der Fußknöchel an und erinnert mich nur zu deutlich an diese Prügelerziehung. Nach 13 Monaten wurde ich auf Probe entlassen, weil meine Mutter mir eine Lehrstelle besorgt hatte. Ich sollte Tankwart lernen. Es gab oft Streit zu Hause wegen des geringen Taschengelds und weil die Lehre mir nicht gefiel. Inzwischen 14 Jahre alt, lief ich von zu Hause weg und lebte von Diebstählen. Nach zehn Tagen kam ich wieder in ein Heim, aus dem ich noch mehrmals entfloh. Ich war jedesmal dazu gezwungen, zu stehlen. Später kam ich im Heim in eine geschlossene Abteilung, die sich kaum vom Gefängnis unterschied. Ich hatte dann eine Verhandlung wegen der Diebstähle vor dem Jugendschöffengericht.

Heute ist der Staatsanwalt Gefängnisleiter

Nach zehn Monaten Haft arbeitete ich als Hilfsarbeiter am Bau. Ich wohnte in Köln bei meiner Schwester. Dann hatte ich einen Betriebsunfall. Während ich krank war, fuhr ich zu meiner Mutter nach Wesel, die mich überredete, bei ihr zu bleiben. Also kündigte ich meine Stelle in Köln. Was ich vorher nicht überschaut hatte, trat dann ein, denn ich bekam sechs Wochen kein Arbeitslosengeld, und während der Rezession im Winter 67 fand ich gerade als vorbestrafter Hilfsarbeiter keinen neuen Arbeitsplatz. Mit anderen arbeitslosen Jugendlichen zusammen versuchte ich mich mit Diebstählen über Wasser zu halten. Als wir erwischt wurden, mußte ich wieder zwei Jahre ins Gefängnis. 1970 kam ich wieder raus und arbeitete sechs Monate am Bau. Ich zog dann nach Dortmund, wo ich aber keine Wohnung und keinen Arbeitsplatz fand. So beging ich wieder verschiedene Einbrüche und Diebstähle. Derselbe Richter wie vorher verurteilte mich zu sechs Jahren und neun Monaten Gefängnis.

Nach Aufenthalten in mehreren Untersuchungshaftanstalten wurde ich schließlich in dem ehemaligen Zuchthaus Werl untergebracht.

Die Justizvollzugsanstalt beherbergt etwa 1 200 Gefangene. Davon sind ungefähr zehn Prozent lebenslänglich Verurteilte.

Das Bedürfnis nach "Sicherheit und Ordnung" scheint in Werl besonders stark ausgeprägt zu sein. Davon zeugt nicht nur die hohe, mit Wachtürmen bespickte Umfassungsmauer, sondern auch die ordnenden Hände des ehemaligen Staatsanwaltes und heutigen Anstaltsleiters Regierungsdirektor Ihle und seines Stellvertreters Regierungsdirektor Kramp.

Der Pfaffe war vorher Richter im Strafbataillon 999

Welchen Wert dort auf die Ordnung gelegt wird, sieht man daran, daß da viele Beamte im Vollzug arbeiten, die Mitglied der NPD sind. Man hat hier sogar keine Hemmungen, den ehemaligen Oberstabsrichter vom berüchtigten Strafbataillon 999 aus dem Hitler-Faschismus als Anstaltsgeistlichen zu beschäftigen! Es handelt sich hierbei um jenen Dr. Siegfried Wehdeking, der trotz eifrigster Bemühungen seiner Freunde nach 1945 nicht mehr Richter blieb und nun als Pfaffe versucht, die verfluchten Seelen der Gesetzesbrecher vor den ewigen Höllenqualen zu retten und ihren Geist in die geordneten bürgerlichen Bahnen dieser kapitalistischen Gesellschaft zurückzuführen.

Über 95 Prozent der Gefangenen sind Arbeiter und haben größtenteils eine Fürsorgeerziehung hinter sich und keinen Schulabschluß. Die Gefangenen verdienen etwa 30 Pfennig in der Stunde für stupide Arbeiten. Ich habe z.B. mindestens 10 000 Gardinenröllchen pro Tag hergestellt für einen Kapitalisten von draußen. Da der Kapitalist den vollen Lohn an die Anstalt bezahlt, beutet der Staat die Arbeiter hier grenzenlos aus. Meistens sind die Werkstätten mitsamt den Arbeitskräften vom Kapitalisten gemietet. Wenn man das Doppelte schafft am Tag, bekommt man auch den doppelten Lohn, also 4,80 DM am Tag. Also steht eine große Arbeitshetze einem noch größeren Profit des Kapitalisten gegenüber. Gut klappt diese Masche, denn 2,40 DM am Tag kann oder will sich kein Gefangener entgehen lassen.

Die Gefangenen müssen sich zusammenschließen

Die Gefangenen sind nicht versichert. Weder in der Sozial- oder Arbeitslosenversicherung noch in der Renten- oder Krankenversicherung.

Ein entlassener Strafgefangener hat nur einen geringen Geldbetrag zur Verfügung, dagegen hat er oft Schulden, keine Wohnung und keine Arbeit. Außerdem hat er mit dem Makel seiner Vorstrafe kaum eine Chance, eine vernünftige Arbeit zu finden. Gerade ehemalige Strafgefangene müssen im Rentenalter ein noch schlimmeres Lebensdasein in bitterster Armut und Verelendung führen.

Die Gefangenen müssen dafür kämpfen, daß sie besseres Essen bekommen, um ihre Arbeitskraft auch für später halbwegs zu erhalten. Sie müssen um ihr Recht auf mehr Kontakt, beispielsweise durch Öffnung aller Zellen nach der Arbeitszeit, kämpfen, damit sie Probleme gemeinsam besprechen können und die Möglichkeit haben, eine Einheit herzustellen gegen die unmenschlichen Bedingungen im Gefängnis.

Außerdem müssen die Gefangenen für mehr Lohn und Versicherung kämpfen, damit die Kapitalisten keinen besonderen Druck auf die Arbeiter ausüben können, wenn sie aus dem Gefängnis kommen.

Rund 100 sind jetzt arbeitslos

BASF: Der Kompromiß der Jugendvertretung wurde kritisiert

Ludwigshafen. Auf einem Treffen des IG Chemie-Arbeitskreises, wo es um die Nichteinstellung von Lehrlingen bei der BASF ging, waren rund 30 Kollegen erschienen. Darunter waren größtenteils Jugendvertrauensleute der BASF und die Jugendvertretung, einige Betroffene und Kollegen aus Mittelbetrieben. Gleich am Anfang wurde klargelegt, was aus dem Kompromiß der Jugendvertretung mit der Werksleitung geworden war: Rund 100 Kollegen liegen jetzt doch auf der Straße, weil sie nicht die Möglichkeit haben, Stellen in anderen Städten anzunehmen

Jetzt sieht es so aus, daß die Werksleitung anhand von Kranktagen, Beurteilungsbögen und Aktennotizen willkürlich die Lehrlinge nicht übernimmt. Diesen Entlassenen wird als Arbeitslosengeld dann nicht mal der Chemietarif angerechnet, sondern für Schlosser der Metalltarif, für Tischler der Holztarif usw.

Nun wurde allen Anwesenden klar, was dieser Kompromiß bedeutet: einen Gewinn für die Werksleitung. So wurde dann auch die Jugendvertretung kritisiert: Wo über 1 000 Jugendliche hinter der Forderung "Übernahme aller Lehrlinge" stehen und dafür gekämpft haben, ist es ein Unding, so einen Kompromiß anzunehmen. Vor allen Dingen war dies ja ohne Zustimmung der Vertrauensleute oder der Jugendversammlung geschehen.

Wir verurteilten anhand der Diskussion durch einen Beschluß den Kompromiß und beschlossen, weiter auf der Forderung zu stehen "Übernahme aller Lehrlinge". Diese Forderung wird auch im Hinblick auf die Prüfungen und Nichtübernahmen im nächsten Jahr unsere Grundlage sein.

Auf der nächsten Vertrauensleuteversammlung am Donnerstag wird man sicher nochmal diese Tatsachen durch eine Resolution an die Öffentlichkeit bringen müssen. Aus dem Mißerfolg beim Kompromiß haben wir gelernt. Unsere Forderung kann nur sein: **Übernahme aller Lehrlinge!**

Schulstreiks

Frankfurt. Am 2. September streikten die Oberschüler der Gesamtschule Bockenheim-Süd in Frankfurt für die Forderungen: Sofortige Einstellung aller fehlenden Lehrer! Absolute Lehr- und Lernmittelfreiheit! An der Schule fehlen 8 1/2 voll ausgebildete Lehrer, 144 Stunden fallen deshalb aus. Nach einer Vollversammlung am Dienstag formierte sich eine Demonstration durch den Stadtteil, an der über 200 Schüler teilnahmen.

Wiesbaden. An der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden wurde am 15.8. gestreikt. Der Schulelternbeirat hatte die Eltern in einem Flugblatt aufgefordert, "zunächst für einen Tag die Kinder nicht zum Unterricht zu schicken". Obwohl keine breite Diskussion und Beschlußfassung in der Schule stattgefunden hatte zu diesem Streik, beteiligten sich fast alle 1 000 Schüler an dem Streik. Wie erfolgreich solch ein Streik sein kann, zeigten die Ergebnisse dieses eintägigen Streiks: Die Schulbehörde stellte einen Diplomphysiker und einen Kunstlehrer ein.

Offenbach. An der Rudolf-Koch-Schule, Gymnasium in Offenbach, sind dieses Jahr vier Planstellen weniger. Drei Lehrer sollen an die Förderstufe einer Hauptschule kommen. Auf einer Vollversammlung am 29.8. beschlossen über 700 Schüler einen Warnstreik. Der Warnstreik wurde weitgehend geschlossen durchgeführt. Auf der Streikversammlung wurde eine Demonstration mit 500 Teilnehmern zum Rathaus und zurück organisiert.

Zentrale Demonstration gefordert

Der Beschluß des DGB-Bundesvorstandes, die ursprünglich geplante zentrale Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für eine bessere Berufsausbildung nicht durchzuführen, hat unter der Arbeiterjugend heftige Proteste ausgelöst. Zu Zigtausenden demonstrierten sie dieses Jahr dafür – das Bild zeigt die DGB-Jugenddemonstration in Stuttgart –, daß die Berufsausbildung der Verfügung der Kapitalisten entrissen werden müsse. Statt den Protest der Arbeiterjugend nun in einer zentralen Demonstration zusammenzufassen, will der DGB-Bundesvorstand eine Saalveranstaltung durchführen.



Hannover, den 16.7.1975

An den
DGB-Landesbezirks-
jugendausschuß Niedersachsen

Zentrale Demonstration des DGBs zur beruflichen Bildung in Essen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!
Auf seiner Sitzung am 14. Juli 1975 befaßte sich der Arbeitsausschuß des Landesbezirksjugendausschusses der Gewerkschaft HBV mit der o.a. zentralen Veranstaltung.

Im Arbeitsausschuß ist bekannt geworden, daß der DGB beabsichtigt, diese für alle Gewerkschafter wichtige und entscheidende Demonstration und Kundgebung in Essen nicht im Freien, sondern als Saalveranstaltung durchzuführen. Der Arbeitsausschuß fordert daher die einzelnen DGB-Landesbezirksjugendausschüsse auf, mit dafür zu sorgen, daß diese Veranstaltung in Essen unter "freiem Himmel" durchgeführt wird.

Wir versprechen uns von einer Saalveranstaltung keinerlei Auswirkung und Vorteil für die Ziele der Gewerkschaften in bezug auf die Reform der beruflichen Bildung und müssen daher auch die Teilnehmerfrage an einer Saalveranstaltung in Frage stellen.

Mit freundlichen Grüßen
Gewerkschaft
Handel, Banken und Versicherungen
Landesbezirksleitung Niedersachsen/Bremen

Siemens-Jugendvertreter für zentrale Jugenddemonstration

Auf einer Sitzung am 29.8. in Hannover haben die Jugendvertreter aller norddeutschen Siemens-Betriebe sich einstimmig gegen eine Saalveranstaltung, wie sie der DGB-Bundesvorstand plant, ausgesprochen. In einem Schreiben an den Vorstand des DGB wird dieser aufgefordert, die bereits einmal geplante Demonstration für die Forderungen der Arbeiterjugend im November durchzuführen.

Die Jugendvertreter beschlossen, gleichlautende Beschlüsse in ihren örtlichen Jugendvertretungen zu verabschieden, ebenfalls Anträge in die Ortsjugendausschüsse der IG Metall einzubringen. – (Zelle Siemens Braunschweig)

Köln. In einer Resolution fordert der DGB Kreisjugendausschuß Köln den DGB Bundesvorstand auf, seinen Beschluß vom 30., der statt einer zentralen Demonstration eine Saalveranstaltung vorsieht, rückgängig zu machen und auf seiner nächsten Sitzung eine zentrale Demonstration zu beschließen. Dieser Resolution schloß sich der Ortsjugendausschuß der IG Chemie, Verwaltungsstelle Köln an.

Volksrepublik China: Warum ist es notwendig, die Diktatur des Proletariats aufrechtzuhalten und zu stärken?

In der Verfassung der Volksrepublik China, die im Januar dieses Jahres verabschiedet worden ist, heißt es in Artikel 1: **"Die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat der Diktatur des Proletariats, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht."**

In der Volksrepublik China ist das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt. Warum ist es dennoch notwendig, die Diktatur der Arbeiterklasse nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auszudehnen und zu stärken, um die Revolution unter der Diktatur des Proletariats weiterzuführen? Auf diese Frage geben zwei Artikel von Yao Wen-yüan und Dschang Tschun-tjiao Antwort, die nach der Verabschiedung der Verfassung in der Zeitschrift Hongqi veröffentlicht und für die Peking Rundschau ins Deutsche übersetzt worden sind. Jetzt hat sie der Verlag für fremdsprachige Literatur als Broschüren herausgebracht. Sie haben die Titel "Über die soziale Basis der parteifeindlichen Lin-Biao-Clique" und "Zur allseitigen Diktatur über die Bourgeoisie".

Die sozialistische Gesellschaft ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft behaftet

In der Präambel der Verfassung der Volksrepublik China wird festgestellt: **"Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Diese ganze Geschichtsperiode existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, existiert die Bedrohung durch Umsturz und Aggression seitens des Imperialismus und des Sozialimperialismus. Solche Widersprüche können nur durch die Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und durch die von ihr angeleitete Praxis gelöst werden."** Die sozialistische Gesellschaft ist aus der alten Gesellschaft hervorgegangen und **"also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet" "mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt"** (Marx). Um diese Muttermale vollständig zu beseitigen und den Kommunismus zu verwirklichen, ist die Diktatur des Proletariats notwendig, auch nachdem das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln bereits überwunden ist. Andernfalls werden diese Muttermale der alten Gesellschaft zu Krebsgeschwüren am Körper der sozialistischen Gesellschaft und unvermeidlich zur Restauration des Kapitalismus führen.

Über die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats muß unter den Massen Klarheit herrschen

Die beiden Broschüren von Yao Wen-yüan und Dschang Tschun-tjiao gehen von folgender Weisung Mao Tsetungs aus: **"Warum sprach Lenin von der Ausübung der Diktatur über das Proletariat? Über diese Frage muß man sich Klarheit verschaffen. Mangelnde Klarheit in dieser Frage führt zu Revisionismus. Dies muß im ganzen Land bewußt gemacht werden."**

Dieser Weisung folgend hat sich die Studienbewegung in der Volksrepublik China weiterentwickelt. Die Kritik an Lin Biao und Konfuzius wird in die Tiefe geführt als Kritik an den sozialen Grundlagen in der sozialistischen Gesellschaft selber, auf denen Leute wie Lin Biao sich bewegen und auf denen das überholte Denken fortwuchert. So wird die Untersuchung der sozialistischen Gesellschaft vorangetrieben, werden die Muttermale der alten Gesellschaft aufgedeckt und wird die Klarheit über die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats entwickelt.

Da die Diktatur des Proletariats nur von der Arbeiterklasse und von den durch die Arbeiterklasse geführten Volksmassen ausgeübt werden kann, müssen sich die Massen selber zunehmend Klarheit über die Notwendigkeit der Diktatur über die Bourgeoisie verschaffen. "Es genügt nicht, daß nur eine kleine Minderheit sich darüber im klaren ist, sondern: 'Dies muß im ganzen Land bewußt gemacht werden.' Die aktuelle und weitreichende Bedeutung der erfolgreichen Durchführung dieses Studiums kann man nicht hoch genug einschätzen." (Dschang Tschun-tjiao)

Worin bestehen die Muttermale der alten Gesellschaft in der sozialistischen Gesellschaft?

Die beiden Broschüren erläutern folgende Feststellung Mao Tsetungs: **"Unser Land praktiziert gegenwärtig unter anderem ein Warensystem, auch das Lohnsystem ist ungleich, wie das achtstufige Lohnsystem. Unter der Diktatur des Proletariats können diese nur eingeschränkt werden. Deshalb ist es für Leute wie Lin Biao, wenn sie an die Macht kommen, sehr leicht, das kapitalistische System durchzusetzen. Darum sollten wir mehr marxistisch-leninistische Werke lesen."**

Ein Warensystem muß in der Volksrepublik China gegenwärtig noch praktiziert werden, weil die Produktion noch nicht vollständig vergesellschaftet ist. Deshalb existieren auch noch zwei Formen des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln. Dschang Tschun-tjiao führt in seiner Broschüre Zahlen über die Eigentumsverhältnisse in der Volksrepublik China an.

Danach umfaßte 1973 die volkseigene Industrie 92 Prozent des Anlagevermögens der gesamten Industrie bei 63 Prozent der in der Industrie Arbeitenden und einem Anteil von 86 Prozent am gesamten von der Industrie geschaffenen Wert. Die entsprechenden Zahlen für die kollektiveigene Industrie lauten: 3 Prozent des Anlagevermögens, 36,2 Prozent der in der Industrie Arbeitenden und 14 Prozent des gesamten Wertes.

"Was blieb, waren die 0,8 Prozent Einzelhandwerker."

Während in der Industrie so das Volkseigentum absolut vorherrscht, herrscht in der Landwirtschaft das Kollektiveigentum vor. Es machte 1973 90 Prozent des Ackerlandes, 80 Prozent der Traktoren und der Großzugtiere aus. 90 Prozent des Getreides usw. wurden von den Kollektivwirtschaften produziert. "Der Anteil des volkseigenen Sektors daran war sehr gering." "Darüberhinaus gab es in geringem Umfang Parzellen für private Nutzung und häusliche Nebenproduktion der Kommunemitglieder."

Dschang Tschun-tjiao stellt fest: "Solange diese zwei Eigentumsarten existieren, sind Warenproduktion, Austausch mittels Geldes und Verteilung jedem nach seiner Leistung unvermeidlich. Unter der Diktatur des Proletariats können diese nur eingeschränkt werden, daher ist das Wachsen kapitalistischer Faktoren in Stadt und Land, ist das Auftauchen neuer bürgerlicher Elemente ebenfalls unvermeidlich. (...) Wir müssen klar sehen, daß unsere ökonomische Basis noch nicht fest ist und daß bürgerliches Recht, welches in den Eigentumsverhältnissen noch nicht zur Gänze abgeschafft worden ist, noch in einem ernsten Ausmaß in den wechselseitigen Beziehungen der Menschen existiert und eine beherrschende Stellung in der Verteilung einnimmt."

Noch gibt es Kleinproduktion

Noch gibt es also in der Volksrepublik China Kleinproduktion und in geringem Umfang Privateigentum an Produktionsmitteln. Die absolute Vorherrschaft des sozialistischen Eigentums zeigt, wie weit diese enge Grundlage bereits überwunden ist. Das Fortbestehen von Warentausch und Geld zeigt, daß die Produktion noch nicht vollständig unmittelbar gesellschaftliche Produktion ist und daß in den Wechselbeziehungen zwischen den Menschen und in der Verteilung noch Beziehungen herrschen, die sich auf Grundlage der Kleinproduktion entwickelt hatten, und daß die Vergesellschaftung der Produktion wie die gesellschaftliche Produktion noch hinter den sozialistischen Zielen wie den gesellschaftlichen Bedürfnissen zurückbleiben.

Die Unfertigkeit der sozialistischen Gesellschaft geht auf das Erbe der alten Gesellschaft zurück, auf die Mängel in der Vergesellschaftung der Produktion durch den Kapitalismus und die Überbleibsel der Kleinproduktion. Wo die Mängel der alten Gesellschaft noch nicht überwunden sind, kann auf ihrer Grundlage und von ihnen ausgehend die alte Gesellschaft insgesamt auch wieder restauriert werden. Die sozialen Kräfte der Restauration werden durch die vorhandenen Überreste der alten Gesellschaft selber erzeugt. **"Lenin sagte: 'Die Kleinproduktion ... erzeugt unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie.' Diese entstehen auch bei einem Teil der Arbeiterklasse und bei einem Teil der Parteimitglieder. Sowohl innerhalb der Reihen des Proletariats als auch unter den Mitarbeitern der Staats- und anderen Organe gibt es Leute, die einen bürgerlichen Lebensstil annehmen."** (Mao Tsetung)

Würde den Restaurationstendenzen freier Lauf gelassen, dann würde die Restauration des Kapitalismus unvermeidlich. Um die Restauration zu verhindern und die Restaurationstendenzen einzuschränken, muß die Arbeiterklasse sich darüber im klaren sein, was sie bereits erreicht hat und was sie noch nicht erreicht hat: **"Mit einem Wort, China ist ein sozialistisches Land. Es war vor der Befreiung so gut wie kapitalistisch. Jetzt noch wird ein Lohnsystem von acht Stufen praktiziert, eine Verteilung jedem nach seiner Leistung und Austausch mittels Geld, bei alledem gibt es nicht viel Unterschied zur alten Gesellschaft. Der Unterschied ist, daß die Eigentumsverhältnisse verändert worden sind."**

Den ökonomischen Muttermalen der alten Gesellschaft entspricht das Fortbestehen des bürgerlichen Rechts

Das bürgerliche Recht ist die Widerspiegelung des Austausch- und des Geldverhältnisses als Rechtsverhältnis. Da im Austausch und im Geldverhältnis alle gleich gelten und nur quantitative Unterschiede von Belang sind, werden die tatsächlichen Unterschiede der Individuen, ihre unterschiedlichen Fähigkeiten und Bedürfnisse im bürgerlichen Recht nicht berücksichtigt. Yao Wen-yüan zitiert in seiner Broschüre Lenin, der erklärt, warum und inwiefern das bürgerliche Recht in der sozialistischen Gesellschaft noch als Überbleibsel der alten Gesellschaft fortexistiert:

Somit wird in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft (die gewöhnlich Sozialismus genannt wird) das 'bürgerliche Recht' nicht vollständig abgeschafft, sondern nur zum Teil, nur entsprechend der bereits erreichten ökonomischen Umwälzung, d.h. lediglich in bezug auf die Produktionsmittel." "Es bleibt jedoch in seinem anderen Teil bestehen, es bleibt als Regulator (Ordner) bei der Verteilung der Produkte und der Arbeit unter die Mitglieder der Gesellschaft. 'Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen', dieses sozialistische Prinzip ist schon verwirklicht; 'für das gleiche Quantum Arbeit das gleiche Quantum Produkte' – auch dieses sozialistische Prinzip ist schon verwirklicht. Das ist jedoch noch nicht Kommunismus, und das beseitigt auch noch nicht das 'bürgerliche Recht', das ungleichen Individuen für ungleiche (faktisch ungleiche) Arbeitsmengen die gleiche Menge Produkte zuweist."

Es ist klar, daß die Fortexistenz des bürgerlichen Rechts erstens eine Fessel für die Entfaltung des revolutionären Enthusiasmus der Massen ist, denn es negiert das Prinzip der Freiwilligkeit und Unentgeltlichkeit. Zweitens verwandelt es die persönliche Ungleichheit der Individuen in Ungleichkeit des Einkommens und fördert so die soziale Ungleichheit. Drittens bildet seine Geltung einen Nährboden für seine Umgehung durch Betrug und illegale Bereicherung. Genauso wie die fortbestehenden Waren- und Geldverhältnisse müssen durch die Diktatur des Proletariats deshalb auch die fortbestehenden bürgerlichen Rechtsverhältnisse eingeschränkt werden.

Auf dem Boden des bürgerlichen Rechts kann sich die Diktatur der Bourgeoisie erneut etablieren.

In der Broschüre von Yao Wen-yüan heißt es: "Sowohl die Analyse Lenins als auch die des Vorsitzenden Mao zeigen, daß das bürgerliche Recht, das im Sozialismus bei Verteilung und Austausch unvermeidlich fortbesteht, unter der Diktatur des Proletariats eingeschränkt werden muß, damit sich im Verlauf der langwierigen sozialistischen Revolution die drei großen Unterschiede (zwischen Arbeitern und Bauern, zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit) und die Unterschiede zwischen den verschiedenen Stufen Schritt für Schritt verringern, damit allmählich die materiellen und ideologischen Voraussetzungen für die Aufhebung dieser Unterschiede geschaffen werden. Würden wir nicht diesen Kurs verfolgen, sondern im Gegenteil die Festigung, Ausweitung und Stärkung des bürgerlichen Rechts fordern und jener Ungleichheit, die seine Folge ist, dann wäre die Polarisierung unvermeidlich. Das heißt, wenige Leute würden im Zuge der Verteilung durch bestimmte legale Kanäle und viele illegale Kanäle eine immer größere Menge an Waren und Geld erlangen; von solchem 'materiellem Anreiz' angeregte kapitalistische Ideale wie persönliche Bereicherung, Ruhmsucht und Gewinnstreben würden uneingeschränkt um sich greifen; Erscheinungen wie private Aneignung von Gemeineigentum, Spekulation, Unterschlagung, Korruption, Diebstahl und Bestechung würden sich ausbreiten; das kapitalistische Prinzip des Warenaustausches würde in das politische Leben und sogar in das Parteileben eindringen, die sozialistische Planwirtschaft zersetzen und würde solche Akte der kapitalistischen Ausbeutung ermöglichen wie die Umwandlung von Waren und Geld in Kapital und Umwandlung der Arbeitskraft in eine Ware; der Charakter des Eigentumssystems würde sich in den einzelnen Abteilungen und Einheiten ändern, die der revisionistischen Linie folgen, und erneut würden Fälle der Unterdrückung und Ausbeutung der Werktätigen eintreten. Als Folge würde aus Parteimitgliedern, Arbeitern, wohlhabenden Bauern und Mitarbeitern der Staatsorgane eine kleine Anzahl neuer bürgerlicher Elemente und Emporkömmlinge entstehen, die das Proletariat und die Werktätigen verraten.

Mit Recht haben unsere Arbeitergenossen gesagt: 'Wird das bürgerliche Recht nicht eingeschränkt, so wird es die Entwicklung des Sozialismus einschränken und die Entwicklung des Kapitalismus fördern.' Wenn die ökonomische Stärke der Bourgeoisie bis zu einem gewissen Grad entwickelt ist, werden ihre Agenten die politische Herrschaft beanspruchen, den Sturz der Diktatur des Proletariats und des sozialistischen Systems anstreben, das sozialistische Eigentum von Grund auf umzuwandeln und offen das kapitalistische System wieder herzustellen und zu entwickeln suchen. Einmal an der Macht, würde die neue Bourgeoisie zuallererst das Volk blutig unterdrücken und im Überbau, einschließlich aller Bereiche von Ideologie und Kultur, den Kapitalismus restaurieren. Danach würde sie die Produkte je nach Kapital und Macht unter sich aufteilen, und das Prinzip 'Jedem nach seiner Leistung' bestünde nur dem Namen nach weiter, während eine Handvoll neuer Bourgeois, die die Produktionsmittel monopolisieren, gleichzeitig auch die Macht über die Verteilung der Konsumgüter und der anderen Produkte allein kontrolliert. Genau das nämlich ist der Vorgang der Restauration, der in der Sowjetunion bereits stattgefunden hat."

Wer sich durchsetzt, die Arbeiterklasse oder die Bourgeoisie, wird durch die politische Macht entschieden. Das sozialistische Eigentum konnte nur unter der Diktatur des Proletariats entstehen, und die sozialistischen Produktionsverhältnisse können sich nur unter der Diktatur des Proletariats entwickeln. "Gleichfalls muß für eine kapitalistische Restauration notwendigerweise als erstes die Führung usurpiert und die Linie und Politik der Partei verändert werden. Haben Chrustschow und Breschnew nicht auf diese Weise die Eigentumsverhältnisse in der Sowjetunion geändert? Haben nicht Liu Schao-tschi und Lin Biao auf die gleiche Weise in verschiedenem Ausmaß das Wesen einer Anzahl unserer Betriebe und Unternehmen verändert?" (Dschang Tschun-tjiao)

Nur die Verteidigung, Ausdehnung und Festigung der Diktatur des Proletariats kann die Restauration des Kapitalismus verhindern

Die Diktatur des Proletariats herrscht, wenn die Arbeiterklasse "das Sagen" hat, und der Entwicklung der ganzen Gesellschaft ihre revolutionären Zwecke diktiert. Die Diktatur des Proletariats beruht auf zwei Bedingungen: daß die Volksmassen freiwillig auf die Arbeiterklasse hören und daß die Bourgeoisie nach dem Grundsatz behandelt werden kann "Wer nicht hören will, muß fühlen".

Um beide Bedingungen erfüllen zu können, braucht die Arbeiterklasse die Überzeugungskraft der richtigen revolutionären Theorie gegenüber den Volksmassen und die Überzeugungskraft der Waffen gegenüber der Bourgeoisie. Beides ist unerläßlich. In bestimmten Situationen ist es jedoch entscheidend, daß sich die Arbeiterklasse vor allem der Waffe der Theorie versichert. Unter der Diktatur des Proletariats ist dies dann der Fall, wenn verborgene Restaurationstendenzen aufgespürt werden müssen, aber noch kein offener Restaurationsversuch droht.

Der Bewaffnung der Massen mit der revolutionären Theorie dient die gegenwärtige Studienbewegung in der Volksrepublik China. Auf die Möglichkeit der Restauration hinweisend sagt Mao: **"Darum sollten wir mehr marxistisch-leninistische Werke lesen." Oder: "Ich rate euch ausdrücklich, Genossen, einige Bücher zu lesen."**

Die gegenwärtige Studienbewegung in der Volksrepublik China ist eine große revolutionäre Bewegung und eng mit dem Klassenkampf, dem Produktionskampf und dem wissenschaftlichen Experimentieren verbunden. Was kann es Bedeutsameres geben als ein Volk von Millionenmassen, das nicht nachläßt in seiner Bemühung, die Geschichte bewußt zu machen? Und von wem hätte die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern mehr zu lernen als von einem solchen Volk, das unter Führung der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei Schritt für Schritt den Sozialismus aufbaut? Es ist eine wichtige Unterstützung des chinesischen Volkes für die deutschsprachigen Arbeiter und Werktätigen, daß es über seine Probleme und Fortschritte beim Aufbau des Sozialismus regelmäßig durch Übersetzungen von wichtigen Artikeln und Schriften unterrichtet und daß diese billig zu erwerben sind. – (js)

Frau S. und der Chefarzt - zwei Klassenstandpunkte zum § 218

Essen. In der KVZ Nr. 32 war ein Interview mit Frau S. aus Essen abgedruckt, die sich vergeblich bemüht hatte, eine legale Abtreibung genehmigt zu bekommen. Sie hatte schon acht Kinder und konnte sich das neunte Kind aus finanziellen Gründen und auch wegen der nervlichen Belastung nicht mehr leisten. Chefarzt Dr. Hohaus vom Philippusstift war der Frauenarzt, an den sich Frau S. gewandt hatte, um ein Attest von ihm für die Ärztekammer zu erhalten. Er lehnte es ab und bearbeitete Frau S., keine Abtreibung machen zu lassen. Professor Dr. Hohaus bekam das Interview mit Frau S. in die Hände. Er bestritt die Aussagen, die in diesem Interview von Frau S. über ihn gemacht worden sind. Er werde im Fall einer Veröffentlichung des Interviews juristisch dagegen vorgehen.

Das Essener Komitee gegen den § 218 berichtete Frau S. von Dr. Hohaus' Stellungnahme.

Frau S. erklärte dazu: "Ich erkläre hiermit noch einmal, daß mein Bericht über das Gespräch mit Dr. Hohaus ganz der Wahrheit entspricht.

Es stimmt, daß er zu mir gesagt hat, daß ich einen Mord begehe, wenn ich abtreibe. Es stimmt, daß er zu mir gesagt hat: Jetzt sind Sie noch gesund, wissen Sie, ob Sie noch gesund sind, wenn Sie von Holland wiederkommen. Er kenne Frauen, die von Holland wiedergekommen sind mit zerstochenem Unterleib.

Er hat mir tatsächlich gesagt, daß ich das Kind nur austragen brauche und dann verschenken könnte.

Dagegen stimmt es nicht, daß er mich auf Hilfsmöglichkeiten hingewiesen hat und mir angeboten hätte, die Verbindung zu den Institutionen vom Krankenhaus aus aufzunehmen, wie er es allgemein in seinem Interview behauptet.

Was heißt das: Man ist nicht bereit, eine gewisse Einschränkung des Lebensstandards hinzunehmen, wie Dr. Hohaus in seinem Interview sagt?

Einmal seitdem ich verheiratet bin, bin ich in Urlaub gewesen. Mit zehn Personen in sechs Räumen! Ist das keine Einschränkung des Lebensstandards?! Ich möchte wissen, von welchem Lebensstandard er spricht, vielleicht von seinem eigenen. – Frau S."

Das Essener Komitee gegen den § 218 hat am Samstag, 30.8., in der Innenstadt mit Stellwänden die Behandlung von Frau S. durch den Dr. Hohaus und die Stellungnahme von Dr. Hohaus für das Abtreibungsverbot öffentlich bekannt gemacht. Auf den Stellwänden waren außerdem Fotos angebracht, die zeigen, wo Frau S. wohnt und wo Dr. Hohaus. Die Stellwände wurden sorgfältig gelesen und erregten viel Aufsehen. 250 Menschen unterschrieben in drei Stunden die Forderungen der Komitees gegen den § 218. Zahlreiche Broschüren und Plaketten wurden verkauft.

Auszüge aus dem Interview, das ein Mitglied des Essener Komitees gegen den § 218 mit dem Chefarzt Professor Dr. Hohaus von der gynäkologischen Abteilung des Philippsstift in Essen gemacht hat.

Was ist Ihre Haltung zum § 218?

Hohaus: Die Fassung des § 218 ist eine juristische Angelegenheit. Es entspricht der ärztlichen Auffassung, daß unsere Lebensordnung jegliches Leben schützen muß. Es ist die Aufgabe des Staates, einen Verstoß dagegen mit erheblichen Strafen zu belegen. Eine Ausnahme ist die streng medizinische Indikation. Sie liegt nur dann vor, wenn das Leben der Mutter akut bedroht ist oder ihre Gesundheit auf Dauer mit Sicherheit geschädigt wird.

Würden Sie, wenn die erweiterte Indikationslösung Gesetz würde, Abtreibungen bei anderer als medizinischer Indikation durchführen?

Hohaus: Nein, das gilt auch für die anderen Ärzte dieses Krankenhauses. Die Entscheidung liegt bei mir, natürlich nach Diskussion mit dem Ärzteteam. Die letzte Entscheidung muß der treffen, der die Abtreibung durchführen soll.

Wie führen Sie die Beratung durch? Was ist das Ziel Ihrer Beratung?

Hohaus: Zu allererst versuche ich sie von der Schutzbedürftigkeit jeglichen Lebens zu überzeugen. Des weiteren Verweise auf die Hilfsmöglichkeiten, die es gibt. Die katholischen Frauen verweise ich auf die Caritas, den Sozialdienst katholischer Frauen, und die evangelischen Frauen auf die evangelische Mütterhilfe. Ich weise auf die Gefahren und Folgen der Abtreibung hin. Als letztes gibt es die Möglichkeit der Adoption.

Haben Sie sich selbst danach darum gekümmert, ob den Frauen Hilfe gewährt wurde?

Hohaus: Nein, davon habe ich nichts mehr gehört. Ich biete den Frauen aber eine Betreuung an.

Halten Sie es für zumutbar für die Frauen, neun Monate lang das Kind auszutragen mit allen physischen und psychischen Belastungen, nur um das Kind zu gebären?

Hohaus: Wenn sie vorher die Möglichkeiten der Empfängnisverhütung nicht wahrgenommen hat, dann halte ich es für zumutbar, eine Schwangerschaft auszutragen.

Gesetzt den Fall, eine Frau käme zu Ihnen, die bereits acht Kinder hat und aus finanziellen Gründen und wegen der nervlichen Belastung der Erziehung der bereits vorhandenen Kinder sich ein weiteres Kind nicht leisten kann. Wie würden Sie sich verhalten?

Hohaus: Auch ein neuntes Kind ist kein Grund, Leben zu vernichten. Ich würde diese Frau auf die bestehenden sozialen Hilfsmöglichkeiten hinweisen und ihr zusagen, die Verbindung zu den betreffenden Institutionen vom Krankenhaus aus aufzunehmen.

Ich bin der Meinung, wer so viele Kinder hat, muß sich seiner Verantwortung zur Familienplanung auch bewußt sein. Es war noch nie so leicht wie in heutiger Zeit, eine ungewollte Schwangerschaft zu verhindern. Aus Indolenz und Bequemlichkeit wird darauf verzichtet. Wenn man acht Kinder erziehen kann, kann man auch neun Kinder aufziehen. Wenn die Frau die Möglichkeit dazu bestreitet, dann will sie eine gewisse Einschränkung des Lebensstandards nicht hinnehmen. – (I., Essen)



Heidelberg: Die Demonstration, zu der das Komitee gegen den § 218 aufgerufen hatte, erregte große Aufmerksamkeit

Heidelberg: Demonstration des Komitees gegen den § 218

Gegen die Polizeiüberfälle auf Gegner des § 218

Heidelberg. Wie bereits in der letzten KVZ berichtet, wurden am Montag, dem 25.8. die Wohnung eines Mitglieds des Stadtteilkomitees "Weg mit dem § 218" in Wieblingen und die Praxis eines Arztes, der die Unterschriftensammlung des Komitees unterstützt, von der Polizei durchsucht, ohne einen Durchsuchungsbefehl vorzuweisen. Dabei wurden zwei fast volle Unterschriftenlisten aus der Praxis des Arztes und eine Ansteckplakette des Komitees vom Jackett des Komiteemitglieds als "Beweismittel" beschlagnahmt. Am vergangenen Samstag hat das Heidelberger Komitee zu einer Protestdemonstration in der Innenstadt aufgerufen, an der über 600 Menschen teilgenommen haben.

Bis heute ist keine Begründung für diese Willkürakte bekanntgegeben worden. Der Polizeiüberfall in Wieblingen diente offenbar keinem anderen Zweck als der Einschüchterung von Menschen, die sich in die Kampffront gegen den § 218 eingereiht haben. Menschen, die auf Grund ihrer eigenen Anschauung und Erfahrung schon lange zur Überzeugung gekommen sind, daß dieser Paragraf weg muß: Ein Arzt, der hundertfach das Elend der Frauen erlebt hat, die ein unerwünschtes Kind bekommen sollen, die erniedrigende Behandlung, den Zwang und die Schikane. Ein Mann, der seit seiner Jugend aktiv am Kampf der Arbeiterbewegung gegen soziales Elend und politische Unterdrückung beteiligt ist und deshalb schon während der Herrschaft des Faschismus verfolgt wurde.

"Ein ordentlicher Deutscher trägt so etwas nicht!", meinte der Polizist, als er die Plakette des Komitees mit der Forderung nach einem Volksentscheid gegen den § 218 beschlagnahmte. Solche Vorstellungen vom "ordentlichen Deutschen" sind nicht weit verbreitet unterm Volk. Die Ordnung, die gemeint ist, ist die Ordnung der Reichen und Mächtigen.

Öffentlich hat das betroffene Komiteemitglied erklärt: "Ich bin Mitglied des Heidelberger Komitees 'Weg mit dem § 218' und unterstütze mit allen Kräften die Kampagne gegen den § 218 für einen Volksentscheid. Seit meiner Jugend kämpfe ich gegen soziales Elend und politische Unterdrückung. Ich bin 57 Jahre alt und habe aktiv am Widerstand gegen das Nazi-Regime teilgenommen.

Die Methoden der Heidelberger Polizei gegen die Gegner des § 218 ähneln den Methoden des NS-Regimes. Trotz dieser Übergriffe werde ich mich von meinem Eintreten für die gerechten Forderungen des Komitees nicht abbringen lassen."

„Die Betriebsleitung hat uns sehr geholfen"

Nordenham. Ich bin Lehrling bei VFW-Fokker in Nordenham. Als ich am Freitag, 15.8., morgens das Büro der Ausbildungsleitung betrat, wurde ich gleich vom Chef angemosert, daß ich rumlaufe wie Falschgeld. Ich ging jedoch nicht auf diese Beleidigung ein. Darauf sprach er mich auf die Plakette gegen den § 218 an, die ich an der Jacke trug. Ob ich verrückt sei, diese Plakette zu tragen, sie wäre unfallgefährlich. Er fauchte mich an, ich solle diese Plakette entfernen, da sie nichts im Betrieb zu suchen habe. Ihm passe die Plakette nicht. Um mich einzuschüchtern, stellte er mir zur Wahl: Entweder ich entferne die Plakette sofort oder aber ich solle zum Sicherheitsingenieur hochgehen und der solle dann entscheiden.

Ich entschied mich für die zweite Lösung. Er griff zum Telefon, ließ den Hörer dann aber doch liegen, überlegte kurz und sagte nicht gerade freundlich, ich solle sofort an meinen Arbeitsplatz gehen. Er würde mich zu sich rufen, wenn es ihm gerade paßt. Mein erster Weg war zum Betriebsrat. Der Betriebsrat meinte, daß es meine Angelegenheit sei, ob ich mir beim Hängenbleiben der Plakette das Zeug zerreißen würde. Ich begab mich wieder an meinen Arbeitsplatz.

Nach einer Stunde kam ein Telefonanruf, ich solle sofort bei der Ausbildungsleitung erscheinen. Als ich erneut das Ausbildungsbüro betrat, waren anwesend der Werkschutzleiter, der Sicherheitsbeauftragte der Lehrwerkstatt, der Ausbildungsleiter und der 1. Meister der Lehrwerkstatt.

Man sprach mich sofort auf die Plakette an. Der Werkschutzleiter begründete die Unfallgefährlichkeit damit, daß sie ein hervorstehender Gegenstand sei und somit ein Hängenbleiben verursachen könne. Auf mein Argument, daß auch Knöpfe vorstehen, antwortete er: Die Knöpfe gehörten zur Arbeitskleidung, diese Plakette aber sei ein Fremdkörper. Er setzte hinzu, daß er nicht auf den Aufdruck schaue, sondern bei einer Plakette ohne Aufdruck das gleiche sagen würde. Schließlich hieß es aber doch, es sei verboten, im Betrieb "Parteipolitik" zu treiben. Das Tragen der Plakette falle unter dieses Verbot. Das wies ich stets von mir und sagte: "Das Komitee gegen den § 218 arbeitet unabhängig von jeder Partei."

Sie verboten mir, die Plakette im Betrieb zu tragen. Man fügte hinzu, daß ich die Plakette schon hätte abnehmen müssen, als der Ausbildungsleiter es von mir forderte, denn er sei mein Vorgesetzter.

In den darauffolgenden Tagen steckte sich ein Kollege aus dem Zeichenbüro eine Plakette an, einige Kollegen im Betrieb klebten sich Aufkleber auf die Jacke, um die "Unfallgefährlichkeit" zu beheben. Die Betriebsleitung hat uns sehr geholfen, denn wir wurden nun viel öfter angesprochen als sonst, da der Aufkleber viel mehr ins Auge fällt als die Plakette.

Als ich mit dem Aufkleber durch eine der Hallen ging, entwickelte sich sofort eine heftige Diskussion über den § 218. Ein Kollege kam sogar von seinem Gerüst herunter. Viele Kollegen sprachen mich auf den Vorfall mit der Ausbildungsleitung an und waren empört darüber. – (n, Nordenham)

Gegen den Paragrafen 218

Hannover. Die Schülervertretung der Berufsschule V hat eine Resolution verabschiedet, in der sie die Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterstützt und zur Teilnahme an der Demonstration am 21.9. in Bonn gegen den § 218 auffordert. Die Resolution soll den verschiedenen Schülervertretungen zur Beratung und Abstimmung vorgelegt werden.
und Abstimmung vorgelegt werden.

Mannheim. Bereits vor drei Wochen hatten Mitglieder des Mannheimer Komitees, die in der Mannheimer Morgen Großdruckerei (MMGD) arbeiten, 70 Unterschriften gesammelt. Vor den Werkstoren wurden Stände mit Plakaten und Informationsmaterial aufgestellt. Einige Kollegen, kaum daß sie die Stände gesehen hatten, fragten: "Für oder gegen den Paragraf 218?". "Klar", sagten sie, "die Reichen fahren nach England oder Holland, wir fahren hinter Gitter."

Inzwischen haben über 150 Kollegen unterschrieben. Das ist ein gutes Ergebnis, wenn man bedenkt, daß von den 740 Beschäftigten nur zirka 170 in der Tagschicht sind und die Abteilungen wegen der unterschiedlichen Schichtzeiten kaum Kontakt untereinander haben. Trotzdem haben es einige Kollegen fertiggebracht, daß jetzt auch in der Nachtschicht und im Altbau Listen umlaufen.

Hamburg. Unter Berufung auf das Hamburgische Beamtengesetz hat die Schulbehörde einem Lehrer an der Gewerbeschule 11 (Nahrungsmittel- und Gaststättengewerbe) das Tragen der Plakette gegen den § 218 verboten. Der Lehrer hat sich daraufhin in einem offenen Brief an seine Kollegen gewandt und gegen das Verbot protestiert. Die Unterschriftensammlung gegen den § 218 macht unter den Lehrern und den Berufsschülern gute Fortschritte.

Heidelberg. Das Bereichskomitee "Weg mit dem § 218" an der Orthopädischen Klinik Heidelberg/Schlierbach informierten am Mittwoch, 27.8. ihre Kollegen mit einer Stelltafel über die Forderungen der breiten bundesweiten Bewegung gegen den § 218 und sammelten Unterschriften für einen Volksentscheid gegen den § 218. Innerhalb von drei Stunden haben hundert Kollegen diese Forderungen unterschrieben.

Nürnberg. Von 40 Beschäftigten in der Remissionsabteilung des nordbayrischen Pressevertriebs haben 29 die Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterzeichnet.

Limburg. Dem Komitee gegen den § 218 in Limburg ist ein Häftling aus der Justizvollzugsanstalt Diez beigetreten. In der Freistunde hat er unter den Häftlingen Unterschriften gegen den § 218 gesammelt. Schon 29 von 90 Häftlingen des Blocks haben un-
90 Häftlingen des Blocks haben un-
terschrieben. Die Kommunistische Volkszeitung und die Broschüre gegen den § 218 werden sorgfältig studiert und untereinander ausgetauscht. In einem Brief schreiben die Häftlinge: "Auch wenn wir . . . leider bei der Demonstration nicht dabei sein können, so sind wir doch im Geiste an Eurer Seite und marschieren mit!"

Ein routinierter Gutachter

Dortmund. Über die Arbeit der Gutachterkommission für Schwangerschaftsunterbrechung äußerte sich ihr Leiter, Dr. Rosenkranz, in einem Interview mit der "Westfälischen Rundschau" (5.6.1975).

Danach gehen jährlich zwischen 70 und 90 Anträge auf legale Abtreibung bei der Ärztekammer ein. Davon werden etwa zwei Drittel positiv entschieden. Das heißt, legal werden in Dortmund jährlich nur 50 bis 60 Abtreibungen vorgenommen. Daß er über Hunderte von Frauen, die ohne den Segen des Gutachters abtreiben, nichts weiß, bedauert Dr. Rosenkranz: "Leider gibt es keine Meldepflicht von Aborten. Im Dritten Reich da gab es die ja."

Was die Begutachtung angeht, fühlt sich Dr. Rosenkranz nach fünfjähriger Arbeit routiniert. Er könne genau erkennen, wo die medizinische Indikation nur vorgeschoben wird, wo Frauen chronische Erkrankungen wie Gallenleiden, Thrombosen, Krampfadern als Grund angeben, "obwohl sie damit bereits zwei bis drei Kinder bekommen haben".

Er sehe sich in erster Linie als "Anwalt des Kindes", doch "im Zweifelsfall entscheiden wir zugunsten der Mutter". Man spürt es, es hat seinen guten Grund, daß die meisten Frauen einen großen Bogen um solche "Gutachter" machen, wenn sie abtreiben müssen.

Bremen: 1 000 demonstrieren gegen die Knüppelpolitik des Senats und für die Forderungen nach einem Jugendzentrum

„Wir wollen jetzt das Jugendhaus-Jugend rein, Bullen raus"

Bremen. Unter diesem Kampfruf versammelten sich am vergangenen Freitag knapp 1 000 Arbeiterjugendliche und Schüler auf dem Marktplatz in Bremen. Auf der Kundgebung, zu der die Jugendinitiative Neustadt aufgerufen hatte, wurden die Forderungen der Neustädter Jugend nach dem Haus am Buntentorsteinweg erneut bekräftigt und die Knüppelpolitik des Senats verurteilt (vgl. Bericht in der vorigen KVZ).

Es wurden fast 30 Solidaritätserklärungen vorgetragen und mit Begeisterung aufgenommen. Vor allem von Jugendinitiativen und Jugendgruppen in Freizeitheimen, von Schülerringen an allen Schularten, von Lehrlingen, von 13 Rechtsanwälten und von Hochschullehrern der Bremer Universität.

So erklärte die Jugendinitiative Marßeler Feld:

"Die Initiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum im Marßeler Feld verurteilt aufs schärfste die brutalen Polizeiüberfälle auf die Jugendlichen in der Neustadt. Weil der Bremer Senat eine ungerechte Sache vertritt, mußte er die berechtigten Forderungen der Neustädter Jugendlichen mit Knüppeln und Tränengas zusammenschlagen lassen. Und weil der Kampf für ein freies Jugendzentrum eine gerechte Sache ist, werden wir überall Unterstützung finden! Wir werden nicht eher Ruhe geben, bis die Forderung erfüllt ist. Das Haus am Buntentorsteinweg werden wir kriegen!"

In einer Solidaritätserklärung des Jugendclubs der Christusgemeinde in der Vahr hieß es: "Die Jugendlichen des Jugendclubs in der Christusgemeinde Bremen-Vahr verurteilen aufs schärfste den brutalen Polizeiüberfall auf die Neustädter Jugendlichen am letzten Freitag. Die Situation der Neustädter Jugendlichen unterscheidet sich durch nichts von der Situation der Jugendlichen in der Vahr. Gerade die Vahrer Arbeiterjugend spürt tagtäglich die verschärften Polizeikontrollen in den Parks und auf den Straßen. Ebenso wie die Neustädter Jugendlichen fehlt uns ein Jugendhaus, in dem wir unsere arbeitsfreie Zeit unseren eigenen Interessen entsprechend organisieren können. Wir solidarisieren uns geschlossen mit den gerechten Forderungen der Neustädter Jugendlichen, denn nur gemeinsam können wir unsere Ziele erreichen. Solidarität hilft siegen!"

Während der Kundgebung in der Stadt und des Abmarsches der Neustädter Jugend zurück in ihren Stadtteil war der Buntentorsteinweg vollkommen abgesperrt und das Haus mit Wasserwerfern, Räumfahrzeugen, Bundeswehrstacheldraht und riesigen Polizeikräften "geschützt". Überall lungerten die Gestalten vom Mobilen Einsatzkommando herum, wer nur etwas länger stehen blieb, dem wurde mit Feststellung der Personalien gedroht.

Angesichts dieses Heerlagers wächst unter den Einwohnern des Stadtteils die Wut über die Polizei, die von ihnen ernährt wird. "Was die hier in einer Woche verpulvern, davon hätte das Haus schon lange renoviert werden können!"

Die Sache der Neustädter Jugend hat breite Unterstützung in der ganzen Stadt gefunden, in der vergangenen Woche und auf der Kundgebung. Denn ihre Sache ist gerecht. Überall in der Stadt ist es so, daß die Arbeiterjugend nichts anderes lernen soll, als mit ihrer Lage sich abzufinden und sich dem Kommando der Kapitalisten zu unterwerfen; sei es in der Schule oder im Betrieb.

Nirgendwo verfügt die Arbeiterjugend über Parks und Villen wie die Jugend der Bourgeoisie; hinter der staatlichen "Fürsorge" lauert überall die Polizei. Ihr Leben zurechtstutzen zu lassen, dagegen rebelliert die Arbeiterjugend, setzt sich zur Wehr gegen die Schikanen von Jugendamt und Polizei, schließt sich zusammen um die Forderung nach selbstverwalteten Jugendzentren, um ihren Interessen selbständig nachgehen zu können.

Deshalb war die Einheit und der Kampfgeist der Arbeiterjugend so groß in diesen Tagen. Der Kampf der Neustädter hat die Jugend in der ganzen Stadt beflügelt.

Noch hat der Senat das Haus am Buntentorsteinweg, die Arbeiterjugend in der Neustadt hat keines. Aber die Kräfte der Jugend sind gewachsen, und der Senat ist in dieser Frage isoliert. Die Neustädter Jugendlichen sind der Meinung: Der Senat wird schon das halbe Buntentor zur Festung ausbauen müssen, wenn er verhindern will, daß wir unser Haus bekommen! – (H., Bremen)

Bremer Bürgerschaftswahl am 28.9.1975: KBW zur Wahl zugelassen

Bremen. Am vergangenen Freitag haben die Wahlbereichsausschüsse in Bremen und Bremerhaven endgültig entschieden, daß der KBW zu den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft zugelassen wird.

Gefordert waren nach den Wahlgesetzen als Zulassungsvoraussetzung 450 Unterschriften in Bremen und 107 in Bremerhaven. Der KBW hat etwa 2 700 Unterschriften gesammelt und 1 514 wurden vom Einwohnermeldeamt überprüft. In Bremerhaven hat der KBW 168 gültige Unterschriften gesammelt.

Der Landeswahlausschuß hatte zunächst versucht, juristisch der Kandidatur des KBW Hindernisse in den Weg zu legen. So sei zum Beispiel die im Statut des KBW festgelegte Kandidatenzeit im Widerspruch zum Parteiengesetz, wurde behauptet. Es ließ sich damit aber gegen die Parteieigenschaft des KBW nichts machen. Der Landeswahlleiter sprach deshalb die "Empfehlung" an den Gesetzgeber aus, durch Änderung des Parteiengesetzes hier "Klarheit zu schaffen".

Oberbürgermeister Keidel ist beleidigt

Klage gegen vertriebenen Freiau-Bewohner

Freiburg. "Wir werden nicht vergessen, wie Ihr uns überfallen lassen habt und werden uns den Organisator des Überfalls, den heimtückischen Lumpen von Oberbürgermeister gut merken, der selber reich ist und nichts anderes im Sinn hat als die Interessen der Reichen und die Geschäfte der Kapitalisten." Diese Erklärung war in Freiburg auf zahlreichen Plakaten und Flugblättern zu lesen, nachdem der Oberbürgermeister Keidel den Abriß der Freiau-Wohnungen befohlen und mit tausend Polizisten durchgesetzt hatte (siehe KVZ Nr. 33/75). Auf der Straße stimmten dem viele zu und sagten: Richtig, daß man das mal so klar sagt.

OB Keidel hat nun einen Strafantrag gegen die ehemaligen Bewohner gestellt wegen Beleidigung. Er will nicht zusehen, daß ihn jeder in dieser Stadt offen als das bezeichnen darf, was er ist. Er ist sicher zuversichtlich, daß das Gericht ihn schützen wird. Für das Gericht sind Lumpen diejenigen, die sich zur Wehr setzen, daß ihnen das Dach überm Kopf abgerissen wird; werden aber die Anstifter des Abrisses als Lumpen benannt, so ist das Beleidigung.

Die Freiau-Bewohner werden ihre Erklärung nicht widerrufen. Sie werden vielmehr den Beweis für ihre Behauptung antreten. Das wird nicht schwer fallen.

Beweismittel dafür, daß die Politik von Keidel und seinen Kumpanen im Gemeinderat einzig und allein eine Politik für die Reichen in der Stadt ist, gibt es genug. – (a, Freiburg)

„Der Stadtrat holt die Polizei, die knüppelt ihm den Ostring frei"

Göttingen. Mit zwei Hundertschaften Polizei wurde am Dienstag vergangener Woche das Haus Nr. 32 im Nikolausberger Weg geräumt. Das Haus war dem Stadtrat im Weg, der den Kapitalisten eine Zufahrtsstraße, den Ostring, bauen will in zwei Jahren. Bis dahin sollen noch zahlreiche Häuser in dem von kleinen Beamten, Angestellten, Rentnern und Studenten bewohnten Viertel fallen. Das Haus Nr. 32 war bisher vom Studentenwerk an Studenten vermietet worden. In diesem Haus hatte die Initiative gegen den Ostring ihr Zentrum. Der Stadtrat hatte das Studentenwerk beauftragt, die Studenten rauszuklagen unter dem Vorwand, sie benötigten das Haus für Sozialhilfeempfänger.

Am 26.8. taucht der Gerichtsvollzieher mit Polizeibegleitung auf. 300 Menschen haben sich vor dem Haus zu einer Kundgebung versammelt. Am Mittag sind es 400. Die Polizei zieht ab. Gegen 17 Uhr ist die Polizei, aus den fünf umliegenden Städten zusammengezogen, wieder da. Es sind nur 200 Menschen vor dem Haus, gegen die sie "Recht und Gesetz" zum Durchbruch verhelfen. Die Polizei schlägt voll drauf, es gibt Verletzte. Die Verteidiger werden abgedrängt, ein Teil formiert sich zu einem Demonstrationszug. Schließlich ziehen 400 in die Innenstadt, um gegen die Räumung zu protestieren. Am anderen Tag rufen die Initiative, der Allgemeine Studentenausschuß und die Ortsgruppe des KBW zu einer Kundgebung gegen den Stadtrat auf. Über 650 Menschen reihen sich in den Zug ein.



Göttingen: Mit 2 Hundertschaften Polizei wurde das Haus geräumt

Klage gegen Keidel

Nach dem Polizeiüberfall auf die Freiau in Freiburg hat die Mutter einer der betroffenen Bewohnerinnen der Kommunistischen Volkszeitung die Durchschrift eines Briefes zugesandt, den sie an den verantwortlichen Oberbürgermeister Keidel geschrieben hat. Frau Berlingen hat uns gebeten, diesen Brief zu veröffentlichen.

Maria Berlingen
43 Essen
Weiglestr. 19

Essen, den 24.8.75

Oberbürgermeister Keidel
Freiburg i. Br.
Rathaus

Betrifft die Polizeiaktion am 13. August gegen die Bewohner der Freiau

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Meine Tochter Margot Berlingen, bis zum 13. August wohnhaft in der Freiau 69 gewesen, wurde von dem Polizeiüberfall auf die Freiau am 13. August schwer betroffen.

Als Oberbürgermeister sind Sie für die Polizeiaktion verantwortlich, deswegen wende ich mich an Sie persönlich.

Meiner Tochter Margot wurde bei dieser Aktion ihre gesamte persönliche Habe einschließlich ihrer Studienbücher zerstört. Der ihr zugefügte Schaden beläuft sich auf 4 000 (viertausend) DM.

Vor 13 Jahren verlor ich meinen Mann durch frühzeitigen Tod infolge einer Kriegsverletzung. So mußte ich allein meine 5 Kinder ernähren und groß ziehen. Dies mit einer kleinen Rente und durch eigene körperliche Arbeit. So auch heute noch.

Es trifft mich daher umso härter, daß das Eigentum meiner Tochter durch den von Ihnen angeordneten Polizeieinsatz rabiat zerstört wurde.

Hinzu kommt, daß meine Tochter bei diesem Einsatz von Polizisten geschlagen wurde – hierfür gibt es Zeugen.

Meine Tochter braucht – wie jeder Mensch – gewisse Dinge zum täglichen Leben und auch ihre Studienbücher.

Ich selbst sehe mich nicht in der Lage, für dies noch einmal aufzukommen.

Da Sie für den Polizeieinsatz verantwortlich sind, fordere ich Sie auf, das zerstörte Eigentum meiner Tochter im Wert von 4 000 DM zu ersetzen. Dies werde ich auch gerichtlich einfordern.

Außerdem fordere ich in aller Öffentlichkeit Ihren sowie den Rücktritt aller verantwortlichen Stadträte sowie den Rücktritt des Polizeipräsidenten Müller. Denn sie und die übrigen Herren vertreten keineswegs die Interessen des Volkes.

Hochachtungsvoll

Maria Berlingen



Die Verteidiger können dem Polizeiüberfall nicht standhalten

Erneut Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen in Mannheim

Mannheim. Am 1. September, dem Tag des Inkrafttretens der Fahrpreis- und Stromerhöhung in Mannheim, fanden erneut Aktionen in der Fußgängerzone statt.

Über 100 Menschen beteiligten sich an einer spontanen Demonstration und 300 an der Abschlußkundgebung mit Blockade der Schienen. Erst als nach Geschäftsschluß die Innenstadt leerer geworden war, konnte die Polizei einen Knüppeleinsatz und mehrere Verhaftungen durchführen. Am nächsten Tag konnten die Aktionen mit einer gewachsenen Zahl aktiver Teilnehmer fortgesetzt werden. Obwohl mit massivem militärischem Apparat angetreten, vermied die Polizei den Einsatz.

Auf die eine Steuer noch eine andere drauf

Eben war der Kassierer für die Stromrechnung bei mir. Er machte mich auf einen Trick aufmerksam, mit dem der Staat noch mehr Geld aus uns rausquetscht. Da gibt es seit Januar dieses Jahres den sogenannten "Kohlepfennig". Das ist eine Steuer von 3,24 % auf den Rechnungsbetrag. Damit steckt der Staat den Kohlekapitalisten Geld in den Rachen, damit sie die Kohleproduktion wieder ausbauen können, nachdem das Öl teurer geworden ist.

Aber mit dieser Zusatzsteuer, so erklärte mir der Kassierer, gibt sich der Staat nicht zufrieden. Er schlägt nämlich auf diesen "Kohlepfennig" noch mal 11 % Mehrwertsteuer drauf. Was soll man dazu sagen? Denen ist wirklich kein Trick zu schäbig, um uns das Geld aus der Tasche zu ziehen! – (w., Koblenz)

Privatlehrer: Kein Weg für die Besitzlosen

Gegenüber dem Staat muß die Forderung nach dem Recht auf Ausbildung erhoben werden

In Hannover treibt ein katastrophaler Unterrichtsausfall von durchschnittlich 25 Prozent den Protest der Eltern, Schüler und Lehrer hervor. An einigen hannoverschen Gymnasien streben die Eltern der Oberschüler an, den Lehrermangel mit privat finanzierten Lehrern auszugleichen.

Am Mittwoch letzter Woche erschien in den beiden hannoverschen Lokalzeitungen eine Anzeige von Eltern der Käthe-Kollwitz-Schule (Mädchengymnasium) mit der Überschrift: *"Eltern suchen Lehrer. Unterrichtsausfall beeinträchtigt das Recht unserer Kinder auf Bildung".* Am Samstag erklärten Eltern der Schiller-Schule in einer Anzeige: *"Beunruhigte Eltern suchen dringend einen befähigten Gymnasiallehrer für den Deutschunterricht".* Und auch am Kaiser-Wilhelm-Gymnasium wollen sich Eltern einen Privatlehrer engagieren.

Wer das Geld dazu hat, sich Privatlehrer zu halten, braucht nicht lange auf Bewerbungen zu warten. 500 nichteingestellte Referendare gibt es bereits in Niedersachsen, und nächstes Jahr will die Landesregierung zwei- bis dreitausend Lehramtsbewerber nicht einstellen, weil kein Geld da sei. So wundert die Erfolgsmeldung der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" nicht: *"Auf die in beiden hannoverschen Tageszeitungen erschienene Stellenanzeige meldeten sich spontan 20 Pädagogen".*

Der Bankrott der bürgerlichen Bildungspolitik ist in Hannover offensichtlich. Keiner kann ihn mehr leugnen. Seit Schuljahresbeginn in der ersten August-Woche sind die Zeitungen voll von Protesterklärungen und Leserbriefen von Elternvertretern, Lehrern, Referendaren und Schülern und von Enthüllungen über den katastrophalen Unterrichtsausfall.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" dazu: *"Jenseits aller Polemik, soviel steht fest: Jeder fünfte Lehrer fehlt in dieser Stadt, jede vierte Unterrichtsstunde fällt aus."* Die Politiker der bürgerlichen Parteien stehen in dieser Situation mit dem Rücken zur Wand. Sich zu verteidigen wagen sie erst gar nicht. Die Regierungsparteien SPD und FDP vertrösten auf "mehrere Papiere im Kultusministerium" zu diesem Problem, der stellvertretende Vorsitzende der FDP–Landtagsfraktion, Hirche, schlägt gar höhere Schülerzahlen in den Klassen vor: Die seien weniger schlimm als der jetzige Stundenausfall!

Die CDU fordert einen Untersuchungsausschuß des Landtags, der die "Planung und Durchführung des Unterrichts überprüfen soll", mit dem Ziel, alle Klassen bis zur Obergrenze mit Schülern zu belegen und den Unterrichtsausfall auf alle gleichmäßig zu verteilen. Das ist alles, was diese traurigen Ritter für "Chancengleichheit" noch anzubieten haben: Die Schulen müssen fest im Griff des bürgerlichen Staates sein, und sie müssen knapp gehalten, der Mangel muß "gerecht verteilt" werden.

Die verbreitetste Forderung der Eltern ist demgegenüber, daß die Lehrer, die für den Unterricht ihrer Kinder fehlen, eingestellt werden. An der Integrierten Gesamtschule Garbsen z.B. haben sich die Eltern einer Klasse schon vor den Sommerferien mit einer Erklärung an die Presse gewandt und auf die drohende Situation hingewiesen. Jetzt planen sie, ihrer Forderung nach Einstellung der benötigten Lehrer mittels öffentlichem Protest durch Informationsstände und Flugblätter Nachdruck zu verleihen.

Dieser Weg des Kampfes und des Zusammenschlusses für die benötigten Lehrer gegen die Schulbehörden ist der unausweichliche Weg für die besitzlosen Klassen, um das Recht auf eine ausreichende Ausbildung für ihre Jugend gegen die Verrottungspolitik des bürgerlichen Staates zu erkämpfen.

Ist die Einstellung von Privatlehrern dabei ein gangbarer Weg?

An der Käthe-Kollwitz-Schule, die den Vorreiter dabei machte, fällt für die Schülerinnen der Mittelstufe (Klassen 7 bis 10) 31 Prozent des Unterrichts aus. Die Schülerinnen sollen z.T. ein Jahr lang keinen Deutsch-, Mathematik-, Physik-, Biologie- und Chemieunterricht haben.

Angesichts dieses empörenden Zustands berief der Elternrat der Schule vorletzte Woche eine Elternversammlung für die 7. und 9. Klassen ein. Um die 400 Eltern waren gekommen. Sie forderten in einer Resolution, daß alle verfügbaren Gymnasiallehrer und alle Lehramtskandidaten eingestellt werden, daß alle qualifizierten Hochschulabsolventen in den Studienseminaren ausgebildet werden sollen.

Der Schulelternrat, in dem leitende Angestellte und Akademiker das Sagen haben, hielt gar einen Schulstreik für möglich. Aber den Ausweg, der den Möglichkeiten ihres Geldbeutels entsprechend am nächsten lag, nämlich Anstellung von Privatlehrern, den schlugen sie der Versammlung zur Verabschiedung vor – einerseits als "demonstrativen Akt", andererseits als "Soforthilfe". 10 Mark im Monat soll das die Eltern kosten, "kinderreiche Familien" sollen einen Zuschuß vom Eltern-Verein bekommen.

Die Stimmen für einen Schulstreik wurden vom Schulelternrat abgewertet, es wurde gedrungen auf schnelle Abstimmung. Rund zwei Drittel der Anwesenden stimmten für die Privatlehrer. Ein Weg wurde beschritten, der bei 10 DM im Monat anfängt und leicht bei 100 Mark enden kann, der sich für Reiche anbietet. Für die Lohnabhängigen und Besitzlosen ist das kein gangbarer Weg, wenn auch viele von ihnen jetzt keinen anderen Ausweg sehen.

Kultusminister Mahrenhols beeilte sich darauf in der vergangenen Woche festzustellen, daß der Unterricht der Privatlehrer wie ein normaler Nachhilfeunterricht gewertet wird. Die Privatlehrer gehörten daher auch nicht zum Lehrerkollegium und dürften auch nicht an Konferenzen teilnehmen, d.h. zum Beispiel auch keine Zensuren erteilen. Seine bürokratische Kontrolle und Aufsicht über die Schule will sich der Staat keineswegs nehmen lassen; Kultusminister Mahrenhols hat jedenfalls "keine rechtlichen Bedenken", wenn der Unterricht von Privatlehrern als "Nachhilfeunterricht" gewertet wird.

Die bürgerliche Klasse weiß sehr wohl, daß sie mit der Möglichkeit einer Einstellung von Privatlehrern die Empörung des Volkes nicht los wird, denn für die große Mehrheit sind Privatlehrer unerschwinglich. Oberbürgermeister Schmalstieg von Hannover meint daher auch, daß Privatlehrer "keine Lösung des Problems" brächten.

Was sich die bürgerliche Klasse allerdings so leicht und elegant vom Halse zu schaffen hofft, ist die Empörung ihrer nachgeordneten Funktionäre und Handlanger gegen die staatlich verwaltete Verrottung der Schulen. Für diese "bessere Gesellschaft" sind Privatlehrer eine billige Ware, die sie für ihre Kinder benötigt, weshalb sich der Gedanke an Kampf gegen den staatlichen Schulträger und dafür, daß das Recht auf Ausbildung geltend gemacht wird, nur schwer aufdrängt.

Anders dagegen sieht es für die besitzlosen Klassen aus, für die sich immer deutlicher abzeichnet, daß in den Händen des Staates das Recht auf Ausbildung der Jugend nicht gewährleistet ist. Nicht die Einstellung von Privatlehrern, sondern nur die Forderung nach der kostenlosen Einheitsschule unter Kontrolle des Volkes ist für die besitzlosen Klassen ein gangbarer Weg im Kampf um das Recht auf Ausbildung für ihre Jugend. – (M., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Hannover)

Zunahme der Sonderschüler

Stuttgart. In Baden-Württemberg nahm die Zahl der Schüler an Sonderschulen für lernbehinderte Kinder und Jugendliche von 1965 bis 1973 von 18 662 auf 47 672 zu. Allein von 1972 auf 1973 stieg die Zahl der Sonderschüler von 44 831 auf 47 672. Weil die Lage im Volksschulwesen immer schlechter wird und von zunehmendem Lehrermangel geprägt ist, hilft sich der Staat so, daß er immer mehr Arbeiterkinder in die Sonderschulen abschiebt.

Für die Berufsschüler ein Drittel

Daß dem Staat das Recht auf Ausbildung Verschiedenes wert ist, zeigen die folgenden Zahlen. Für einen Gymnasiasten gibt der Staat 2 170 Mark im Jahr aus, für einen Realschüler 1 540 Mark, für einen Volksschüler 1 190 Mark, für einen Berufsschüler 740 Mark.

GEW soll Maßnahmen einleiten

Freiburg. Die am 28.8. in der Universität Freiburg versammelten Referendaranwärter und Lehramtskandidaten beschlossen einstimmig eine Resolution, in der sie die GEW auffordern, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit der Lehrer einzuleiten. In der Resolution wird gefordert, daß die GEW einen Arbeitskreis "Arbeitslose Lehrer" einrichten solle, der die Lage der arbeitslosen Lehrer untersuchen und Maßnahmen dagegen in die Wege leiten soll. Die GEW wird weiterhin aufgefordert, allen Lehrerstudenten nach Ablegung des ersten Examens die Rechte eines Vollmitglieds zu gewähren.

Resolution des ersten Semesters des Studienseminars 12

Hanau. Einstimmig verabschiedeten die 42 Referendare des 1. Semesters des Studienseminars 12 eine Resolution, in der sie sich gegen die Nichteinstellung von mehr als 1 000 Referendarbewerbern und Lehrern in Hessen wenden. Die Referendare wenden sich insbesondere auch gegen die Nichtvereidigung von fünf Kollegen zu Beginn der zweiten Ausbildungsphase in Hanau. Sie fordern die Einstellung aller Referendaranwärter und Lehrer, freie politische Betätigung und Schluß mit den politischen Entlassungen, sowie die Anerkennung arbeitsloser Lehrer als Arbeitslose.

Schulstreik unterstützt – Entlassen

Entlassungsgrund: Der Lehrer habe die Eltern moralisch unterstützt

Offenburg. In der letzten Ausgabe der KVZ haben wir über den Schulkampf in Offenburg berichtet. Dort streikten Eltern und Schüler einer 6. Klasse Hauptschule drei Tage lang gegen die Verlegung der 6. Klasse an eine andere Schule. 11 Lehrer haben damals in einem Leserbrief die Forderungen und den Streik der Eltern ebenso öffentlich unterstützt wie die Eltern einer 7. Klasse der Sonderschule.

Das Oberschulamt Freiburg war gezwungen, mit einer Erklärung in die öffentliche Auseinandersetzung einzugreifen. Kurz darauf ist es noch einen Schritt weitergegangen.

Wie sich die Schulbehörde die Lösung der Schulprobleme vorstellt, erfuhr einer der elf Lehrer, der den Leserbrief mitunterzeichnet hatte, einige Tage später: Das Oberschulamt ordnete die sofortige Entlassung des Lehrers Jörg Lippmann an. Das *"überwiegende öffentliche Interesse"* am sofortigen Rausschmiß sei durch folgendes Verhalten gegeben, ließ das Oberschulamt wissen:

"In Kenntnis der Unzulässigkeit eines Schulstreiks hat er mit dem von ihm mitunterzeichneten Leserbrief die Mißachtung bestehender Gesetze durch die Eltern moralisch unterstützt. Dieses Verhalten stört den Schulfrieden in Offenburg erheblich."

Vorgeworfen wird ihm weiter, er habe über den noch unveröffentlichten Leserbrief mit anderen Kollegen im Lehrerzimmer diskutiert.

Als drittes wirft ihm das Oberschulamt vor, er habe auch im Unterricht eine Plakette gegen den § 218 – für Volksentscheid getragen und damit *"in nicht vertretbarer Weise entgegen den ... Beamtenpflichten die Auseinandersetzung um den § 218 StGB in die Schule getragen".*

Abschließend schreibt das Oberschulamt: "... *denn wer sich in der Öffentlichkeit gegen die Verbindlichkeit bestehender verfassungskonformer Gesetze wendet, ist als Lehrer nicht tragbar."*

Nicht tragbar vielleicht für den bürgerlichen Staat. Die Eltern und Schüler aber, deren Forderungen der Lehrer Lippmann mit der Unterzeichnung des Leserbriefs unterstützt hat, werden anderer Ansicht sein. – (j, Kommunistische Gruppe Offenburg)

Geschäft mit dem Schulbeginn

Hannover. Es war große Freude, denn mein Sohn sollte eingeschult werden. Mir wurde eine Liste zugeschickt, wo draufstand, was er alles für die Schule braucht:

Lesebuch, Mathematikbuch ..., Schreibheft (Pelikan), Malheft (Pelikan), Buntstifte (Pelikan), Klebe (Pelikan). Langsam wurde ich mißtrauisch! Denn beim Preisvergleich im Laden stellte sich heraus, daß z.B. Buntstifte und Malhefte von Pelikan viel teurer sind als die von anderen Firmen.

Zwei Tage später braucht mein Sohn Knete. Ich ins Geschäft, um Knete zu kaufen. Die Ladenbesitzerin von einem kleinen Laden zeigte mir die Knete und sagte: "Ich habe bisher immer billige Knete in Plastiktüten zu 2 DM bezogen, aber seit einiger Zeit gibt es die nicht mehr, jetzt gibt es die gleiche Menge sauber verpackt und geordnet für den doppelten Preis." Die Knete stellte Pelikan her.

Jugendzentrum Waiblingen:

Weiterbeschäftigung durchgesetzt

Waiblingen. Am Donnerstag, dem 28. August, demonstrierten etwa 100 bis 150 Jugendliche für die Weiterbeschäftigung des Sozialarbeiters im Jugendzentrum, über die an diesem Tag auf einer nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung entschieden werden sollte. Auf einer Sitzung des Verwaltungsausschusses am 21. August war offensichtlich beschlossen worden, den Vertrag des Sozialarbeiters nicht weiter zu verlängern. Daraufhin organisierten die Jugendlichen die Demonstration. Einen Erfolg konnten sie mit dieser Demonstration insofern erzielen, als der Sozialarbeiter jetzt einen unbefristeten Arbeitsvertrag erhält. Beendet sind damit aber noch nicht die Auseinandersetzungen mit der Stadtverwaltung, die die Selbstverwaltung des Jugendzentrums durch die Jugendlichen nicht zulassen will.



Offener Brief

Karlsruhe. Im Kurs 56 am Studienseminar Karlsruhe wurde am 21.8., einen Tag nach der Vereidigung der neuen Referendare dieses Kurses, eine Erklärung verabschiedet, in der sich 66 Kollegen gegen die Einstellungs- und Überprüfungspraxis der staatlichen Behörden wenden und sich für die sofortige Einstellung von zwei Referendarinnen ihres Kurses aussprechen. Die beiden Referendarinnen waren am Vereidigungstermin im Studienseminar erschienen, obwohl das Oberschulamt Karlsruhe sie wohlweislich nicht aufgefordert hatte. Es stellte sich heraus, daß sie nicht vereidigt werden konnten, weil ihre Unterlagen auf Grund der Überprüfung nach dem Schieß-Erlaß noch nicht vollständig waren. Die Referendare des Kurses 56 haben die beiden Kolleginnen auch als Referendarsprecherinnen gewählt.

Streichung der Erziehungsbeihilfe

Frankfurt/M. Der "Abbau sozialer Leistungen", den die Bundesregierung im Rahmen ihres Krisenprogramms dem Volk als unumgänglich verkaufen will, hat schon lange angefangen. Ein Beispiel: Am 24.6. beschloß der hessische Landtag eine Neufassung der "Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Unterrichtsgeld und Lernmittelfreiheit". – Hinter dieser hochtrabenden Formulierung verbirgt sich die einfache Tatsache, daß nun – nach der Kürzung der Lernmittelfreiheit im letzten Schuljahr – es keine Erziehungsbeihilfe für Schüler der Klassen 1 bis 9 mehr geben soll, und zwar gleich rückwirkend ab 1.8.1974. Für die Schüler der Klassen 10 bis 13 wird die Erziehungsbeihilfe für das vergangene Schuljahr erst ab September 1975 ausgezahlt, für das laufende Schuljahr gibt es noch nicht einmal Formulare. – (g, Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Frankfurt/M.)

Soldaten gegen den Paragraf 218

Rheinbach/Bonn. Beim Fernmeldebataillon 910 unterstützten 30 Soldaten bei knapp 60 anwesenden in einer Kompanie die Unterschriftensammlung gegen den § 218 durch ihre Unterschrift.

Köln-Longerich. In der Lüttich-Kaserne unterschrieben in einer Kompanie des leichten Pionierbataillons 15 von etwa 50 Soldaten, die angesprochen wurden, mehr als 35 Soldaten.

Köln. Die Initiativgruppe für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Köln schließt sich der Stellungnahme des Soldaten- und Reservistenkomitees Wiesbaden in der KVZ Nr. 33 an und ruft zur Teilnahme an der Demonstration am 21.9. in Bonn in Uniform auf.

Speyer. Von rund 400 Soldaten des Amphibischen Pionier-Bataillons 330 in Speyer haben bisher 70 ihre Unterschrift gegen den § 218 gegeben. Alle finden die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 richtig. – (Initiative zum Aufbau eines Soldaten- und Reservistenkomitees Speyer)

Lingen/Ems. In der Mannschaftskantine der Scharnhorst-Kaserne unterschrieben von 47 anwesenden Soldaten 42 die Forderungen der Komitees. Die neugebildete Initiative gegen den § 218 führte am Wochenende einen Informationsstand in der Innenstadt durch und sammelte über 40 Unterschriften.

Kassel (Wittich-Kaserne). In der Panzerjägerkompanie 40 gaben in wenigen Tagen von 120 Rekruten etwa 60 Kameraden ihre Unterschrift gegen den § 218.

Schlappe für den Staatsanwalt

Karlsruhe/Bergzabern. Weil er für ein Flugblatt der Bergzaberner Soldatengruppe presserechtlich verantwortlich gezeichnet hatte, klagte die Staatsanwaltschaft den Soldaten M. Anselmust wegen Beleidigung des Staates an und forderte in der Anklage eine Strafe von 4 000 DM oder 100 Tage Haft. Als Beleidigung wertete die Staatsanwaltschaft folgende Passage in dem Flugblatt: "... die Rolle der Polizei und des Bundesgrenzschutzes..., die in letzter Zeit viel systematischer auf die Unterdrückung des Volkes ausgerichtet werden. Bei der Polizei werden Mobile Einsatzkommandos geschaffen, die aus besonders bewährten Killern bestehen ..."

Aber der "Schauprozeß gegen einen Staatsfeind", den die Staatsanwaltschaft offenbar durchziehen wollte, lief nicht: Sofort nach Beginn stellte das Gericht das Verfahren ein. Die anwesende Staatsanwältin mußte dem zustimmen und räumte ein, daß der Prozeß wohl auf Freispruch hinauslaufen würde.

Bereits aus formalen Gründen hätte ein Freispruch herauskommen müssen, denn der Vorgang liegt über sechs Monate zurück. Sechs Monate ist die Verjährungsfrist in solchen Fälle.

Die geplante Einschüchterung lief aber auch in anderer Hinsicht nicht: Der Angeklagte, der zur Zeit selber Soldat ist, erschien in Uniform vor dem Gericht und demonstrierte seine Unbeugsamkeit.

Vereidigung: Feldjäger und Polizei gegen Flugblattverteiler

Bruchsal. Am Donnerstagabend, dem 21.8.1975, fand im Bruchsaler Schloßhof die Vereidigung von 608 Rekruten statt.

Zu diesem Ereignis verteilte die Sympathisantengruppe des KBW Bruchsal Flugblätter.

Sofort stürzten sich Feldjäger und Polizei auf die Verteiler, entrissen ihnen die Flugblätter, faßten sie einzeln mit Würgegriff und Polizeigriff und führten sie ins Polizeipräsidium. Dort wurde der Grund mitgeteilt: Das sei nach § 18 der Straßenverkehrsordnung verboten!

Mit einem Informationsstand, auf dem auch Bilder das Vorgehen der Bundeswehr und der Polizei zeigen, wurde die Bruchsaler Bevölkerung später informiert.

"Zweierlei Maß" (KVZ Nr. 32)

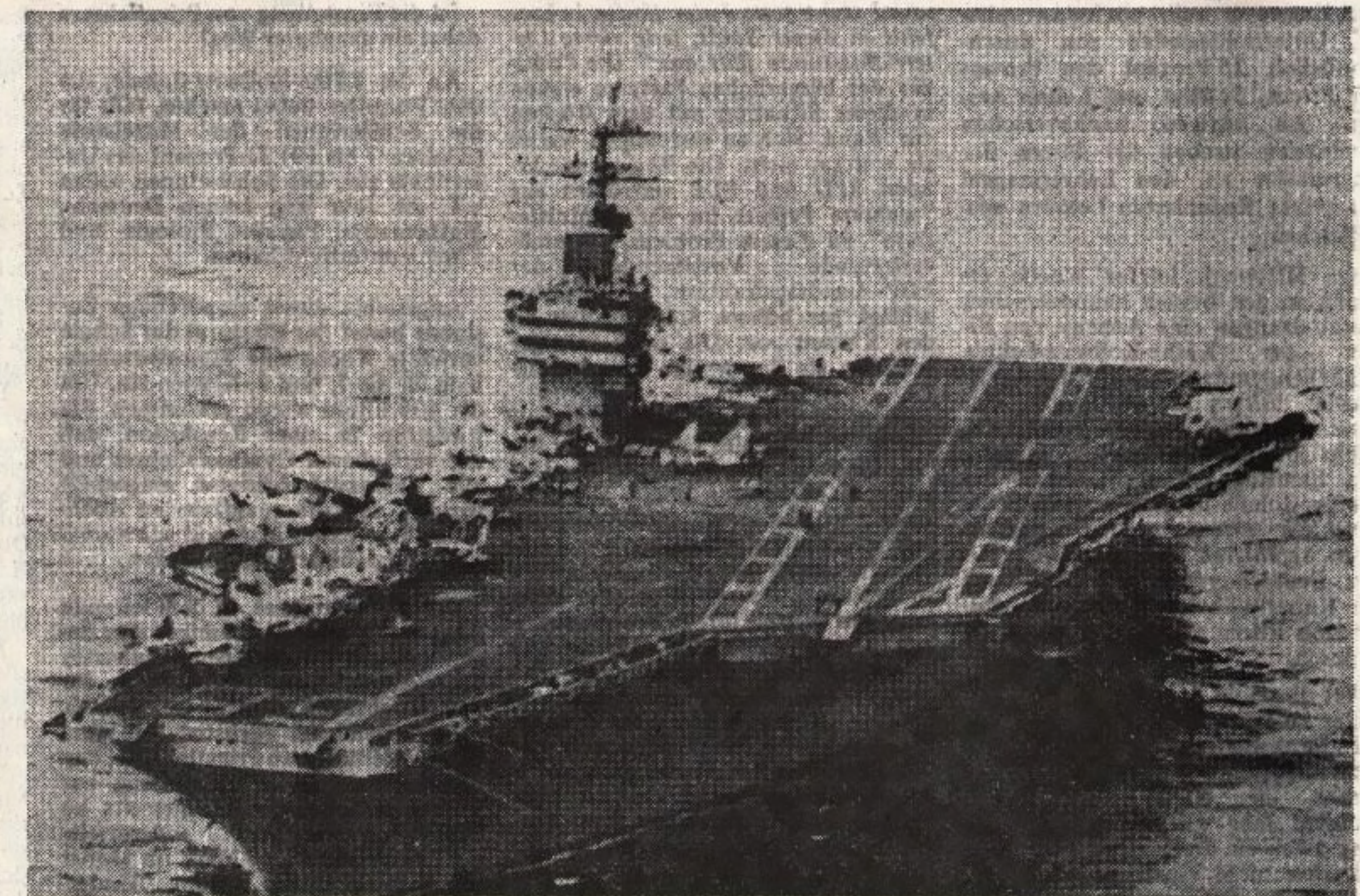
Die Unterzeile des Artikels könnte den Eindruck vermitteln, der Chef der Ausbildungskompanie 2/11 in Delmenhorst-Adelheide hätte während eines Unteroffiziersfestes den PKW eigenhändig auf die Eisenbahnschienen gestellt. Das ist nicht bekannt.

Eine Aktion gegen den Besuch des US-Flugzeugträgers „Nimitz" in Wilhelmshaven

Wilhelmshaven. Wieder einmal nahm die Militärfrage in Wilhelmshaven breiten Raum ein, in einer Stadt, in der 38 Prozent der Bevölkerung unmittelbar von der Marine abhängig sind. Anlaß war der Besuch des größten Kriegsschiffes der Welt, der "Nimitz".

Der Flugzeugträger ist nach achtjähriger Bauzeit bei einem Kostenaufwand von 1,5 Milliarden dieses Jahr in Dienst gestellt worden. Mit zwei Kernreaktoren (280 000 PS) fährt das Schiff 35 Knoten, fast so schnell wie ein Schnellboot. 6 200 Mann werden benötigt, um das Schiff in Bewegung zu halten, davon 2 800 Mann flugtechnisches Personal für die 100 Flugzeuge, darunter Jagdbomber, Allwetterbomber, Tank-, Aufklärungs- und Radarfrühwarnflugzeuge.

Das Soldaten- und Reservistenkomitee hat zu diesem Ereignis breite Aktivitäten entfaltet. Wir haben eine Veranstaltung durchgeführt unter dem Thema "Gibt es gerechte und ungerechte Kriege?" Wir zeigten einen Film über den antifaschistischen Widerstand 1943–48 in Italien. Anschließend fand eine Diskussion über die Militärfrage und über die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung statt. Es waren 30 Kollegen auf der Veranstaltung anwesend. Es war die erste Veranstaltung des Soldaten- und Reservistenkomitees und kann als voller Erfolg gewertet werden.



US-Flugzeugträger "Nimitz": eine vorgeschobene und bewegliche Militärbasis, Symbol der imperialistischen Politik der USA

Am Sonnabend wurde ein Stand im Stadtzentrum errichtet und ein Flugblatt zur "Nimitz" verteilt. Fast jeder blieb vor dem Stand stehen. In dem Flugblatt, das in deutscher und englischer Sprache verteilt wurde, wird gezeigt, warum die USA solche Flugzeugträger wie die "Nimitz" brauchen:

"Bei dem langjährigen Krieg des vietnamesischen Volkes gegen die US-Imperialisten hat es sich noch einmal deutlich bewiesen, wofür Flugzeugträger gebaut und eingesetzt werden. Damals wurden gerade von Flugzeugträgern im Golf von Tonking Bombenflüge gegen Süd- und Nordvietnam geflogen, um, wie die US-Imperialisten prahlten, das Volk von Vietnam "in die Steinzeit zurückzubomben". Aber nicht nur dort, überall wo es gilt, den Befreiungskampf der Völker der Welt zu unterdrücken, zu zerschlagen oder den Völkern zu drohen, tauchen vor den Küsten dieser Länder die Flugzeugträger der USA auf. Ein solcher Flugzeugträger symbolisiert die Herrschaft über die Weltmeere, die Unterdrückung des Befreiungskampfes der Völker der Welt. Um diese imperialistische Politik zu betreiben, nicht aber, um ihr Land zu schützen, brauchen sie die "Nimitz". Deshalb sind diese Flugzeugträger bei den Völkern der Welt tief verhaßt. Denn Flugzeugträger sind vorgeschobene und bewegliche Basen, mit denen man alle Enden der Welt innerhalb weniger Tage erreichen kann."

Während des ganzen Vormittages entbrannten heftige Debatten. Es bildeten sich Diskussionstrauben mit bis zu 50 Menschen.

Am Sonntag wurden Agitationstrupps gebildet, die an verschiedenen Punkten in der Nähe des Marinestützpunktes die Flugblattaktion weiterführten. Es gelang jedoch nicht, dieselben heftigen Debatten wie im Stadtzentrum zu entfalten.

Die Aktionen des Soldaten- und Reservistenkomitees zum Besuch der "Nimitz" waren erfolgreich für die weitere Entfaltung des antimilitaristischen Kampfes in Wilhelmshaven, in einer Stadt, die vom Militarismus beherrscht wird – (Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee in Wilhelmshaven)

„Den Konjunkturaufschwung schafft nur ein neuer Krieg"

Hannover. Ich arbeite zur Zeit in einer kleinen Lackfabrik bei Hannover. Als ich im Betrieb bei den Kollegen herumging und Unterschriften für einen Volksentscheid gegen den § 218 sammelte, traf ich auch auf den Betriebsleiter, leitender Angestellter und aktiver CDU-ler. Als ich auch ihn aufforderte, für die Abschaffung des Paragrafen zu unterschreiben, erklärte er, daß – abgesehen von dem drohenden Verfall von Sitte und Anstand – er überzeugter Christ sei und daher gegen jede Bedrohung oder Tötung "menschlichen Lebens" sei.

Von den Kollegen konnte er für diese Meinung allerdings keinen gewinnen, denn außer ihm haben alle 12 Beschäftigten sofort unterschrieben!

Einige Tage später sprachen wir über die Verschlechterung der Lebensumstände in unserem Land, über den Reichtum und die Überproduktion auf der einen Seite und z. B. die wachsende Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite.

Ich bin dafür eingetreten, daß nur im Sozialismus dieses Problem gelöst werden könnte, wenn nämlich die Arbeiter ihren Staat errichten und die Produktion selbst nach den Bedürfnissen des Volkes regeln.

Auf meine Frage, was denn nun der Herr Betriebsleiter Struckmeyer vorschlage, wie man diese Probleme lösen könnte, erwiderte er schlicht: *"Nun, es ist wie Sie sagen, die Märkte sind mit Angeboten überfüllt. Absatz- und Konjunkturaufschwung schafft uns im Grunde nur ein neuer Krieg – am besten, in Afrika oder sonstwo hauen sich die Leute ihre Köpfe gegenseitig ein, daran können wir gut verdienen."*

Der Krieg als Mittel, um die ins Stocken geratene Profitproduktion der Kapitalisten wieder in Gang zu bringen – Tausende tote Arbeiter und Zerstörung von Gütern sind halt notwendig, um Platz zu schaffen für die neuen Waren, die man bisher nicht hatte loswerden können! Hier hat ein Vertreter der herrschenden Klasse in der BRD ein offenes Wort zu den Arbeitern gesagt und die Kollegen, die das mitbekommen hatten, waren auch empört und meinten, das wäre ja wohl wirklich das Letzte gewesen, was der Herr Betriebsleiter da vertreten hätte. – (g.)

2 Vertrauensmänner abgesetzt

Wählbarkeit nach dem neuen Gesetz aberkannt / Strafe für Teilnahme an 1. Mai-Demonstration

Walldürn. Am 18.8. wurden der Vertrauensmann und der zweite Stellvertreter in der 4. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 362 als Vertrauensmänner abgesetzt. Begründet wurde dies nach dem neuen Vertrauensmännergesetz vom 13.3.1975, daß beide mehr als drei Tage Disziplinararrest verhängt bekamen und damit ihre Wählbarkeit verloren hätten.

Beide Vertrauensleute hatten am 1. Mai in Uniform unter den Forderungen "Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr", "Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit" an der Demonstration teilgenommen. Sie wurden daraufhin mit 14 Tagen bzw. 8 Tagen Bau bestraft.

Wegen dieser gerechten Sache wurden sie abgesetzt.

Im April waren sie unter folgenden Forderungen gewählt worden:

– Voller Dienstausgleich für Wach- und Bereitschaftsdienste am Wochenende
– Weg mit den Wucherpreisen in der Kantine
– Sofortige Öffnung des Leseraums
– Auswahl der Zeitungen durch die Mannschaften
– Schriftliches Abmelden abends
– Neuwahl des Vertrauensmannes spätestens einen Monat vor der Entlassung des alten Vertrauensmannes (der letzte Vertrauensmann wurde entlassen und eineinhalb Monate hatte die Kompanie keinen Vertrauensmann).

Beide Vertrauensmänner setzten sich voll für die Interessen der Mannschaften ein, berichteten ständig über ihre Arbeit und in Diskussionen wurden die nächsten Schritte ihrer Arbeit festgelegt.

Die alten Vertrauensmänner konnten zum Beispiel vollen Dienstausgleich für Zusatzbereitschaft durchsetzen. Das allerdings wurde in der Praxis mit der Begründung, "dienstliche Gründe" würden dem entgegenstehen, nur verstümmelt durchgeführt. Ebenso wurde durchgesetzt, daß der Leseraum geöffnet wird und die Zeitungen durch die Mannschaften ausgewählt werden (die Auswahl wurde schon durchgeführt durch Unterschriftenlisten für bestimmte Zeitungen). Auch in diesem Punkt schränkte die Kompanie- und Bataillonsführung die Sache ein: Der Leseraum müsse erst renoviert werden und die Auswahl der Zeitungen müsse koordiniert werden mit dem gesamten Bataillon, und in anderen Kompanien sei die Sache noch nicht angegangen worden.

An diesen Beispielen zeigt sich auf alle Fälle, daß das neue Vertrauensmännergesetz eine Verschärfung für die Mannschaften bedeutet, da hier doch Vertrauensmänner, die den Interessen der Mannschaften dienen, leichter gefeuert werden können.

Die Forderungen der alten Vertrauensmänner stehen weiterhin und auf ihrer Grundlage wird im Moment die Wahl der neuen Vertrauensmänner organisiert.

Die alten Vertrauensleute hatten bei ihrer Wahl unter diesen Forderungen 50 Stimmen gesammelt (zirka 50 Prozent) an einem einzigen Tag. Durch ihre Arbeit ist die Front im Kampf um diese Forderungen stärker geworden. **Jedem ist klar, daß man** Vertrauensleute wählen muß, die die Durchsetzung dieser Forderungen angehen. Dadurch wird die Absetzung der alten Vertrauensmänner zum Schlag ins Wasser.

Beide Vertrauensmänner von den Bataillonsmeisterschaften ausgeschlossen

Zum Schluß noch eine Episode am Rande, die für die Bundeswehr ziemlich bezeichnend ist: Beide sind sehr gute Langstreckenläufer. Der eine läuft auf 5 000 Meter eine Minute schneller als jeder andere. Jetzt stehen bei uns die Bataillonsmeisterschaften an und beide wurden hierzu nicht aufgestellt. Als andere Kameraden einen Vorgesetzten fragten, wieso sie nicht starten dürften, sagte er:

"Die beiden sind unkameradschaftlich!" Darauf meinten die anderen, daß fast jeder mit den beiden sehr gut auskäme und sie sehr kameradschaftlich seien. Überhaupt sei es wohl Sache der Mannschaften, zu beurteilen, ob jemand kameradschaftlich sei oder nicht. Hierauf erwiderte der Vorgesetzte: *"Das ist so befohlen, und damit basta!"*

Als ein anderer Kamerad den Vorgesetzten daraufhin ansprach, sagte dieser: *"Die gehören doch in die DDR, da sollen sie hingehen!"* Der Kamerad erwiderte darauf, daß er sehr viele Punkte, die die beiden vertreten, für richtig halte und unterstütze. Die Antwort des Vorgesetzten darauf war nur kurz: *"Dann gehen Sie doch auch rüber!"* – (xy, 4. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 362, Walldürn)

Vertrauensleutewahl behindert

Ahlen/Westfalen. Bei der Vertrauensleutewahl in der 5/451 in der Westfalen-Kaserne wurde von seiten der Kompanieführung mit allen möglichen Behinderungen gearbeitet, um es ja nicht zu einer Debatte über die aufzustellenden Forderungen in der Ausbildungskompanie kommen zu lassen. Ein Soldat berichtet: "Am Freitag, dem 1. August, wurde von Kompaniechef Hauptmann Rex innerhalb einer Viertelstunde der Kompanie dargestellt, daß sie einen Vertrauensmann sowohl in seinem Interesse als auch im Interesse der Mannschaften brauche. Obwohl Teile der Mannschaften seit etwa drei Wochen schon nach einem Vertrauensmann gedrängt hatten, war die Sache immer wieder abgeblockt worden mit der Begründung, so etwas sei in der Grundausbildung nicht möglich. Nun auf einmal sollte die Wahl durchgeführt werden, und zwar innerhalb einer Woche bis zum 8. August." Weiter wurden die beiden Soldaten, die am aktivsten die Forderungen der Soldaten in die Diskussion brachten, in den Bereitschaftszug gesteckt und die Wahl selbst mußte ohne Diskussion stattfinden, wozu eigens der Dienstplan geändert wurde. Der neue Vertrauensmann erhielt 51 Stimmen, der zweite 43 Stimmen, der dritte 28 Stimmen und der vierte 24 Stimmen, wobei letzterer alle Behinderungen des Kompaniechefs aktiv unterstützt hatte. Es nützte ihm nichts(K.)



Frankfurt. Demonstration der Spanier am letzten Samstag gegen die Todesurteile von Burgos. 500 Menschen nahmen an dem Protestmarsch, der zum Generalkonsulat führte, teil. Bereits am Donnerstag hatte eine Protestkundgebung stattgefunden.

2 Todesurteile von spanischem Kriegsgericht gefällt

Am Donnerstagabend hat das Kriegsgericht in Burgos unter Vorsitz von Oberst Jose Maria Uturbia das Todesurteil gegen die beiden baskischen Freiheitskämpfer Jose Antonio Garmendia, 23, und Angel Otaegui, 33, gefällt. Er hielt es nicht für nötig, die vier Zeugen der Verteidigung zu berücksichtigen, da die Beweise erbracht seien. Internationale Beobachter wurden trotz sogenannter Öffentlichkeit des Prozesses nicht zugelassen. Die Kaserne war hermetisch von Militär, schwerbewaffneter Polizei und Guardia Civil abgeriegelt.

Der Prozeß wurde am Donnerstag eröffnet. Nach fünf Stunden Verhandlung gab das Gericht am Freitag das Urteil bekannt. Wie besser hätte das faschistische Regime beweisen können, daß hinter seinen haltlosen Anschuldigungen, Garmendia sei an der Erschießung eines Polizisten beteiligt gewesen, und Otaegui habe ihn durch Hinweise über die Lebensgewohnheiten des Polizisten dabei unterstützt, das schlichte Interesse besteht, die Sache schnell hinter sich zu bringen?

Die vier vom Gericht bestellten Tatzeugen sagten alle übereinstimmend aus, daß Garmendia nicht dabeigewesen sei, als der Polizist erschossen wurde. Es bleibt also ein Fetzen Papier, was ein Geständnis Garmendias sein soll. Das Geständnis ist aber nicht unterschrieben. "Er machte seinen Fingerabdruck unter das Geständnis. Dabei mußte irgendjemand erst seinen Daumen zum Stempelkissen geführt haben und dann zum Papier. Garmendia konnte damals weder Arme noch Beine bewegen." So berichtete eine Krankenschwester im Zeugenstand. Doch der militärische Staatsanwalt sieht alles viel einfacher. Wörtlich meinte er: "Wenn Garmendia nicht gesund gewesen wäre, dann hätten ihn die zuständigen Behörden damals nicht verhört." Es ist bekannt, daß Garmendia bei seiner Verhaftung einen Kopfschuß aus 30 Zentimetern Entfernung erhielt.

Die Berufung ist von den Verteidigern vor dem Obersten Kriegsgericht in Madrid eingeleitet worden. Über ihren Ausgang besteht unter dem verschärften "Terrorismus-Gesetz" kein Zweifel, wonach Tötung von Mitgliedern der Armee, Polizei oder der Regierung mit dem Tode bestraft wird. Am Freitag, dem 12. September wird der Ministerrat Franco Begnadigung oder Vollstreckung des Urteils "empfehlen".

Gegen neun weitere angeklagte Antifaschisten ist vom Staatsanwalt die Todesstrafe gefordert worden. Die Prozesse werden in der nächsten Zeit beginnen. – (K./l.)

Streik im Baskenland

Aktionen gegen die Todesurteile

Im Baskenland haben am Donnerstag zahlreiche antifaschistische und revolutionäre Organisationen, Parteien und Gruppen, darunter die Coordinadora der Comisiones Obreras von Euskadi, die Movimiento Comunista de Espana (MCE), die Organizacion Revolucionaria de Trabajadores (ORT), zum Kampf gegen die Todesurteile aufgerufen. Ersten Presseberichten zufolge wurde der Aufruf breit befolgt. In den Industriestädten Bilbao und San Sebastian streikte die Mehrheit der Fabrikarbeiter. Geschäftsleute und Gaststättenbesitzer hielten ihre Geschäfte geschlossen.

300 politische Gefangene, davon allein 80 im Madrider Gefängnis Carabanchel, sind gegen die Todesurteile in den Hungerstreik getreten.

Die Streikkämpfe und Auseinandersetzungen im Baskenland und die Protestaktionen in anderen Städten Spaniens dauern an. Genaue Informationen dringen jedoch nicht durch, da das "Terrorismus-Gesetz" die Presse schärfer denn je knebelt. So durften die beim Prozeß in Burgos anwesenden Pressevertreter lediglich die Pressemeldung des Generalkapitanats der 6. Militärregion (Burgos) veröffentlichen. Über die Streikkämpfe heißt es, einige Arbeiter seien in Bilbao der Arbeit ferngeblieben. Zeitungen oder andere Medien, die über die Kämpfe des Volkes auch nur andeutungsweise berichten, werden beschlagnahmt und im Wiederholungsfall verboten. Die verantwortlichen Redakteure müssen fristlos entlassen werden.

Radio München berichtete in seiner Sendung für spanische Arbeiter in der BRD, daß in San Sebastian die Polizei auf Flugblattverteiler schoß und diese schwer verletzte. – (K.)

Demonstration in Frankfurt

Frankfurt. Am Donnerstag, dem 28. August, dem Beginn der Prozesse in Spanien gegen die zwei Antifaschisten Antonio Garmendia und Angel Otaegui, versammelten sich 200 spanische und deutsche Kollegen gegen Abend vor dem Spanischen Generalkonsulat und forderten die sofortige Einstellung der Militärprozesse. Eine Resolution wurde im Konsulat abgegeben. Ein Sprecher des Komitees gegen die Todesstrafe in Spanien kündigte für Samstag eine Demonstration an.

Gegen 11 Uhr sammelten sich am Samstag an der Konstabler Wache 500 zum großen Teil spanische Kollegen. Die Demonstration führte durch die Innenstadt. In kurzen Zwischenkundgebungen wurde über die Prozesse und die Repression der faschistischen Diktatur in Spanien berichtet. Der Demonstrationszug wuchs bis zum Generalkonsulat im Grüneburgweg weiter an. Schon einige Häuser vor dem Konsulat war über die Straße weg alles mit Eisengittern abgeriegelt. Hinter der Absperrung hatten sich schwerbewaffnete Polizisten mit Wasserwerfer postiert. Auf der Abschlußkundgebung sprachen ein spanischer und ein deutscher Kollege des Komitees. Sie gingen auf den Verlauf der Prozesse ein und berichteten über die Streikaktionen und erfolgreiche Durchführung von Demonstrationen in Spanien (siehe anderer Artikel). Sie forderten alle Teilnehmer der Demonstration auf, in den nächsten Tagen verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, mit Agitationsständen in die Stadt und vor die Betriebe zu gehen, damit die internationale Solidaritätsbewegung gefestigt und das Franco-Regime weiter isoliert wird. – (L., Frankfurt)

Stockholm: 500 Demonstranten vor der spanischen Botschaft, Protestnote des schwedischen Außenministers.

Berlin: Besetzung des Generalkonsulats und Protestnote des Komitees "Libertad para Espana"

Düsseldorf: Am Donnerstag, 28. August, Besetzung des Generalkonsulats. (Angeblich bat der Generalkonsul die Polizei, nicht einzugreifen.)

Essen: Demonstration am Samstag.

DGB: Protesttelegramm an Arias Navarro, Ministerpräsident Spaniens.

IG Metall: Protestnote von IG-Metall-Vorsitzendem Loderer, in seiner Funktion als IG-Metall-Vorsitzender und als derzeitiger Vorsitzender der europäischen Metallgewerkschaften, veröffentlicht in den IG-Metall-Nachrichten.

Ferner wurden die spanischen Konsulate besetzt in **Nürnberg** und **Rom.**

Madrid: Protest des Erzbischofs.

Chile: Geschäfte der Bremer Kapitalisten mit der Junta

Bremen. Die Einfuhr von chilenischem **Kupfer** über bremische Häfen betrug 1974 50 798,5 Tonnen im Werte von 292 508 000 DM, davon für bremische Firmen 200,2 Tonnen im Werte von 18 198 000 DM. Im Jahre 1973 betrug die gesamte Jahreskupferproduktion in Chile 615 861 Tonnen.

Im Jahre 1974 wurden über Bremen 78 Tonnen chilenischer **Honig** im Wert von 172 000 DM eingeführt, wovon für 125 000 DM Honig an die Bremer Firma Hans Sommer, Kohlhökerstr. 4, ging.

Den Import chilenischer **Weine** teilen sich fünf Bremer Firmen. Es sind dies im einzelnen: 1. EDEKA Bremen eG, Arsterdamm 102–104, 2. Fa. Eggers & Franke, Töferbohmstr. 10, 3. H. Menke & Co., Kap-Horn-Str. 9, 4. Schlee & Popken, Löwenhof 2, 5. A. Segnitz & Co., Löwenhof 2. 1974 wurden 106,4 Tonnen im Wert von 119 000 DM eingeführt.

An **Wolle** wurden 1974 518 Tonnen im Wert von 2 232 000 DM aus Chile eingeführt, wovon für 720 000 DM Wolle an Bremer Firmen ging. Der Rest, wahrscheinlich alles, geht zur Verarbeitung nach Delmenhorst. Die Firma Fuhrmann & Co KG, Hollerallee 75, importierte chilenische **Schweißwolle** für die Vereinigte Kammgarnspinnerei in Delmenhorst. Dieser Posten beläuft sich auf über eine Million DM. Neben der Firma Fuhrmann importiert auch die Firma Lohmann & Co, Contrescarpe 21, chilenische Wolle.

Chile ist über 9 000 Kilometer von Westdeutschland entfernt. Trotzdem scheint es ein lohnendes Geschäft zu sein, auch chilenisches **Nadelschnittholz** zu importieren. Der Import betrug im letzten Jahr 30,4 Tonnen (22 000 DM). Die Firma Louis Kages beim Industriehafen betreibt dieses Geschäft.

Die Firma Hegemeyer & Kirchner, Kohlhökerstr. 57, zeigt, daß Bremer Kapitalisten von billigen Rohstofflieferanten nahezu alles gebrauchen können. Sie bezieht **Edelsteine** und **Goldschmiedebedarf** aus Chile.

An **Fischmehl** wurden 1974 12 412,5 Tonnen (13 435 000 DM) über Bremen importiert, davon für Bremer Firmen 148,8 Tonnen. Hauptabnehmer ist die Firma Kurth Rathgeber, Pieperstr. 7. Während zum Teil isländischer Fisch boykottiert wird, weil die räuberische westdeutsche Fischerei Island in die Knie zwingen will, wird aus dem fernen Chile 1974 32,6 Tonnen (193 000 DM), davon für Bremer Firmen 10,7 Tonnen, importiert, hauptsächlich von der Firma Interfrost Lebensmittelhandelsgesellschaft mbH, 285 Bremerhaven, 29, Zur Fischereihafenfähre (tiefgefrorene Fischartikel).

Westdeutscher Export über Bremen nach Chile

Während der Import chilenischer Waren über Bremen im letzten Jahr einen Wert von 312,545 Millionen DM und für Bremer Firmen 56,506 Millionen DM umfaßte, so betrug der Export westdeutscher Waren nach Chile über Bremen 91,945 Millionen DM und für Bremer Firmen 7,703 Millionen DM.

So wurden von der Firma Fröhlich & Co, Parkallee 18, im letzten Jahr für 13 000 DM **Maschinen und Einrichtungen für Lebensmittelindustrie** exportiert. Der gesamte Export dieser Waren über Bremen hatte einen Wert von 1,388 Millionen DM. Weiter wurden exportiert: **Zellwolle, Synthetikfasern** und **Abfälle von Chemiefasern** im Wert von 2,312 Millionen DM, **Werkzeugmaschinen** und **Werkzeuganlagen** im Wert von 6,488 Millionen DM (Bremer Firmen: 65 000 DM). Sonstige **Maschinen** im Wert von 6,207 Millionen DM (960 000 DM von Bremer Firmen), **Werkzeuge** und **landwirtschaftliche Geräte** im Wert von 1,130 Millionen DM, wovon Bremer Firmen für 545 000 DM exportierten. Es sind dies folgende Firmen: 1. Bolivar Export-Import G. Freudenberg KG, Am Dobben 14/16 (auch Textilien, Eisenwaren und Fahrradteile), 2. Theodor Laue & Co., Langemarckstr. 62 (auch Autoteile, Maschinen, Spielwaren, Geschenkartikel und Waren aller Art), 3. Joh. Gottfried Schütte & Co., Bornstr. 16/17 (auch Eisenwaren, Chemikalien, Baumaterial).

Elektrotechnische Artikel wurden im Wert von 7 151 Millionen DM, von bremischen Firmen für 998 000 DM, vor allem von der Firma Vesshoff & Co., Außer der Schleifmühle 29, exportiert.

Fa. Tecklenborg, Kegel & Co., 285 Bremerhaven, Herwigstr., exportiert **Stahldrahtseile** nach Chile für 81 000 DM (insgesamt über Bremen: 775 000 DM). Neben den bisher genannten Firmen exporteiren folgende Bremer Firmen nach Chile:

Teodoro Gathmann & Co. Export-Companie, Rembertistr. 52: sämtliche für die **Schiffahrt** und **Fischerei** benötigten Artikel.

Ernst Seegemann, Domshof 18/20: **Textilien, Maschinen, Haushaltswaren.**

Spezielle Beziehungen zu Chile haben die beiden folgenden Bremer Industriebetriebe: 1. Heinz Gaebelt, Schuberstr. 1: Schlagsahneapparate, Homogenisier- und Emulgiermaschinen, Barmixer (nur die Parasiten des chilenischen Volkes können sich Schlagsahne leisten); 2. Steuerrad-Farbwerke Luchterhand KG, 285 Bremerhaven 29, Eisteichstr. 7: Schiffsfarben, Farben und Lacke für Handel und Industrie.

Die Abwicklung des Warenhandels

Der Warenhandel mit Chile wird hauptsächlich per Schiff abgewickelt. Folgende Reedereien: Bruno Bischoff Reederei, Neuenstr. 16/20; CSAV = Compania Sudamericana de Vapores, Santiago.

Für die deutsche Reederei ist Schiffsmakler: Bruno Bischoff/Nikolaus Haye & Co., Neuenstr. 16–20 (welch ein Zufall!), für die chilenische Carl Joh. Klinkenberg & Co., Am Wall 128/134.

Und noch ein Zufall: Bruno Bischoffs Reederei besitzt den Stauereibetrieb Bremer Reederei Bruno Bischoff & Co. GmbH, Neuenstr. 16-20.

Wie man sieht, hat die Arbeiterklasse eine Vielzahl von Möglichkeiten, ihre Klassenbrüder in Chile zu unterstützen und den gemeinsamen Feind zu schwächen.

Wie werden nun die Geschäftsinteressen zusammengefaßt und einheitlich vertreten? In Bremen durch das Konsulat, Konsul Klaus-Michael Kühne, Große Weserbrücke 1. In Chile durch die beiden Generalkonsulate der BRD in Concepcion und Valparaiso, durch die Deutsch-Chilenische Handelskammer in Santiago de Chile und durch den Deutsch-Chilenischen Bund in Santiago. – (th, Chile-Komitee Bremen)

Laut Informationen des Chile-Komitees Hamburg werden die für die Inhaftierten in KZs oder deren Angehörige bestimmten Sachspenden des Roten Kreuzes von den chilenischen Militärs eingesackt.

Spendenaufruf der Chile-Komitees

Die Delegiertenversammlung der Chile-Komitees hat aufgerufen, in den kommenden Wochen eine Spendensammlung zugunsten des chilenischen Widerstands durchzuführen. Für das gespendete Geld sollen Druckmaschinen, Papier, Häuser und Fahrzeuge beschafft werden zur Unterstützung der Fabrikkommissionen, Bauernräte und Widerstandskomitees, die in Chile den Widerstand organisieren. Die Chile-Komitees sind mit dem Aufruf für die Spendensammlung einem gemeinsamen Vorschlag der vier chilenischen Widerstandsorganisationen MAPU, Christliche Linke, MIR und Koordination der Regionalkomitees der Sozialistischen Partei (PS) gefolgt. In dem Aufruf heißt es: "Wir rufen auf, in der Bundesrepublik und in Westberlin jede nur denkbare Anstrengung zu unternehmen, um den Erfolg des Projekts politisch und materiell zu ermöglichen."

Spendenkonto:
Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt, Nr. 155 307 6100 (J. Weidner)

Protestkundgebung in Frankfurt

Frankfurt. Für den 23. August hatte Amnesty International zu einer Protestkundgebung mit anschließender Demonstration aufgerufen, um auf das Schicksal der 2 000 "Verschwundenen" in Chile und insbesondere auf den Fall der 119 als tot gemeldeten "Linksextremisten" aufmerksam zu machen.

Unter anderem sagten zwei in Frankfurt im Exil lebende Chileninnen als Zeugen aus, daß sie einige der als tot Gemeldeten in den Folterzentren selbst gesehen hätten und damit ihre Festnahme durch die Junta bewiesen sei.

Danach zogen 119 Personen mit Schildern, auf denen je einer der 119 Namen stand, durch die Innenstadt, verteilten Flugblätter und sammelten für die Chile-Arbeit.

Publizistisch hatte die Aktion ein sehr gutes Echo: Neben allen drei Frankfurter Tageszeitungen brachte auch der Zeitfunk des Hessischen Rundfunks eine ausführliche Darstellung, ebenso das Fernsehen in den "Nachrichten aus Hessen" und in der "Hessenschau". – (Nach einem Bericht des Chile-Komitees in Frankfurt)

Sonder-Vollversammlung der UNO

Entwicklungsländer fordern Änderung der Weltwirtschaftsordnung

Hauptthema der UNO-Vollversammlung vom 1. bis 10. September ist die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung. Die Länder der Dritten Welt, die Entwicklungsländer, fordern ihre Änderung, fordern eine neue Weltwirtschaftsordnung. Die Forderungen der 106 Entwicklungsländer, die sich auf ein gemeinsames Auftreten gegenüber den imperialistischen Ländern geeinigt haben, zielen vor allem auf die Sicherung der Souveränität über die nationalen Rohstoffe und die nationale Wirtschaft sowie auf gleichberechtigte Beziehungen zwischen den Entwicklungsländern und den imperialistischen Ländern.

So geht es um die Garantie des Rechts auf entschädigungslose Enteignung ausländischer Konzerne und um eine Preispolitik für Rohstoffe, die die Rohstoffländer nicht benachteiligt. Diese soll durch Rohstoffabkommen oder durch Bindung der Rohstoffpreise an die Preiserhöhungen für Industrieprodukte erreicht werden. Diese Forderungen rühren an zwei wesentliche Bedingungen für die Ausbeutung und Ausplünderung der Völker und Länder der Dritten Welt durch die imperialistischen Länder: an die Herrschaft des imperialistischen Monopolkapitals in den Ländern der Dritten Welt und an den kapitalistischen Weltmarkt, dessen Prinzipien die unterentwickelten Länder benachteiligen.

Dementsprechend erbittert wehren sich die imperialistischen Länder gegen die Forderungen der 106 Entwicklungsländer.

Abhängig sind die imperialistischen Länder

Zwar nennt man die Entwicklungsländer oft abhängige Länder. In Wirklichkeit sind jedoch die imperialistischen Länder und ihr Reichtum von den Entwicklungsländern abhängig, die sie bis vor kurzem vielfach als Kolonien hielten. Sie brauchen die Entwicklungsländer als Märkte für ihre Produkte, sie brauchen sie als Anlagesphären für ihr profithungriges Kapital, und sie brauchen sie vor allem als Lieferanten für Rohstoffe. Da es den imperialistischen Ländern bisher stets gelungen ist, die Länder der Dritten Welt auszuplündern im Rahmen des kapitalistischen Kapital- und Warenmarktes, zunächst als Kolonien und dann als Neokolonien, und da auf diese Weise die Entwicklung der Länder der Dritten Welt entscheidend gehemmt wird, erscheint es so, als wäre die Dritte Welt von der "Hilfe" der imperialistischen Länder abhängig. Deshalb konnten es sich die imperialistischen Länder bis vor kurzem auch leisten, über die Forderungen der Dritten Welt hinwegzuhören.

Das hat sich in dem Moment geändert, als die Erdölländer die tatsächlichen Verhältnisse zur Geltung brachten und auf Grundlage der Abhängigkeit der imperialistischen Länder vom Erdöl das Erdöl als wirtschaftliche und politische Waffe einsetzten. Dieses erfolgreiche Beispiel hat sowohl die Stärke der Dritten Welt zum Ausdruck gebracht als auch ihre Einheit gefördert.

Die imperialistischen Länder hat es dagegen durcheinandergebracht. Die Spaltungsversuche gegenüber der Dritten Welt blieben bisher weitgehend erfolglos. So wurde von den Imperialisten schnell eine "Vierte Welt", die Entwicklungsländer ohne Öl, erfunden. Die Imperialisten hofften mit diesen schwächsten Entwicklungsländern gemeinsam Front gegen die Ölländer innerhalb der UNO und auf den internationalen Wirtschaftskonferenzen machen zu können. Desgleichen versuchten sie die Erdölfrage immer gesondert als "Energiefrage" zu behandeln, um so die Erdölländer beiseitezunehmen.

Die Einheit der Dritten Welt wächst

All diese Versuche sind gescheitert. In einem Vorblick auf die UNO-Konferenz stellt die "Neue Zürcher Zeitung" betrübt fest: *"Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Entwicklungsländer sich nicht mehr mit einer hinhaltenden Taktik der Industrieländer abfinden werden. Sie fordern wesentliche Zugeständnisse* jetzt. *Die von den Blockfreien Ländern durchgesetzte Koppelung zwischen den Rohstoff- und sonstigen Entwicklungsproblemen einerseits und den Energiefragen andererseits hat erklärtermaßen den Sinn, in irgendeiner Form die 'Ölwaffe' ins Spiel zu bringen."* (Neue Zürcher Zeitung, 21. August)

Statt sich spalten zu lassen, haben fast alle Entwicklungsländer erkannt, daß es darauf ankommt, die Position der Erdölländer zu nutzen, um die Position der Dritten Welt insgesamt zu stärken.

Ebenfalls in der "Neuen Zürcher Zeitung" werden unter einer Reihe von Punkten, die die Stärke der Position der Dritten Welt ausmachen, folgende Punkte aufgeführt:

"8. An der Rohstoffkonferenz vom Februar 1975 haben sich die Entwicklungsländer in einer 'Deklaration' verpflichtet, 'gemeinsam und einheitlich' vorzugehen, und sie haben ausdrücklich von der starken Waffe der Bodenschätze gesprochen.

9. Darüberhinaus haben im Mai 1975 sämtliche OPEC-Länder in Algier feierlich bekräftigt, die Sache der **anderen Entwicklungsländer** *zu der* **ihren** *zu machen. Wie Henry Kissinger im Juli an der Wisconsin-Universität zutreffend bemerkte, stellen die 'blockfreien' Länder heute selbst den festesten Block der Welt dar."*

Das liegt daran, daß der "Block" der Dritten Welt auf den gemeinsamen Interessen der ausgebeuteten und unterdrückten Völker gegenüber dem Imperialismus beruht und daß alle anderen Widersprüche diesem Hauptwiderspruch untergeordnet werden können, während die Blöcke der beiden Supermächte auf imperialistischen Interessen beruhen und sich deshalb erbittert bekämpfen. Sie können selber nur mit Mühe zusammengehalten werden, weil sie auch voller innerer imperialistischer Gegensätze sind.

Der Kommentator der "Neuen Zürcher Zeitung" stellt fest: *"Wenn die Industrieländer im September nicht wie ebensoviele Kaninchen hypnotisiert vor der mächtigen Schlange sitzen wollen, so wäre in letzter Stunde eine* **Abstimmung** *über eine gemeinsame Haltung – auch für den Fall der offenen Konfrontation – eine unausweichliche Notwendigkeit. Nichts kennzeichnet die Zerrissenheit der Industrieländer untereinander krasser als die Feststellung, daß diese Abstimmung ein reiner* **Wunschtraum** *ist."*

So bestätigt der bürgerliche Kommentator, daß die Imperialisten gegenüber der Dritten Welt bereits die Initiative verloren haben und daß die Dritte Welt zu einer Haupttriebkraft der Geschichte geworden ist.

Die Bundesregierung will mit der "sozialen Marktwirtschaft" hausieren gehen

Angesichts der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Neuordnung der Weltwirtschaftsordnung fällt der Bundesregierung als Vertreter des westdeutschen Imperialismus nichts anderes ein, als gerade den kapitalistischen Weltmarkt als Heilmittel anzubieten. Angesichts dieses Musterkoffers stellt sogar die "Welt" in einer Schlagzeile fest: *"Bonn hat der Dritten Welt nicht viel zu bieten"* (27. August).

Die "Süddeutsche Zeitung" meint: *"Offenbar nicht zuletzt um die Amerikaner herüberzuziehen, läßt man im Auswärtigen Amt jetzt recht kämpferische und undifferenziert wirkende Töne über die 'Heilkräfte' der Marktwirtschaft für die gesamte Weltwirtschaft anklingen. Es sind aber gerade die Regeln der Marktwirtschaft, seien sie für die entwickelten Länder noch so günstig, die bewirken, daß sich der Stärkere immer durchsetzt, daß die Kluft zwischen arm und reich ständig größer wird. Für die Entwicklungsländer müssen deshalb Belehrungen über die Vorzüge des 'freien Kräftespiels' und das Plädoyer der Industrieländer für einen freien Welthandel (über die Abgrenzung der EG nach außen, über den dirigistischen Agrarmarkt redet man nicht) wie Zynismus klingen."* (27. August)

Als konkreten Vorschlag anstelle der Exporterlösstabilisierung für Rohstofflieferungen, welche die Entwicklungsländer fordern, hat sich die Bundesregierung auch etwas Großartiges einfallen lassen: Die Entwicklungsländer sollen den Exporterlös – durch Kredite stabilisieren! Genscher wird auf der UNO-Konferenz auftreten, wie er auftreten muß: als Vertreter eines relativ starken imperialistischen Landes. Von den Vertretern der Dritten Welt wird er dafür keine Lorbeeren erhalten.

Eine unwiderstehliche Strömung

Die Forderungen der Dritten Welt sind zweifellos gerecht und müssen unterstützt werden. Auf die Dauer ist jedoch von internationalen Vereinbarungen über gerechte Beziehungen mit den Imperialisten nicht viel zu erwarten, solange ihnen in der Dritten Welt nicht selber der Stuhl vor die Tür gesetzt worden ist.

Dies erkennen immer mehr Kräfte in der Dritten Welt, und das Beispiel der Volksrepublik China, die ebenfalls ein Entwicklungsland ist, findet in der Dritten Welt einen immer stärkeren Widerhall. Zumal die Beziehungen der Volksrepublik China zu den anderen Entwicklungsländern ganz anderer Art sind als die der Supermächte und der imperialistischen Länder, nämlich gleichberechtigt und zum gegenseitigen Nutzen.

Dies hat gerade wieder die vorzeitige Fertigstellung der Tan-Sam-Eisenbahnlinie zwischen Sambia und Tansania gezeigt, die die Unabhängigkeit dieser beiden Länder weiter fördern wird. Sie ist mit chinesischer Hilfe gebaut worden. Die Volksrepublik China zeigt, wie sich ein Land der Dritten Welt, gestützt auf die eigene Kraft, selber entwickeln und zudem andere bei der Entwicklung unterstützen kann.

Die Voraussetzungen dafür sind neben der politischen Souveränität die wirtschaftliche Unabhängigkeit, und diese kann in den Entwicklungsländern nur hergestellt werden durch die Zerschlagung der Fesseln des imperialistischen Kapitals: durch Errichtung eines staatlichen Außenhandelsmonopols, die Nationalisierung der Bodenschätze und die Enteignung des imperialistischen Kapitals.

Der Zusammenschluß der Dritten Welt im Kampf für eine neue internationale Wirtschaftsordnung ist die eine Seite. Die Beendigung der Vorherrschaft des Imperialismus und Neokolonialismus in den einzelnen Ländern ist die andere Seite. **Beide Seiten fördern einander. Die Entwicklung innerhalb der Dritten Welt und ihr Zusammenschluß gegen alten und neuen Kolonialismus, gegen Imperialismus und Hegemonismus zeigt: Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung und Völker wollen die Revolution. Dies ist zu einer unwiderstehlichen Strömung geworden. Auch auf der UNO-Vollversammlung wird sie ihren Ausdruck finden.** – (js)

Das Volk von Zimbabwe läßt die Pläne der Imperialisten scheitern

Die Gespräche über die Zukunft Zimbabwes, die am 25. August ergebnislos abgebrochen worden waren, sollen weitergeführt werden. Das teilte Vorster, der Chef des südafrikanischen Siedlerregimes, mit. Die Gespräche wurden geführt zwischen dem rhodesischen Smith-Regime und dem Afrikanischen Nationalrat (ANC), der Dachorganisation der Befreiungsbewegungen von Zimbabwe. Die Gespräche waren zustande gekommen auf Druck von Vorster und Kaunda, dem Präsidenten von Sambia.

Genosse R. Chiwara, Vertreter der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) für Großbritannien und Westeuropa, hat uns in einem Schreiben den Standpunkt der ZANU bei den Verhandlungen mitgeteilt. Er selbst sollte ebenfalls an der Konferenz teilnehmen, war dazu aber nicht in der Lage, weil ihn der sambische Sicherheitsdienst auf die Fahnungsliste gesetzt hat.

Zu den Verhandlungen und der weiteren Entwicklung fragten wir R. Chiwara, den Vertreter der ZANU. Das Interview folgt im Anschluß.

Standpunkt der ZANU für die „Verfassungskonferenz"

Der Standpunkt der ZANU ist in sieben Punkten niedergelegt. R. Chiwara schreibt:

"Unser Standpunkt bei der Konferenz ist:

1. Wir bestehen auf sofortiger Mehrheitsherrschaft.
2. Über die Mehrheitsherrschaft kann nicht verhandelt werden.
3. Was zur Verhandlung steht, ist lediglich der Prozeß des Übergangs der Macht an die Volksmehrheit.
4. Wir verhandeln für eine Übergangsperiode zur Unabhängigkeit.
5. Wir akzeptieren eine Übergangsperiode von sechs bis zwölf Monaten, alles, was darüber hinausgeht, ist nicht akzeptabel.
6. Wir akzeptieren keinen Waffenstillstand als Bedingung für Gespräche, wie es Smith will. Der Krieg geht weiter.
7. Wenn es bis Ende Oktober dieses Jahres keinen vernünftigen Fortschritt gibt, wird die Antwort ein noch intensiverer bewaffneter Kampf sein, bis die vollständige Befreiung mit dem Gewehr erreicht ist.

Alles weniger als das hier Festgehaltene wäre ein grober Betrug an der Nation von Zimbabwe. ZANU wird die kämpfenden Massen in Zimbabwe auf keinen Fall verkaufen."

Nach den „Gesprächen": Interview mit R. Chiwara

KVZ: Die bürgerlichen Zeitungen reden von einem "vorübergehenden" Scheitern der Verfassungskonferenz. Da Smith nicht daran denkt, die Macht an die afrikanische Mehrheit zu übergeben und der ANC als Vorbedingung festhält an der gerechten Forderung nach Mehrheitsherrschaft war mit einer Einigung ohnehin nicht zu rechnen. Welche Absichten verfolgen das Smith-Regime und die Imperialisten mit der Konferenz?

R. Chiwara: Die Absicht des Smith-Regimes ist, die Macht zu behalten und das Volk von Zimbabwe zu spalten; es versucht damit, Zeit zu gewinnen, um den bewaffneten Kampf im Land durch die Spaltung des Volkes zu schwächen. Smith will einen Kandidaten seiner Wahl finden, mit dem er verhandeln und sich einigen kann, den er und seine imperialistischen Hintermänner manipulieren können. Er dachte ihn in Nkomo, dem Führer der Afrikanischen Volksunion von Zimbabwe (ZAPU), gefunden zu haben. Smith verkündete, als er in Pretoria zu Diskussionen mit Vorster war, daß er seine Besprechungen mit Nkomo fortsetzen werde. Das ist auch eine Maßnahme, um das Volk zu spalten, indem er ein Individuum als Kandidaten wählt.

Die Absicht war, die Gespräche an den Viktoria-Fällen scheitern zu lassen, um es Sithole (Präsident der ZANU) und Muzorewa (Vorsitzender ANC) schwer zu machen, nach Rhodesien zurückzukehren, wenn sie das wollen. Nkomo sollte allein übrig bleiben, der frei nach Rhodesien kann. Smith würde alle militanten Führer des ANC festnehmen, besonders die von ZANU. Dann ist ausgemacht, daß Nkomo sofort die Gründung einer neuen politischen Organisation verkündet, die durch Smith anerkannt würde als offizielle politische Partei. Smith würde erklären, daß er nur in Rhodesien und nur mit legalen politischen Parteien verhandeln würde. Die einzige, die dann existieren würde, wäre die von Nkomo neu gegründete. Das ist es auch, was die Regierungen von Südafrika und Sambia sehen wollen: daß Nkomo die Führung erlangt, so daß auf diese Weise die Regelungen weitergehen und sie erhalten, was ihr spezielles Land betrifft.

KVZ: Worum geht es Euch bei den Verhandlungen?

R. Chiwara: Wir nehmen teil an den Diskussionen, um die Positionen unseres Gegners und unserer eigenen Landsleute kennenzulernen. Wir wollen der Welt zeigen, daß wir nicht aus Freude Krieg führen, sondern bereit sind, auch friedlich unser Ziel zu erreichen, daß wir aber von unseren gerechten Forderungen nicht abgehen.

KVZ: Was hat es mit den Ausschüssen auf sich?

R. Chiwara: Der sambische Vertreter Mark Chona hat das ganze Vorgehen verpfuscht. Wir waren an den Vorbesprechungen von Victoria nie vertreten. Es waren Vertreter der südafrikanischen, der rhodesischen und der sambischen Regierung, die vorgaben, sich im Interesse Sambias und des ANC, also des Volkes von Zimbabwe, zu treffen. Als Chona nach Südafrika ging, wurde kein einziger ANC-Führer vorher darüber konsultiert, was wir wollen. Tatsächlich vertrat er deshalb die sambische Regierung und nicht das Volk von Zimbabwe. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß nur Zimbabwer die Interessen des Volkes von Zimbabwe vertreten können. Zimbabwe ist keine Provinz von Sambia. Die sambische Regierung hat deshalb kein Recht, in unserem Namen und ohne unsere Zustimmung Vereinbarungen zu treffen. Deshalb sind wir der Ansicht, daß die Ausschüsse, die zu Fragen von Industrie, Erziehung, Land usw. gebildet werden sollten, Ausschüsse sein sollten, um Verfassungstexte zugunsten des Smith-Regimes auszuarbeiten. Der sambische Vertreter Mark Chona unterschrieb das in unserem Namen ohne Rücksicht auf unsere Probleme und daß wir zum Beispiel das Recht nicht haben, nach Zimbabwe zurückzukehren. Es ist klar, daß wir da nicht teilnehmen können. Deshalb erfolgte die Vereinbarung absichtlich, um uns auszuschließen, damit Nkomo und einige andere übrigbleiben, um über die Zukunft Zimbabwes zu entscheiden. Da Nkomo das annehmen würde, was sie geben wollen, würde es dann keine Probleme mehr geben. Er und diejenigen Stammesführer, die von der Regierung bezahlt werden, damit sie Nkomo helfen, die anderen "Gemäßigten", einige Gewerkschaftsführer in Rhodesien und andere Opportunisten sind es, die Smith meint, wenn er von "verantwortungsbewußten" Rhodesiern redet. Mit ihnen denkt er zurecht zu kommen.

Wir stecken unsere ganzen Anstrengungen nicht in Diskussionen und Verfassungskonferenzen, sondern in den bewaffneten Kampf, den einzigen Weg, der die vollständige Unabhängigkeit bringen wird. Das wird geteilt und bestätigt von Hunderten und Tausenden, die nach Botswana und Mozambique kommen, weil sie jetzt den Kampf aufnehmen wollen.

Von überall her kommen Schüler, Studenten, Arbeiter, um für den bewaffneten Kampf ausgebildet zu werden. Auch zum Beispiel die Gefängniswachen des Gwanda-Gefängnisses verließen es mit Waffen, nahmen einen Jeep und sogar die Decken des Gefängnisses mit.

Dadurch wirken wir der Zersplitterung, die im Land herrscht, entgegen, weil Leute überallher sich unter einem Banner zusammenfinden, unter dem Banner: Befreien wir uns selber durch den bewaffneten Kampf!

Auch die tansanische Regierung erklärt, daß, nachdem sich gezeigt habe, daß Smith nicht bereit sei, die Mehrheitsherrschaft anzuerkennen, sie voll den bewaffneten Kampf unterstützt. Und von Samora Machel in Mozambique hört man zwar nicht viele Erklärungen, aber Tausende sind da für ihre Ausbildung und wir werden sie wieder auf dem Schlachtfeld finden!

Enthüllungen über den CIA

Einmischungsversuche der US-Imperialisten in Portugal

Der folgende "Offene Brief an das portugiesische Volk" wurde von Philip Agee geschrieben, einem früheren Agenten des amerikanischen Geheimdienstes CIA (Central Intelligence Agency). Agee, der kürzlich Portugal besuchte, hatte zwölf Jahre lang im CIA gearbeitet, wobei er beteiligt war an konterrevolutionären Aktivitäten in Ecuador, Uruguay und Mexiko. Seine Erfahrungen machten aus ihm, wie er selbst sagt, einen "revolutionären Sozialisten" und seine Enthüllungen über den CIA, wobei er Hunderte von Geheimagenten und Plänen aufdeckte, haben den CIA ernsthaft getroffen. Der Brief wurde von einer Gruppe verteilt, die gegen den CIA arbeitet.



Porto/Nordportugal: Demonstration gegen die Umsturzversuche der Reaktion und gegen die Einmischungsbestrebungen des US-Imperialismus und seines Geheimdienstes CIA

"Der revolutionäre Prozeß in Portugal wird durch die Wachen über die Interessen der kapitalistischen Länder angegriffen, von denen der US-Geheimdienst CIA die berüchtigtste und mächtigste ist. Ich sehe die Zeichen jeden Tag. Diese konterrevolutionären Aktivitäten sind die gleichen, die ich im CIA über zehn Jahre lang betrieb. Diesen Brief schicke ich als einen Beitrag der fortgesetzten Anstrengungen von Amerikanern gegen die imperialistische Einmischung und Unterstützung für Unterdrückungsmaßnahmen durch die US-Regierung.

Auf den Azoren wie in Portugal selber, in der katholischen Kirche, in politischen Parteien und in der Armee arbeiten der CIA und seine Verbündeten daran, ein ausreichendes Chaos zu schaffen, um einen Versuch sogenannter "gemäßigter Kräfte" zu rechtfertigen, die revolutionäre Regierung abzulösen.

Seit dem Sturz des Faschismus in Portugal habe ich versucht, den Ereignissen zu folgen und Euer Land zweimal besucht. Obwohl meine Untersuchung über sichtbare CIA-Aktivitäten noch recht unvollständig ist, ist sie alarmierend. Vorige Woche verkündete ein US-Senator, daß die portugiesische Kommunistische Partei zehn Millionen US-Dollar jeden Monat an Unterstützung aus der Sowjetunion bekommt; die Information habe er vom CIA. Zwei Tage darauf bestätigte der stellvertretende CIA-Direktor Gen. Vernon Walters, der im August 1974 selbst in Lissabon die Lage peilte, die Angaben. Kissinger seinerseits warnte die UdSSR öffentlich, daß ihre Unterstützung des revolutionären Prozesses in Portugal die Entspannung gefährden würde. Diese Erklärungen weisen darauf hin, daß das amerikanische Volk vorbereitet wird auf ein weiteres geheimes ausländisches Abenteuer durch den CIA.

Im folgenden beschreibe ich, was ich für CIA-Operationen halte und gebe eine Liste von Namen und Bewohnern Portugals, die ich als CIA-Funktionäre identifizieren konnte.

Der Umfang der gesamten Regierungsmission der USA in Portugal ist schockierend, besonders seine große Dominanz durch militärisches Personal. Die Botschaft umfaßt 280 Personen, von denen etwa 160 Amerikaner sind, die übrigen portugiesische Angestellte. Von den Amerikanern sind 105 Militärpersonal, die der Military Advisory Group (Büro des Militärattaches) und dem COMIVERLANT-Kommando der NATO zugeordnet sind.

Verdeckte Agenten

Von den ungefähr 50 amerikanischen Zivilisten in der Botschaft sind rund zehn, glaube ich, CIA-Angestellte. Mindestens zehn weitere CIA-Funktionäre arbeiten in Lissabon und anderen Städten für beschränkte Aufgaben, sodaß sie nicht in der Personalliste der Botschaft erscheinen oder dem Außenministerium Portugals gemeldet sind.

Darüberhinaus ist anzunehmen, daß weitere Offiziere des CIA unter dem Mantel amerikanischer Militäreinheiten in Portugal eingeschleust sind, wo ihre Erfahrung in politischen Operationen – worin sie ihren militärischen Kollegen weit überlegen sind – äußerst effektiv eingesetzt wird. Während der Versuch, die Revolution über General Spinola zu Fall zu bringen, gescheitert ist, werden neue Versuche, die Revolution zu stoppen, täglich unternommen.

Zweifellos haben die CIA-Offiziere in anderen US-Botschaften wie Madrid, Paris und London weiteres Personal für solche Operationen in bezug auf Portugal eingesetzt, die in diesen Ländern laufen. Die wirksamsten Operationen des CIA werden wahrscheinlich in anderen europäischen Städten eher als in Lissabon durchgeführt.

(...)

Um die imperialistischen Interessen in Portugal zu sichern, muß die Revolution von ihrer gegenwärtigen Richtung abgebracht werden. Dabei ist die USA mit ihren Anstrengungen nicht allein. Sicher hat Kissinger schon vor vielen Monaten die Führer westeuropäischer Regierungen gedrängt, direkt sich einzumischen, um den revolutionären Prozeß in Portugal zu stoppen, da das Problem hauptsächlich ein europäisches sei und der CIA durch die kürzlichen Enthüllungen in seiner Wirksamkeit eingeschränkt. (...)

Was macht der CIA direkt in Portugal?

Die erste Priorität ist es, die Bewegung der Streitkräfte (MFA) zu infiltrieren, um Informationen über ihre Pläne, Schwächen und internen Auseinandersetzungen zu sammeln, die sogenannten Gemäßigten zu identifizieren und andere, die positiv eingestellt sind gegenüber westlichen strategischen Interessen. Der CIA benutzt Informationen, die er innerhalb der MFA und innerhalb und außerhalb Portugals gesammelt hat, um die MFA zu spalten und zu schwächen. Andere CIA-Aufgaben sind: Kampagnen mit falschen Dokumenten und Gerüchten, um Auseinandersetzungen, Konflikte und Rivalitäten zu schüren. Gemäßigte werden, wo immer möglich, unterstützt bei ihren Anstrengungen, das Tempo der revolutionären Entwicklung in Richtung Sozialismus aufzuhalten. Das Endziel ist, die Übernahme der Führung der MFA und aller militärischer Einrichtungen Portugals durch die sogenannten Gemäßigten zu erreichen.

Genaue Daten über 3 000 portugiesische Offiziere

Seit 1950 haben Militärakademien der USA über 3 000 portugiesische Militärs ausgebildet. Detaillierte Akten sind über jeden einzelnen von ihnen angehäuft worden – über ihre Persönlichkeit, politische Neigung, persönliche Vorlieben und Abneigungen, Stärken, Schwächen und verletzbare Punkte. Viele von ihnen sind sicher schon als Kontakte ausgewählt worden, die innerhalb des militärischen Establishments Portugals entwickelt werden sollen, mit dem Schwerpunkt, daß enge und so zahlreiche Beziehungen wie möglich zu MFA-Mitgliedern entwickelt werden.

Wichtige Anstrengungen wurden bereits unternommen – und sie sind bisher gescheitert –, die sozialdemokratischen und christdemokratischen politischen Parteien zu stärken. Die normale Verfahrensweise des CIA ist es, freundschaftliche Beziehungen (und oft finanzielle Unterstützung) mit den Führern der 'gemäßigten' politischen Oppositionsparteien herzustellen, die gezwungen sind, im Exil zu leben. Der Zweck ist es, reiche Beute zu ernten, wenn solche Politiker heimkehren. Oft werden bezahlte Agenten in diese Exilgruppen eingeschleust, um zusätzliche Informationen zu erhalten. Wahrscheinlich hat der CIA sich auch in die kürzliche Wahlkampagne eingemischt, um sicherzustellen, daß die Ergebnisse 'beweisen', daß die Mehrheit der Portugiesen für einen eher 'gemäßigten' Kurs der Revolution ist. James Lawler, der stellvertretende CIA-Chef von Lissabon, war in genau derartigen Operationen eingespannt in Brasilien (1962) und in Chile (1964), wo viele Millionen Dollar durch den CIA ausgegeben wurden, um die Wahl der von den USA akzeptierten 'Gemäßigten' zu fördern.

Spaltung der Gewerkschaft beabsichtigt

In den Gewerkschaften war der CIA bisher gleichfalls erfolglos, aber offensichtlich setzt er seine Anstrengungen fort. Wie in Italien und Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg versucht der CIA die Gewerkschaftsbewegung zu spalten, indem ein Ableger des Internationalen Freien Gewerkschaftsbundes (IFGB) hergestellt werden soll und indem Beziehungen gefördert werden zwischen Industriegewerkschaften und den internationalen Trade Secretariats. Michael Boggs und Irving Brown, beide Funktionäre der amerikanischen Gewerkschaft AFL-CIO mit bekannten festen Bindungen zum CIA, besuchten Portugal letztes Jahr. Obwohl die von den Kapitalisten kontrollierten Gewerkschaftsinstitutionen dabei scheiterten, 'Steigbügel' einzubauen, als im Januar das Gewerkschaftsgesetz angenommen wurde, versucht der IFGB nach wie vor durch seinen Vertreter in Portugal, Manuel Simon, Einfluß zu gewinnen.

Kürzlich erfuhr ich aus einer zuverlässigen Quelle in Washington, daß große Summen Geld aus den USA an die katholische Kirche in Portugal gehen als Unterstützung dafür, die Revolution in Portugal niederzuschlagen. Die Opposition der Kirche gegen die Arbeiterkontrolle von Radio Renascencia sollte uns klarmachen die Identität der Interessen zwischen der Kirche und US-amerikanischen Konzernen.

Propagandakampagnen sind zentral für alle wichtigen politischen Operationen des CIA

Diese Kampagnen bereiten die öffentliche Meinung vor, indem sie Angst, Unsicherheit, Vorurteile, Feindschaft und Spaltung schaffen und dadurch Schwäche. Zeitungen, Radio, Fernsehen, Bemalungen auf Wänden, Plakate, Flugblätter und gefälschte Dokumente aller Art – der CIA wendet viele Techniken an. Bisher hatte das in Portugal wenig Erfolg, hauptsächlich, weil die Arbeiter die Kontrolle über die öffentlichen Informationsmedien übernommen haben. Aber der CIA ist gezwungen, in jeder möglichen Weise die Anstrengungen der 'gemäßigten' politischen Kräfte dabei zu unterstützen, Kontrolle über Massenmedien zu erlangen und zu behalten, die der CIA benutzen kann, um sein Material unter die Leute zu bringen.

Außerhalb Portugals hat seine Kampagne, die Revolution in Mißkredit zu bringen, Erfolg. In Europa und Amerika sehen wir klar die Themen:

'Die MFA weigert sich, dem Willen der meisten Portugiesen zu folgen, wie er sich in den Wahlen im April ausdrückte ... Das portugiesische Volk hat traurigerweise seine Freiheit 'verloren' mit der schwindenden Bedeutung des Parlaments ... Die Presse hat ihre Freiheit 'verloren' ... Portugal braucht Stabilität, um seine sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen ... Die revolutionäre Führung ist unfähig und ungeeignet, um den wirtschaftlichen Niedergang aufzuhalten ...'

Diese Propagandathemen bereiten die US- und westliche öffentliche Meinung darauf vor, eine Intervention und eine starke rechte Militärregierung zu akzeptieren. Diese Themen präsentieren das übliche falsche Bild: Portugal wird entweder eine kapitalistische Demokratie bekommen oder eine grausame, herzlose kommunistische Diktatur mit düsteren, spartanischen Lebensbedingungen. Verständlicherweise gibt es kaum Vergleiche des heutigen Portugal zu der Grausamkeit und den Schwierigkeiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems unter dem früheren faschistischen Regime.

Wirtschaftskrieg

Wie in der Kampagne gegen Chile ist der Wirtschaftskrieg der Schlüssel dafür, von der revolutionären Führung die öffentliche Unterstützung abzuschneiden. Indem Kredite zurückgehalten werden und andere Unterstützungen bilateraler und multilateraler Handelskredit-Institutionen, treffen große Schwierigkeiten die Mittelklasse, die Arbeiterklasse und die Bauern. Kredite zu Privatinvestitionen können eingefroren werden, Handelsbeziehungen werden hinausgezögert oder überhaupt gestrichen. Die Arbeitslosigkeit wird dadurch erhöht, während die imperialistische Propaganda erklärt, die Arbeiter mit ihren Forderungen und die Schwäche der Regierung seien schuld und nicht die Kreditinstitute mit ihrer Politik der Kreditsperre. Die Auswirkungen dieses Programms in Chile während der Allende-Regierung sind bekannt.

Die Ausnutzung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch die Propaganda bereitet so eine begrenzte Bereitschaft der Öffentlichkeit vor, eine starke Militärregierung hinzunehmen, die plötzlich auftritt, um 'die nationale Würde, Disziplin und Ideale' wiederherzustellen. Wenn es einen portugiesischen Pinochet gibt, muß er jetzt entlarvt werden.

In den kommenden Monaten werden wir wahrscheinlich eine Intensivierung von CIA-Operationen erleben, die Furcht, Unsicherheit, wirtschaftlichen Verfall, politische Spaltung und chaotische Zustände schaffen sollen. Politische Morde müssen erwartet werden verbunden mit Bombenanschlägen, die der politischen Linken angehängt werden können. Morgan, der Chef der CIA-Abteilung in Lissabon, hat diese Art Operationen gelernt, als er in Brasilien (1966–1969) und in Uruguay (1970–1973) diente. Die 'Todesschwadrone', die in diesen Ländern während der letzten zehn Jahre organisiert wurden, müssen vorausgesehen und gestoppt werden, bevor sie in Portugal sich zu verbreiten anfangen.

Auch größere Militanz reaktionärer Elemente in der katholischen Kirche muß erwartet werden bei den Anstrengungen, die Revolution zu unterminieren. In dem Maße, in dem 'gemäßigte' Wahllösungen unwahrscheinlicher werden, werden der CIA und seine verbündeten Organisationen auf eine 'Stabilität' nach chilenischem Muster hinarbeiten, als einzig mögliche Weise, Portugal zu 'retten'.

Die Separatistenbewegung auf den Azoren, die unter US-Bürgern, die von den Azoren stammen, bereits Fuß faßt, könnte vom CIA als letztes Mittel benutzt werden, um die US-Militärbasen dort zu sichern. In Angola steht der CIA auch nicht untätig dabei. Mit großer Sicherheit wird die FNLA durch den CIA unterstützt über Zaire, um das Land zu teilen und die Hegemonie der MPLA zu verhindern."

Zum Schluß wird ausgeführt, wie dagegen vorgegangen werden kann: "Wichtig ist natürlich die Schaffung revolutionärer Machtorgane an der Basis. Dann aber müssen alle Ausländer, vor allem US-Bürger, streng kontrolliert werden. In der Regel deckt schon eine Aufstellung der früheren Arbeitsstellen dieser Leute auf, um welche Vögel es sich handelt ...

Wenn das öffentlich bekanntgemacht wird, kann sie das Volk leichter kontrollieren. Am besten ist es, alle rauszuwerfen ..."

(übersetzt aus "Guardian")

Das „Dokument von Lima"

Lima/Peru. In der Nacht von Freitag auf Samstag letzter Woche ist die "Konferenz der Blockfreien", zu der sich 79 Länder der Dritten Welt zusammengeschlossen haben, mit der Verabschiedung des "Dokuments von Lima" zu Ende gegangen. Danach soll u.a. ein Solidaritäts- und Entwicklungsfonds der Länder der Dritten Welt geschaffen werden, durch gemeinsame Finanzierung von Lagern soll die Rohstoffproduktion der Länder der Dritten Welt unabhängiger vom Weltmarkt werden. Außerdem wurde ein Fonds geschaffen zur Entwicklung der Landwirtschaft.

Das zeigt die wachsende Solidarität unter den Ländern der Dritten Welt. Im politischen Teil des Dokuments ging es in der Hauptsache um die Unterstützung der Forderung der arabischen Länder, Israel aus der UNO auszuschließen. Es gab einen Kompromiß, ähnlich wie bereits auf der Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit, den Druck allseitig auf den Zionisten-Staat zu verschärfen. Die Ausschluß-Forderung ist in dem Dokument nicht ausdrücklich enthalten. (Le Monde, 30.8.1975)

„Verfassungsgespräche" in Namibia

Die südafrikanische Politik hat zum Ziel, zwei Drittel von Namibia der absoluten Herrschaft der weißen Minderheit zu sichern und das übrige Land in neun Teile aufzusplittern und den verschiedenen "Stämmen" als "Staatsgebiete" von Südafrikas Gnaden zu übergeben. Auf den geplanten "Verfassungsgesprächen" sind die wirklichen Sprecher des Volkes von Namibia, das um seine Einheit und Unabhängigkeit kämpft, nicht vertreten. Die politischen Parteien Namibias, die unter Führung der SWAPO (Südwestafrikanische Volksunion) in dem "Namibia National-Konvent" zusammengeschlossen sind, lehnen die "Verfassungsgespräche" ab. Denn sie lehnen jede "Lösung", die auf eine geographische und rassistische Teilung des Landes und des Volkes von Namibia hinausläuft, ab. Um ihre "Verfassungsgespräche" ungestört durchführen zu können, hat die südafrikanische Regierung am 18.8.1975 führende Mitglieder der SWAPO verhaften lassen. Es sind: A. Johannes, O. Kaakunda, A. Muchimba, D. Mugaro, S. Shivute, R. Hawanga. Anlaß der Verhaftungen ist die Ermordung eines Ovambo-Häuptlings, der – vom Vorster-Regime mit dem Posten eines "Chefministers im Ovamboland" bestochen – für die Verfassungsgespräche und die "Lösung" Marke Vorster eintrat. Die Sprecher des Volkes sind also ausgeschlossen, damit die weiße Minderheit ihre wirtschaftliche Vormacht und ihre politische Herrschaft ungestört festigen kann. Die "Verfassungsgespräche" sind so illegal wie die Herrschaft der weißen Minderheit illegal ist.

Nach dem Sieg über den US-Imperialismus mit neuer Kraft an den Aufbau des Sozialismus

30 Jahre Demokratische Republik Vietnam

Die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) ist am 2. September 30 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlaß veröffentlichen wir einige Bilder, die einen Eindruck vermitteln von der zurückgelegten Entwicklung. Der folgende Bericht aus der Zeitschrift "Vietnam" (Nr. 200, 1975) zeigt, wie rasch in den wenigen Friedensjahren 1955 bis 1965 das Land mit dem Ziel des Sozialismus aufgebaut wurde unter der Bedingung der Führung durch die Vietnamesische Arbeiterpartei (VNWP). Diese Schilderung vermittelt einen Eindruck davon, wie schnell auch heute, nach der vollständigen Befreiung des ganzen Landes von der Herrschaft des US-Imperialismus und seiner Marionetten der Wiederaufbau stattfinden kann auf dem damals schon eingeschlagenen Weg zum Sozialismus.

In der Hälfte des Jahres, die vollständig befreit worden war, ging die nordvietnamesische Bevölkerung in den Jahren 1955 bis 57 daran, die Agrarreformen auszuführen und die Wirtschaft wiederherzustellen und weiterzuentwickeln. Gegen Ende 1957 hatte das Gesamtergebnis der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion fast wieder das Niveau von 1939 (das Spitzenjahr unter der französischen Kolonialistenherrschaft) erreicht.

Mit der Erfüllung des Dreijahresplans des sozialistischen Übergangs und des Neubeginns in Wirtschaft und Kultur (1958–60) stellte Nordvietnam sozialistische Produktionsverhältnisse her. Es beseitigte fast völlig die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und stellte gleichförmige Verhältnisse in der Wirtschaft her. Auf dieser Grundlage nahm die Nationalversammlung der Demokratischen Republik Vietnam die erste sozialistische Verfassung Vietnams am 31. Dezember 1959 an.

Von 1961 an war die nordvietnamesische Bevölkerung bestrebt, den 1. Fünfjahresplan (1961–65) durchzuführen. Das geschah unter Anwendung der politischen Linie, die der 3. Kongreß der Vietnamesischen Arbeiterpartei beschlossen hatte. Dieser Kongreß fand im September 1960 statt als "Kongreß des sozialistischen Aufbaus im Norden und der friedlichen Wiedervereinigung im Lande", wie Präsident Ho Chi Minh darlegte.

Bis zum Ende dieses Zeitraums hatten 80 Prozent der landwirtschaftlichen Kooperativen ihr Niveau erhöht, und die Lebensmittelproduktion hatte sich im Vergleich zu 1939 mehr als verdoppelt.

In der Industrie waren über 1 000 größere und kleinere Fabriken aufgebaut oder erweitert worden. Viele Industriezweige entstanden: Maschinenbau, Hüttenindustrie, Chemieindustrie usw. Im Vergleich mit 1955 hatte sich die Industrieproduktion um mehr als das Achtunddreißigfache erhöht.

Im Erziehungswesen ist gegenüber 1939 die Zahl der Schüler an den Grundschulen und der Studenten an den höheren Schulen um das 4,7-fache bzw. um das 45-fache angestiegen. Nun gab es auch 128 Berufliche Mittelschulen, die es in der Vergangenheit überhaupt nicht gegeben hatte. Die Zahl der Studenten betrug 35 000. Die Zahl der Krankenhausbetten hatte 1964 um das 50-fache zugenommen. Auf 13 000 Menschen kam nun ein Arzt. Auf 3 000 Menschen kam ein Hilfsarzt. 1939 gab es einen Arzt auf 180 000 Menschen.

Durch solche Ergebnisse war, wie das 12. Plenum des Zentralkomitees der Vietnamesischen Arbeiterpartei (VNWP) im Dezember 1965 feststellte, Nordvietnam "eine feste Basis für die Vietnamesische Revolution überall im Lande geworden, mit einem höher entwickelten politischen System, einer großen und mächtigen Wirtschaft und nationalem Verteidigungspotential".

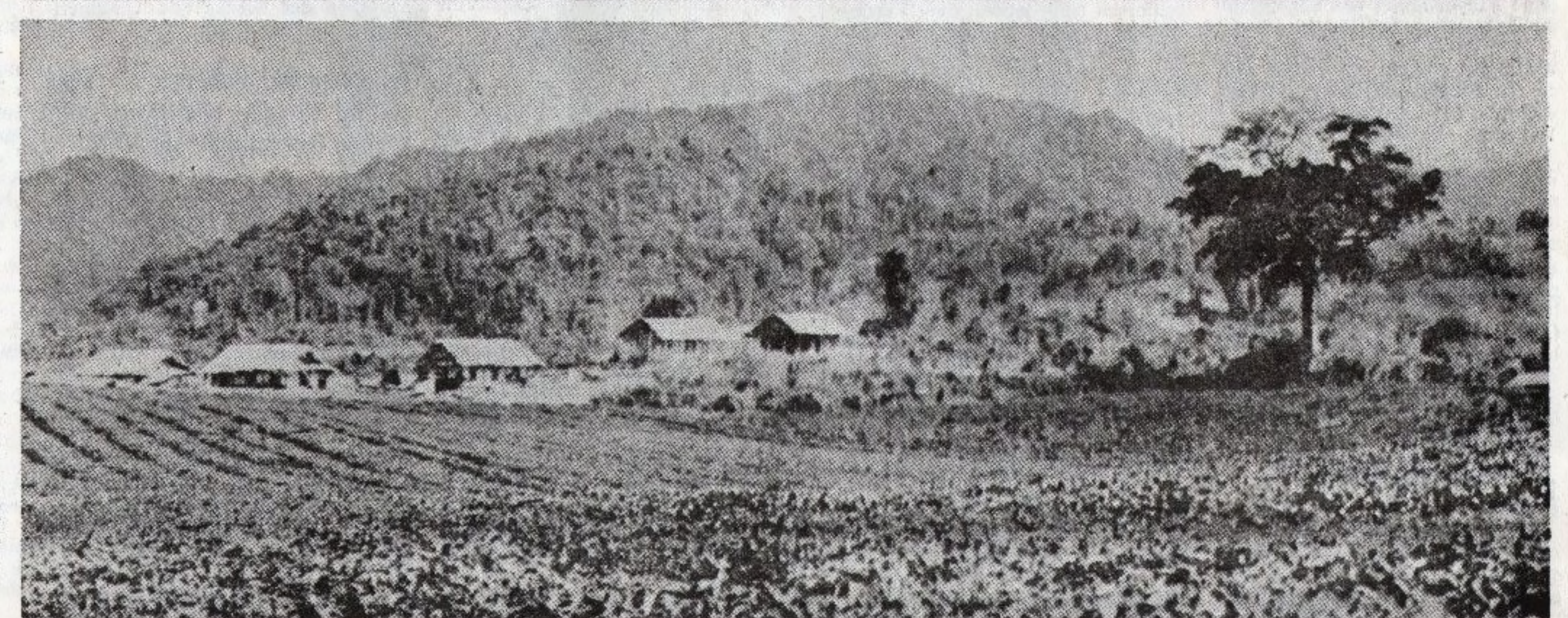
Deshalb hatte Nordvietnam die notwendigen Mittel, um alle Pläne und Aktionen der US-Imperialisten zunichte zu machen, nachdem sie in ihrem "Spezialkrieg" geschlagen waren und in großem Umfang ihre Expeditionstruppen und Satellitentruppen nach Südvietnam schickten, um dort einen "begrenzten Krieg" zu führen, den sie später über das ganze Land ausdehnten.



In der Mechanischen Abteilung des Maschinenbaukomplexes von Cam Pha wurde die Produktion bereits aufgenommen, obwohl das Werk noch nicht ganz fertiggestellt ist.



Die abgebildeten Arbeiter des Maschinenbaukomplexes von Cam Pha sind alle im Gründungsjahr der Demokratischen Republik Vietnam geboren. Das Maschinenbau-Werk wird jetzt zum dritten Mal wieder aufgebaut, nachdem es zweimal von den US-Imperialisten zerstört worden war. Jedesmal hat der Wiederaufbau zu einer Erweiterung des Werkes geführt, das das Zentrum des Quang Ninh-Bergwerkkomplexes bildet. Um es jetzt fertigzustellen, wurden über 1 000 Arbeiter und Techniker eingesetzt. Jeder ist entschlossen, mit der Fertigstellung des Werkes 1975 den 30. Jahrestag der Demokratischen Republik Vietnam zu feiern. – (Bild oben)



Hinter Teefeldern die Trao-Staatsfarm. Das Land, auf dem die Kooperative heute hauptsächlich Reis anbaut, wurde erst nach dem Sieg über die französischen Kolonialherren urbargemacht. Von Tam Trao nahm am 16. August 1945 der Aufstand seinen Ausgang, der zur Befreiung der Provinzhauptstadt Thai Nguyen führte. Das war der Beginn des allgemeinen Sturms gegen die französische Kolonialherrschaft. – (Bild unten)

„Mein letzter Wunsch ist, daß unsere ganze Partei, unser ganzes Volk, eng zusammengeschlossen im Kampf, ein friedliches, vereinigtes, unabhängiges, demokratisches, blühendes Vietnam erbaut und damit einen würdigen Beitrag zur Weltrevolution leistet." (Ho chi Minh)